



Politische Berichte

Nummer 4 / 15. Jahrgang

25. Februar 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Metalltarifkampf: Die IGM braucht klare Streikziele

Mindestbeträge für Geringverdienende müßten möglich sein, Urlaub, Urlaubsgeld gesichert werden

Der Vorstand der IG Metall hat dem Antrag des Tarifbezirks Niedersachsen auf Scheitern der Tarifverhandlungen und Einleitung der Urabstimmung stattgegeben. Vom 1. bis 3. März soll abgestimmt werden, ab 7. März kann bei entsprechendem Votum der Streik beginnen.

Über eine Million Beschäftigte haben sich in den vergangenen zwei Wochen an den Warnstreiks der IG Metall beteiligt. Die tiefgehende Krise in der Metallindustrie hat nicht zu einer Lähmung der Widerstandskraft der Beschäftigten geführt.

Gesamtmittel muß davon ausgehen, daß die IG Metall einen Streik lange führen kann und trotz Kurzarbeit und Entlassungen ausreichend Schaden für den Geschäftserfolg vieler Betriebe angerichtet wird, um die „Verbandssolidarität“ der Metallindustriellen zu sprengen.

Eine große Problem für den Fortgang der gewerkschaftlichen Aktionen besteht darin, daß die ursprüngliche Forderungslage zunehmend diffus geworden ist. Gesamtmetall will bekanntlich eine „Lohn-Nullrunde“ und darüber hinaus die Urlaubsbestimmungen verschlechtern (im wesentlichen Urlaubsdauer und Urlaubsgeld reduzieren). Die IG Metall will die Urlaubsbestimmungen halten, 5,8 Prozent mehr Lohn (Niedersachsen) und Regelungen zur Beschäftigungssicherung.

IG Metall-Vorsitzender Zwickel hat nun nach dem gescheiterten Spitzengespräch mit Gesamtmetall aufgezählt, welche „Angebote“ die IG Metall den Metallindustriellen gemacht hätte. Das Handelsblatt (14.2.) resümiert: „Die Arbeitgeber haben ihre Forderung nach einer Personalkostensenkung um 10 bis 15 Prozent nicht mehr wiederholt, die IG Metall hat signalisiert, daß eine Lohnerhöhung 1994 nicht wichtig ist.“

Die Arbeitgeber haben sich zu der Einsicht bekehrt, daß auch die Arbeitszeitverkürzung ein Ausweg aus der Beschäftigungskrise sein könnte, die Gewerkschaft fordert grundsätzlich nicht mehr die Arbeitszeitverkürzung mit vol-

lem Lohnausgleich.

Für die Gewerkschaft ist auch die saisonale Arbeitszeitverkürzung kein Tabu mehr, mit der Vereinbarung einer von den Betrieben je nach den Produktionsnotwendigkeiten beanspruchten Jahresarbeitszeit würde sie eine alte Flexibilitätserfordernis der Arbeitgeber erfüllen.

Und die betrieblichen Öffnungsklauseln im Tarifvertrag, jahrelang beiderseitig geächtet, sind kein Problem mehr. Man stolpert geradezu über weggeworfene Tabus.

Ein Abschluß auf dieser Linie würde die IG Metall in vielfacher Hinsicht schwächen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 (statt 36 bzw. 35) Stunden für zwei Jahre ohne Lohnausgleich verkürzt den Lohn um 17 Prozent. Ein neuer Niedriglohnstandard wäre geboren. Die Jahresarbeitszeit würde die Gestaltung der Arbeitszeit noch mehr dem Geschäftsgang unterordnen. Eine Lohnerhöhung in Nähe der Inflationsrate würde die seit Jahren extrem ungleich verlaufende Einkommensverteilung verschärfen.

Der Effekt: selbst bei einem von der IG Metall als „passabel“ auszugehen den Abschluß würde eine Unterhöhung gewerkschaftlicher Bindungskraft eintreten. Für einen zunehmenden Teil der Lohnabhängigen wäre die IG Metall trotz großer Anstrengungen nicht in der Lage, erkämpfte Lebensbedingungen zu verteidigen und gravierende Verschlechterungen abzuwehren.

Ein Sprecher des Verbandes der Metallindustrie Niedersachsen hat bereits signalisiert, daß bis zum 7. März ein Verhandlungsergebnis erzielt werden könnte. Ministerpräsident Schröder hat sich passend zur Schlußphase des niedersächsischen Landtagswahlkampfes als „Briefträger“ zwischen den Tarifvertragsparteien ins Spiel gebracht.

Es wäre nicht ausgeschlossen, daß ein Streik der IG Metall sich zeitlich verbinden könnte mit Arbeitsniederlegungen der ÖTV und der IG Medien. Ein sozialer Großkonflikt im Wahljahr 1994 käme der SPD aber nicht zupass. Und je länger ein Streik dauerte, desto geringer

dürfte der Spielraum für extrem flexibilisierte Verhandlungslösungen werden. Die Wahrscheinlichkeit für einen Hinterzimmerabschluß ist also nicht gering.

Andererseits halten Kräfte bei Gesamtmetall die Lage nach wie vor für günstig, die IG Metall deutlich zu schwächen und dafür einen Streik zu riskieren.

Die IG Metall wird also im Zusammenhang mit der Urabstimmung nicht umhin können, mobilisierungsfähige Ziele für den Abschluß anzugeben, um durchhalten zu können. Auf der Lohnseite dürfte in der Gewerkschaft ein Klima vorhanden sein, das für die wenig Verdienenden Mindestbeträge ermöglicht. Auch bei der vorübergehenden Einführung von Teilzeitarbeit kann es nicht ohne Lohnausgleich für weite Teile der Beschäftigten gehen. Selbst Bundeskanzler Kohl sieht dies mittlerweile ein, warum sollte sich die IG Metall da was vergeben? Urlaub und Urlaubsgeld müßte voll gesichert werden u.a.m.

Falls es zu betrieblichen Öffnungsklauseln kommt, sollte die IG Metall die Konditionen bestimmen und nicht die Betriebsräte. Alle die Punkte müßten jedenfalls vereinbar sein mit perspektivischen Vorstellungen zukünftiger Tarifpolitik und nicht die weitere Atomisierung der Belegschaften und die weitere Ausbeutung der Tarifverträge befördern.

Das Streikgebiet Niedersachsen ist mit Bedacht gewählt. Ein VW-Sprecher hat bereits betont, daß die Produktion bei VW durch einen Streik zum Erliegen kommen kann.

Die Konkurrenz der Zulieferer ist scharf, VW ist ein eigenes Tarifgebiet und dürfte Schwierigkeiten mit einer kalten Aussperrung haben.

Sollte es zum Streik kommen, verdient der Unterstützung.

Nicht zuletzt wäre es wirklich an der Zeit, die Lohnabhängigen in Spanien, Frankreich, Italien usw. in ihren beeindruckenden Kämpfen durch Verschlechterung der deutschen Konkurrenzsituation mal etwas solidarisch zu unterstützen. — (gka)



Am 21. Februar kam es auch im öffentlichen Dienst zu den ersten Warnstreiks im Rahmen des laufenden Tarifkampfes der ca. 3,5 Millionen Arbeiter und Angestellten gegen die Lohnsenkungspläne der öffentlichen Dienstherren. Etwa 150 Beschäftigte der Müllabfuhr in Heidelberg legten am frühen Montagmorgen aus Protest gegen die Haltung der Dienstherren für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Am 24. Februar finden in Stuttgart die nächsten Tarifverhandlungen statt. — (rül)

CDU-Parteitag: Wer „packt“ wen?!

Von Dr. Martina Bunge



Auf dem Wahlstart-Parteitag der CDU schwört der Kanzler „kämpferisch“ seine MitstreiterInnen auf die Formel ein: „Deutschland, wir packen's an“.

Doch fast tagtäglich überstürzen sich die Horrormeldungen der Regierungsparteien zum Sozialabbau — „verpackt“ in wohlklingenden Namen: Im Mai/Juni 1993 absolvierte das „Föderale Konsolidierungsprogramm“ — kurz genannt: Solidarpakt, den Bundestag; im Oktober schon wurden die beiden „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsgesetze“ mit über 20 Mrd. DM Sparvolumen bei den Bedürftigsten dieser Gesellschaft nachgeschoben, und im Januar dieses Jahres wartete die Regierung mit dem „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ auf. Auch dieses wird — nach leichten Entschärfungen auch mit dem Segen der SPD — in Bälde verabschiedet.

Treffend kennzeichnete der Präsident des Arbeitslosenverbandes in Deutschland e.V. am 18.2.94 vor der Presse in Berlin die Situation, wenn er sagte: „Die Abstände zwischen den Maßnahmen zur Sozialkürzung werden immer enger, die Inhalte immer realitätsferner, die Maßnahmen immer aggressiver, die angestrebten Wirkungen immer weniger erreicht, der Umfang der Ausgegrenzten und Armen immer größer“.

Erste Einschätzungen des neuen Grundsatzprogramms der CDU lassen verlauten, daß die Botschaft fehle, die Lektüre Langeweile erzeuge. Tatsache ist aber, daß mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland die Regierungsparteien längst die Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität verlassen haben. Be-

schworen werden mehr Eigenverantwortung und Freiheit. Das verdeckt nur das „Strickmuster“ des anvisierten „Umbaus des Sozialsystems“: immer weniger Leistungen der gesetzlichen Versicherung bei immer größerer privater Vorsorge. Langfristig anmutende Diskussionen (wie die von K. Biedenkopf über die Zukunft der Alterssicherung) sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß heute bereits Pflöcke in diese Richtung gesetzt werden. So ist die Blümsche Pflegeversicherung mit einer bloßen Grundversorgung und der Kompensation der Arbeitgeberbeiträge der Einstieg in den Ausstieg aus dem Sozialsystem. Seehofers weitere Stufe der Gesundheitsreform zu Beginn des nächsten Jahres wird der nächste Schritt sein.

Sicher ist das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik am Ende seiner Leistungsmöglichkeiten angekommen. Notwendig sind aber realisierbare Vorschläge für einen progressiven Ausbau statt reaktionären Umbaus des Sozialsystems. Die PDS/Linke Liste bringt sich in derartige Denkrichtungen ein. Wir meinen, ein Ausbau des Sozialsystems wäre möglich mit einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums: heute mit einer sozialen Grundversicherung aus Mitteln von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität, morgen mit völlig neuen Quellen der Finanzierung (z.B. einer Gewinnanbindung der Unternehmerbeiträge) für ein ausgebautes soziales Sicherungssystem.

Tun wir alles, damit die CDU mit ihren Vorstellungen „einpacken“ muß.

Dr. Martina Bunge ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gruppe PDS/LL im Bundestag

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

8. März 1994



Nach Protesten aus dem In- und Ausland sowie Beschwerden gegen die Beugehaft wurden Herbert Mies und Kurt Fritsch (beide DKP) am 18. bzw. 21. Februar aus dem Gefängnis in Bonn entlassen. Das Landgericht kam zu dem Urteil, daß die Aussageverweigerung von Mies und Fritsch vor dem Bundestagsausschuß berechtigt und der Freiheitsentzug nicht gerechtfertigt sei.



12. März 1994:
Demonstration in Bonn (siehe auch Seite 11)

27. März 1994:
Kommunalwahlen in Kurdistan (Seite 4)

Postreform: Protest und Widerstand der DPG

Betriebliche und öffentliche Proteste geplant

Nach monatelangen Verhandlungen in den interfraktionellen Beratungen hat sich die SPD Anfang Februar zu einem Ja für die „Postreform II“ entschieden. Während die Fraktionen der Regierungskoalition jeweils einstimmig hinter dem Privatisierungskonzept standen, besserte die SPD ihren Einbringungsbeschluss auf Intervention der Deutschen Postgewerkschaft nach.

Vor der Abstimmung hatte der DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren beim SPD-Präsidium und der SPD-Bundestagsfraktion darauf hingewiesen, daß die Gesetzentwürfe zu weit von den gewerkschaftlichen Mindestanforderungen entfernt seien und kaum etwas von den von SPD und DPG (siehe Kasten) gemeinsam erarbeiteten Reformpositionen erkennen ließen. Die Entwürfe böten keine ausreichenden Garantien für den Schutz der Beschäftigteninteressen.

Ein von Peter Paterna, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Post und Telekommunikation, eingebrachter Antrag, die Postreform II auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben, wurde mit einem nachgebesserten Fraktionsbeschluss, der mit 30 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen verabschiedet wurde, abgeschmettert. Letzterer sieht u.a. eine dauerhafte Mehrheit des Bundes an den Unternehmen Telekom und Postdienst, die stärkere Absicherung des Infrastrukturauftrages sowie stärkere Steuerungs- und Koordinierungskompetenzen für die Holding Deutsche Bundespost vor. Kurt van Haaren hielt die Ergänzungen für bedeutsam, ihm blieb aber unklar, wie die SPD diese Punkte in wenigen Wochen durchsetzen wolle, nachdem dies in zweijährigen Verhandlungen mit einer in den Kernpunkten kompromißlosen Koalition nicht gelungen sei.

Diese Frage muß sich nun auch die DPG stellen. In den letzten zwei Jahren, seitdem die Privatisierung der Bundespostunternehmen von Seiten der Konzerne gefordert und von der Regierungskoalition forciert wird, hat sich die DPG allzusehr auf die SPD gestützt. Die DBP-Beschäftigten sind über Aushänge und Personalversammlungen sowie die Gewerkschaftsmitglieder in den Publikationen der DPG zwar stets über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert worden, aber es hätte mehr gemacht werden müssen. Eine Kampagne wie bei der „Postreform I“ wäre angebracht gewesen.

Die Umstrukturierung der DBP-Unternehmen in Richtung Aktiengesellschaften ist voll im Gange. Die Vorstände lassen ihre Konzepte von Unternehmensberatungsfirmen durchplanen und greifen selten auf das Wissen und die Erfahrungen der Verwaltung zurück. Von den Beschäftigten wird in Zukunft „doppelte Mobilität“ — anderer Arbeitsplatz an einem anderen Ort — gefordert, und wer überhaupt noch befördert und was werden möchte, muß herausragende Leistungen bringen und darf nie krank sein.

Und was hat der „einfache“ Postbenutzer zu erwarten? Die Preiserhöhungen im Briefdienst, die angekündigte Gebührenreform für das Telefon — Gespräche im Nahbereich sollen teurer werden — sowie die Schließung von Poststellen oder der Abbau von etwa 10000 Telefonhäuschen zeigen den zukünftigen Kurs an: Alles teurer, in der Fläche ausgedünnt, um die Rendite für die Aktionäre zu erwirtschaften.

In einer Entschließung kündigt der DPG-Vorstand an: „Herausragendes Ziel ihres Engagements ist die Sicherung der Interessen von 670000 Beschäftigten der DBP-Unternehmen und des Hoheitsbereichs. Die DPG behält sich vor, ihren Forderungen für eine bessere Postreform im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen in öffentlichen und betrieblichen Aktionen Nachdruck zu verschaffen. Zu solchen Aktionen wird der Hauptvorstand die Mitglieder aus geeignetem Anlaß und zum gegebenen Zeitpunkt aufrufen.“ — (sip)



Filgmacht für die Privatisierung: Bei der Telekom sollen 30000 und beim Postdienst 60000 Dienstposten wegrationalisiert werden.

Dokumentiert: Beschluß von SPD und DPG zur Postreform, 15. 2. 92

Rechtsform

... Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierungskoalition mit dem Ziel, die Deutsche Bundespost unter verfassungsrechtlicher Sicherung ihres Infrastrukturauftrages in die Rechtsform „Selbständige Anstalt öffentlichen Rechts“ umzuwandeln. Zur Realisierung dieses Rechtsformvorschlages muß Art. 87 GG dahingehend geändert werden, daß die Deutsche Bundespost (Postdienst, Postbank, Telekom) als mittelbare, in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts geführte Bundesverwaltung — im Sinne von Art. 87 III GG — ausdrücklich genannt wird.

Mit der Bildung von Aktiengesellschaften ... ergeben sich (andererseits) erhebliche Risiken, die insbesondere in der Gefahr der Erosion des öffentlichen Infrastrukturauftrages liegen. (Es) dürfte ... auch bei einer gesetzlichen, satzungsrechtlichen und vertraglichen Bindung der Aktiengesellschaften an einen öffentlichen In-

frastrukturauftrag in den Unternehmen keine die öffentlichen Interessen langfristig tatsächlich sichernden Durchsetzungsspielräume geben. ... Von daher ließe sich im Falle einer aktienrechtlichen Lösung eine erhebliche Gefährdung des öffentlichen Infrastrukturauftrages — insbesondere zu Lasten der gleichwertigen Bedingungen auch strukturschwacher ländlicher Räume und der raschen Modernisierung der Infrastrukturen in den neuen Bundesländern — langfristig nicht vermeiden.

Infrastrukturauftrag

Eine solche Reform muß darauf abzielen, unter Beachtung des EG-Rechts — die Verpflichtung des Bundes für eine flächendeckende, moderne sozial- und verfassungsrechtliche Kommunikationsversorgung ... sicherzustellen und festzuschreiben; — die Bedingungen für die Erfüllung des öffentlichen Infrastrukturauftrages der DBP-Unternehmen zu verbessern, ...

Der in der Verfassung verankerte Infrastrukturauftrag der DBP-Unternehmen darf ... nicht aufgehoben werden. (Es) dürfte ... auch bei einer gesetzlichen, satzungsrechtlichen oder vertraglichen Bindung der Aktiengesellschaft an einen öffentlichen Infrastrukturauftrag in den Unternehmen keine die öffentlichen Interessen langfristig tatsächlich sichernden Durchsetzungsspielräume geben.

Regulierung / Ordnungspolitik

Zur Gewährung einer demokratischen Kontrolle ... sind die Regulierungskompetenzen des BMPT (Bundesministerium für Post und Telekommunikation, d. Verf.) gesetzlich präzise und abschließend zu beschreiben und die Beschlußrechte des Infrastrukturrates auf das gesamte Spektrum der Regierungsentscheidungen zu erweitern. Den DBP-Unternehmen muß die Möglichkeit eröffnet werden, sich gegen regulierungspolitische Zumutungen des BMPT auch auf dem Rechtsweg zur Wehr zu setzen.

VVN / BdA: Protest gegen den Film „Beruf Neonazi“

Offener Brief an die Sender SAT 1 (Springer) und Vox

Am vergangenen Wochenende haben die Privatsender SAT 1 und Vox den von „Spiegel TV“ gekauften, furchterlichen Film „Beruf Neonazi“ gesendet. Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund der Antifaschisten hatte vorher in einem offenen Brief gegen die geplante Ausstrahlung des Films protestiert. Wir dokumentieren den Brief leicht gekürzt. — (rül)

Wir bitten Sie dringend, die von Ihnen ins Auge gefaßte Ausstrahlung des Dokumentarfilms „Beruf Neonazi“ von Winfried Bonengel zu unterlassen. Aus folgenden Gründen:

— Der Film droht — entgegen der von Verleih, Produzenten, Regisseur und Kameramann mehrmals öffentlich vorgetragenen Intention — zu einem „Kultfilm“ für Neonazisten zu werden. Bedingt ist dies durch das über den ganzen Streifen gehende unkommentierte propagandistische Auftreten des erklärten Neonazis Ewald Althans. Wir verkennen nicht, daß von den Filme-

machern versucht wurde, mit filmästhetischen Mitteln eine „O-Ton-Entlarvung“ dieses Vertreters der „Auschwitz-Lüge“ zu erreichen. Diese gute Absicht hat sich aber, wie sich beim Betrachten dieses Films zeigte, ins Gegenteil verkehrt.

— Der Film ermöglicht Neonazisten wie Althans und Zündel, als „normale“ Gesprächspartner im pluralistischen gesellschaftlichen Diskurs aufzutreten, obgleich die von ihnen verbreiteten Thesen strafrechtlich relevant sind. „Filmimmanent“ findet dagegen kein Widerspruch statt.

— Den Opfern des Holocaust, den Verfolgten und Widerstandskämpfern, wird in diesem Film nicht die Möglichkeit gegeben, ins Bild oder zu Wort zu kommen. Sie fühlen sich — wie uns viele unserer betroffenen Mitglieder versichern — verhöhnt.

Die bisher stattgefundenen Kinovorführungen von „Beruf Neonazi“ gerieten meist zu Diskussionsveranstaltungen zur Frage, wie dem Neonazismus in

unserem Land entgegengetreten werden könne. Dies allerdings nur aufgrund der heftigen Interventionen von antifaschistischen Organisationen und Gruppen.

Auch hier ist schon fraglich, ob fatale Auswirkungen des Films auf weniger engagierte Betrachterinnen und Betrachter auf diese Weise verhindert werden konnten.

Eine Ausstrahlung im Fernsehen macht es schlicht unmöglich, die notwendigen Informations- und Diskussionszusammenhänge zu gewährleisten. Auch vor- oder nachgeschaltete Filmbeträge zum faschistischen Holocaust oder kritische Gesprächsrunden können nur einen Bruchteil von Zuschauerinnen oder Zuschauern erreichen ...

Aus all diesen Gründen fordern wir Sie auf, die Ausstrahlung des Films „Beruf Neonazi“ zu unterlassen. Nachdem, wie oben erwähnt, durch den „Hauptdarsteller“ permanent strafrechtliche Bestimmungen verletzt werden, gedenken wir anderenfalls auch juristisch dagegen vorzugehen.

Aktuell in Bonn

§218: PDS-Gesetzentwurf

Die weiblichen Abgeordneten der PDS/LL im Bundestag haben Ende Januar einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Strafparagrafen 218 eingebracht. Da das Bundesverfassungsgericht mehrfach die „Verfassungswidrigkeit“ von Versuchen zur Milderung der Strafverfolgung von Abtreibungen festgestellt hat, fordern die Abgeordneten nun eine Änderung des Grundgesetzes. In Artikel 2 GG soll ein neuer Absatz 3 eingefügt werden: „Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.“ (Ds. 12/6648)

Europawahl: Wer darf wie wählen?

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf wollen CDU/CSU, FDP und SPD das Wahlrecht für die kommenden Europawahlen regulieren. Der Antrag sieht vor: wahlberechtigt und wählbar in der BRD sind bei den kommenden Europawahlen auch Staatsbürger anderer EG-Staaten, sofern sie 18 Jahre alt sind und das aktive und passive Wahlrecht auf BRD-Gebiet ausdrücklich beantragen. Mit dem Antrag auf Wahlrecht bzw. Wählbarkeit in der BRD entfällt zugleich für diese Wahl das Wahlrecht und die Wählbarkeit im Herkunftsland. Mit anderen Worten: Wer in der BRD kandidiert, kann nicht zugleich im Herkunftsland kandidieren, wer in der BRD sein

Wahlrecht ausüben will, hat für diese Wahl dann im Herkunftsland kein Wahlrecht. (Ds. 12/6621)

24 Mrd. DM Subventionen an Kirchen

Die evangelischen und die katholische Kirche haben in den Jahren 1989 bis 1992, d.h. in vier Jahren, staatliche Subventionen in Höhe von 24,4 Mrd. DM erhalten, d.h. mehr als 6 Mrd. DM jährlich. Das hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage (Ds. 12/6692) eingeräumt. Das Aufkommen an Kirchensteuer stieg in den gleichen Jahren bei der katholischen Kirche von 7,1 Mrd. DM (1989) auf 8,7 Mrd. DM (1992), bei den evangelischen Kirchen von 6,8 Mrd. DM (1989) auf 8,4 Mrd. DM. Beide großen Kirchen hatten in diesen vier Jahren einen Gesamtetat aus Kirchensteuern und Staatsubventionen von 74,27 Mrd. DM zur Verfügung — mehr als 18 Mrd. DM pro Jahr im Durchschnitt — eine enorme gesellschaftliche und finanzielle Macht, über die die Kirchenfunktionäre für ihre reaktionären gesellschaftspolitischen Ziele verfügen konnten.

Dienstmädchen

Seit vier Jahren können Aufwendungen für „sozialversicherungspflichtige hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse“ mit bis zu 12000 Mark als „Sonderausgaben“ steuerlich abgesetzt werden. Eine Regelung wie in feudalen Zeiten, die als „Dienstmädchenprivileg“ in die Umgangssprache einging. Nun soll dieses Privileg der Reichen erweitert werden: U.a. soll statt zwei Kindern bei

Ehepaaren auch eines als Voraussetzung ausreichen; ab einem bestimmten Alter des Steuerpflichtigen (z.B. 60 Jahren) gibt's das steuerlich privilegierte Dienstmädchen auch ganz ohne Kind. Immerhin, so Rexrodt, würden so mit der Familie hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen.

Schlechtwettergeld

Die IG Bau kündigte an, gegen die Verschlechterungen beim Schlechtwettergeld — Ausgleichszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitsausfall wegen schlechten Wetters — Musterprozesse „notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht“ führen zu wollen. Im März, wenn erstmals die Kürzungen relevant würden, würden sich „massenhaft Bauarbeiter arbeitslos melden“. Damit entfalle ihr Lohnanspruch, zugleich aber auch das Direktionsrecht des Arbeitgebers. Die Arbeitnehmer erfüllen damit ihren Anspruch auf Arbeitslosigkeit, zumal ihnen Lohnersatzleistungen wie Schlechtwettergeld verweigert würden.

SPD: Internationalismus = Kriegführen

Kanzler-Kandidat Scharping kündigte Anfang Februar auf der Wehrkundentagung in München eine Wende in der SPD-Militärpolitik an. Die SPD „als klassische Partei des Internationalismus“ könne nicht „immer bloß abseits stehen“. Erwin Horn, für die SPD im Verteidigungsausschuß: „Wir müssen den wilhelminischen Größenwahn lassen, immer etwas anderes sein zu wollen als die anderen.“ Mit solchen Sätzen

wurde verdeutlicht, daß militärische UN-Einsätze wie alle bisher dagewesenen und alle zukünftig denkbaren von der SPD mitgetragen werden würden.

Weizsäckers Teilaussieg beim DSD

Das Duale System Deutschland (DSD) gilt international längst als Gütesiegel für eine Methode, mit der die Verpackungsflut und der Mülltourismus gesteuert, jeglicher vernünftiger Umweltpolitik die rote Karte gezeigt und dies mit einem grünen Punkt verschleiert wird. Jüngst geriet das DSD in die Schlagzeilen, weil ausstehende Rechnungen bei den Kommunen nicht beglichen werden. Umso erstaunlicher, daß der Ökologe und Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker bis Ende Januar als Vorsitzender des DSD-Kuratoriums fungierte und — trotz Rücktritts in dieser Funktion — „vorläufig“ im Kuratorium bleiben will. Gewissermaßen als grüner (gutbezahlter) Punkt.

AZO-Novelle vor Verabschiedung?

Die Regierungsparteien haben ihren Streit um die Zulässigkeit der Sonntagsarbeit im neuen Arbeitszeitgesetz beigelegt und wollen ihr Gesetz in den nächsten Wochen im Bundestag endgültig verabschieden lassen. Sonntagsarbeit soll jetzt aus wirtschaftlichen Gründen „nur“ zulässig sein, wenn an den übrigen Tagen bereits ununterbrochen gearbeitet wird und trotzdem ohne Sonntagsarbeit aus Gründen des internationalen Wettbewerbs „die Beschäftigung nicht gesichert werden kann“. Faktisch ist damit auch für die Automobilzulieferer

der Weg zur regelmäßigen Sonntagsarbeit freigeschlagen — wenn die SPD den Gesetzentwurf nicht im Bundesrat blockiert, wozu sie die Mehrheit hätte.

Streit um Schengen

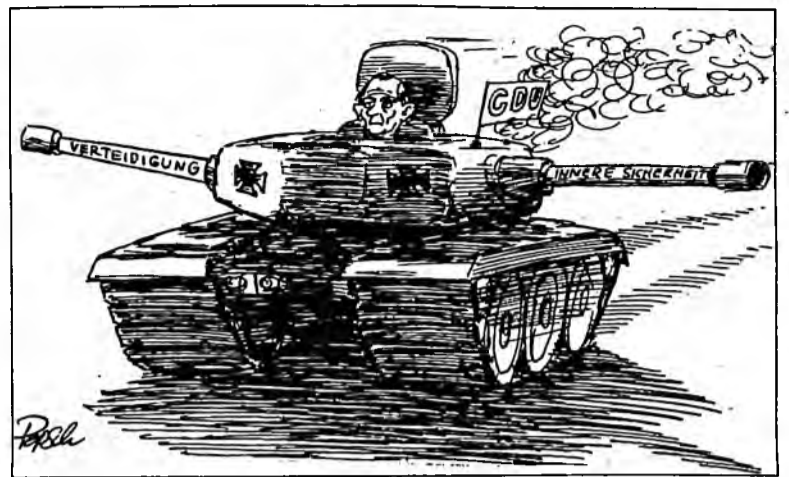
Zum 1. Februar 1994 hätte das Schengener Abkommen in Kraft treten müssen — ist es aber nicht! Die französische Regierung behindert das Inkrafttreten — formell mit der Begründung, der im Abkommen vereinbarte Zentralcomputer in Straßburg für den polizeilichen Datenaustausch (SIS) sei nicht einsatzfähig. Der SPD-Europaabgeordnete Samland hat daraufhin die Bundesregierung empört aufgefordert, das Abkommen notfalls ohne französische Zustimmung in Kraft zu setzen. Die Bundesregierung, die derzeit die Präsidentschaft im Ministerrat des Abkommens habe, solle eine entsprechende Initiative ergreifen, fordert der an EG-weiter Polizeizusammenarbeit gegen Flüchtlingsgefahr stark interessierte SPDler. (Handelsblatt, 17. 2.)

Was kommt demnächst?

Vom 25. bis 27. 2. berät die Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Mannheim über die Strategie der Partei bei den Europawahlen. Am 26. 2. ist kleiner Parteitag der FDP in Hildesheim. Am 13. März sind Landtagswahlen in Niedersachsen, am 20. März Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Am 25. Februar und 18. März sind die nächsten Bundesratssitzungen, bei der letzteren dürfte das AZO-Gesetz zur Schlußberatung im Bundesrat vorliegen.

„Militärinterventionen ... führen nur zu neuem Leid“

Interview mit Hans Modrow zu den letzten Entwicklungen im Balkan-Konflikt



■ Das NATO-Ultimatum ist abgelaufen, ohne daß bisher die angedrohten Luftangriffe auf die serbischen Stellungen erfolgten. Ist da nicht erst mal das Schlimmste überstanden?

Leider nicht. Noch immer geben sich einflussreiche Kräfte in der NATO und einigen islamischen Staaten der Illusion hin, den schrecklichen Bürgerkrieg in Bosnien mit militärischen Mitteln beenden zu können. Die militärischen Drohungen werden aufrechterhalten. Nachdem es im letzten Moment durch die Vereinbarung über den Abzug der schweren serbischen Waffen und die Stationierung von russischen Blauhelmsoldaten im Gebiet Sarajevo gelungen ist, eine ausländische Militärintervention zu verhindern und bei der seit längerem vorgeschlagenen Entmilitarisierung der leidgeprüften Stadt voranzukommen, visieren einige NATO-Politiker bereits neue Ziele für Luftangriffe an.

■ Nun wird ja behauptet, daß die bosnischen Serben das von Sarajevo abgezogene Kriegsgerät zum Beispiel nach Bihac verlagert und dort die Angriffe verstärkt hätten.

Das ist ein geradezu klassisches Beispiel dafür, mit welchen Propagandamethoden gearbeitet wird, wenn es gilt, eine der Bürgerkriegsparteien zu verteuflern und Vorwände für neue militärische Drohungen zu schaffen. Die von Sarajevo abziehenden Einheiten mußten schon wahrlich mit dem Teufel im Bunde stehen, wenn es ihnen gelungen wäre, innerhalb von ein, zwei Tagen schweres Kriegsgerät über zugeschnittene Berge, zerstörte und veresta Straßen, durch umkämpfte Bürgerkriegsgebiete ins entfernte Bihac zu verlagern. Nein, dieser Propaganda geht es um nichts anderes als darum, neue Ziele für militärische

Drohungen und Angriffe zu bestimmen. Und mit Bihac ausgerechnet in einem Gebiet, wo sich Moslems, friedensbeorientierte und auf Kriegsförderung beharrende Kräfte gegenseitig attackieren und die Linien zwischen Bewaffneten, Zivilisten, sich bekämpfenden und kooperierenden Moslems, Serben und Kroaten fließend sind.

■ Welche Folgen hätte ein militärisches Eingreifen der NATO?

Die Folgen eines solchen verhängnisvollen Schrittes sind noch immer nicht einmal abzusehen.

Selbst die Befürworter des NATO-Ultimatums in der Bundesrepublik sprachen von „unkalkulierbaren Risiken“, die man jedoch eingehen müsse. Mit anderen Worten: Man nimmt in Kauf, daß neben militärischen Stellungen auch zivile Objekte, wehrlose Männer, Frauen und Kinder getroffen werden. Bedenkenlos geht man das Risiko ein, daß es zu einer Eskalation und Internationalisierung des Konfliktes in einem Raum kommt, in dem auch nur ein weiterer Funke genügen kann, große Teile des Balkans in Flammen aufgehen zu lassen. Das ist wahrlich ein gefährliches Spiel mit dem europäischen Frieden.

Und einen weiteren Aspekt gilt es zu beachten: Rußland, ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, hat sich — ebenso wie China — mehrfach gegen NATO-Schläge aus der Luft und gegen eine ausländische Militärintervention gewandt. Eine Mißachtung dieser Position hätte schwerwiegende Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der NATO und Rußland, der sogenannten Partnerschaft für den Frieden würde die schon so schwächere Vertrauensgrundlage entzogen.

■ Nun wird ja wohl die Meinung vertreten, daß der Drohung nicht zwangsläufig Taten folgen müßten. Allein schon die Androhung militärischer Gewalt, so wird erklärt, schaffe militärischen Druck, der eine politische Verhandlungslösung beschleunige

Dieses Argument ist tatsächlich weit verbreitet, mit ihm soll vor allem der wachsenden Besorgnis vor einer NATO-Intervention auf dem Balkan und einer Ausweitung des Krieges begegnet werden. Stichhaltig ist das nicht. Die Drohungen richten sich bekanntlich — wie auch schon wiederholt in der Vergangenheit, nur gegen eine der Konfliktseiten, wodurch die anderen auf eine Verbesserung ihrer militärischen Lage hoffen können und zu einer Fortsetzung des barbarischen Krieges ermuntert werden. Der unter UNO- und EU-Vermittlung vorgelegte Friedensplan für Bosnien, der keineswegs ideal ist, aber mit dem die Waffen endlich zum Schweigen gebracht werden könnten, wäre längst unterzeichnet, wenn die Hoffnung einiger moslemischer Führer auf eine ausländische Militärintervention gegen die serbische Seite nicht immer wieder im letzten Moment genährt worden wäre. Das veranlaßte sie zu neuen Forderungen, die eine Beendigung des Krieges in die Ferne rücken ließen.

Einseitige Ultimaten sind nicht geeignet, den Friedenswillen aller Kriegsparteien zu befördern. Dieser Wille ist jedoch die entscheidende Voraussetzung für eine Beendigung des Blutvergießens.

■ Wenn wir uns nicht täuschen, ist kürzlich sogar der Generallinspekteur der Bundeswehr zu dieser Erkenntnis gelangt, was ihn nicht daran hinderte, das einseitige Ultimatum an die Serben zu unterstützen. Aber offenkundig ist es doch so, daß die internationale Staa-

tengemeinschaft ziemlich hilf- und ratlos vor dem grauenhaften Geschehen im auseinandergebrochenen Jugoslawien steht. Niemand hat ein Patentrezept, oder weiß die PDS eins?

Natürlich nicht, allein schon deshalb nicht, weil sich in diesem Konflikt politische, ethnische, religiöse und soziale Gegensätze überlagern und sich mit dem Streben ausländischer Mächte nach Einfluß und Dominanz zu einem schier unentwirrbaren Knäuel verflochten haben.

■ Heißt das, daß auch die PDS, wie zuweilen zu hören ist, über keine einheitliche Position zu diesem internationalen Hauptkonflikt verfügt?

Nein, das heißt es nicht. Natürlich gibt es auch in der PDS Nuancen, ja sogar Unterschiede bei der Betrachtung der Ursachen des Konfliktes und der Bewertung der einzelnen Kriegsparteien. Aber eine gemeinsame Grundposition gibt es schon. Sie fand ihren Ausdruck in Erklärungen des Parteivorstandes und in einem Entschließungsantrag der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste im Bundestag vom Oktober 1992, die angesichts der Fortdauer des Konfliktes und der weitgehend unveränderten Haltung der Bundesregierung in allen wesentlichen Punkten unverändert ist:

■ Worin könnte man den Kern dieser Position sehen?

Der entscheidende Punkt besteht darin, daß die PDS konsequent für eine Lösung mit ausschließlich politischen Mitteln eintritt und sich — übrigens als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien — einmütig und leidenschaftlich gegen alle Pläne und Vorbereitungen einer aus-

ländischen Militärintervention wendet. Diese Position hat die PDS trotz nicht weniger Anfeindungen von Anfang an vertreten. Wiederholt hat sie die Bundesregierung aufgefordert, mit Vernunft zur Schaffung eines politischen Umfeldes beizutragen, das es den jugoslawischen Völkern erleichtert, den grauenhaften Konflikt, in dem sich alle Seiten schrecklicher Verbrechen schuldig gemacht haben, zu beenden. Eindringlich haben wir unterstrichen, daß die Achtung vor den Opfern von 1,7 Millionen in Jugoslawien, die der zweite Weltkrieg forderte, gerade das vereinigte Deutschland zu höchster Zurückhaltung bei der Bewertung der inneren Entwicklung in Jugoslawien verpflichtet ...

■ Die Bundesregierung hat das offenkundig anders gesehen ...

Leider ja. Sie hat verbal die historische Belastung Deutschlands eingestanden, sich in der Tat aber an die Spitze derjenigen gestellt, die einer überhasteten Anerkennung der einzelnen jugoslawischen Republiken das Wort redeten, die mit einseitiger Parteinehmer den Konflikt schürten und eine ausländische Militärintervention forderten. Auch in jüngster Zeit hob sie ihren besonderen Anteil am Zustandekommen des NATO-Ultimatums hervor.

Die PDS bleibt jedoch bei der Auffassung, daß ausländische Militärinterventionen und Waffengewalt zu keinem sicheren Frieden, sondern zu neuem Leid, größerem Elend und schrecklicherem Blutvergießen führen.

Hans Modrow ist außenpolitischer Sprecher der PDS/LL im Bundestag und Ehrenvorsitzender der PDS. Das Interview fand am 22. Februar statt. — (rül)

„Nun laßt doch mal endlich ...!“

Die „Friedensblätter“ für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg zum Krieg in Jugoslawien und den Aufgaben der Friedensbewegung

Immer beliebter werden die „Draufhau-Parolen“, die „endlich“ ein Ende des Krieges sehen wollen. In der Mediengesellschaft zieht so mancher durch die Talk-Shows und verkündet die simple Heilsbotschaft, daß mit einem Militärschlag der ganze Spuk beseitigt wäre.

Und es werden Begriffe verwendet, die ein militärisches Eingreifen geradezu nahelegen scheinen: Völkermord, Terror, Massaker. Es wirkt immer etwas kleinkrämerisch, wenn man angesichts des Todes von Menschen um Begriffe streitet, aber Völkermord ist die Vernichtung eines großen Teils eines Volkes mit dem Ziel, seine Identität auszulöschen. In Bosnien aber findet eine gezielte Vertreibung statt, mit der sich die kriegführenden Parteien — Serben und Kroaten — ökonomische und strategische Vorteile verschaffen wollen. Die Serben wollen eine Teilung Sarajevos und eine Verbindung ihrer Gebiete durch einen Landkorridor, die Kroaten wollen die touristisch bedeutsamen Gebiete an der Adria bis nach Mostar unter ihre Kontrolle bringen. Der Angriff mit einem Mörser auf den Markt in Sarajevo ist nicht zwangsläufig gezielter Terror oder ein Massaker, Mörser sind Flächenwaffen, die nicht sehr zielgenau sind. Verurteilt werden muß also nicht

ein gezielt angerichtetes Massaker, sondern daß serbische Truppen offensichtlich Flächenwaffen einsetzen, mit denen zwangsläufig die Zivilbevölkerung getroffen wird.

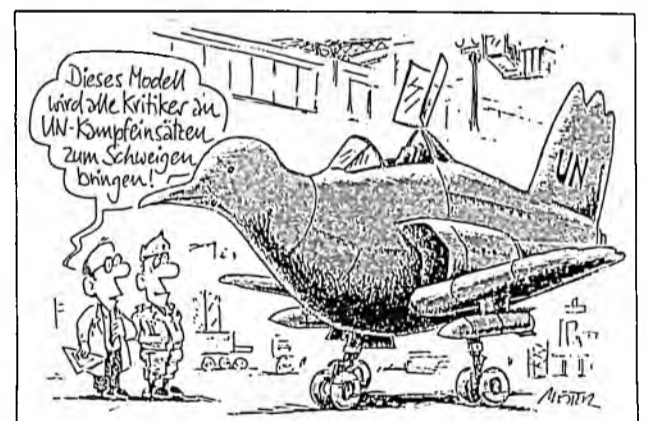
Wenn also „Draufhauen“ der falsche Weg ist, wie sehen die Alternativen aus? Die richtigen Maßnahmen wären die Durchsetzung der Entmilitarisierung der Region um Sarajevo mit Hilfe einer Erhöhung des Blauhelm-Kontingents und das Angebot zu sofortigen Friedensverhandlungen in Sarajevo unter Einbeziehung der Frage, wie die beteiligten Kriegsparteien beim Wiederaufbau unterstützt werden können. Das wird aber von der Europäischen Union nicht angestrebt, weil sie kein Interesse daran hat, in die wenig industrialisierten Gebiete in Bosnien zu investieren oder den „Mantel des Reichtums“ bis nach Serbien reichen zu lassen. Wahrscheinlich spielt auch noch das Feindbild „Islam“ eine Rolle; einige europäische Staaten haben sicher kein Interesse daran, auf dem Balkan einen moslemischen Staat zu haben.

Die Ursache für die Nichtbeendigung des Krieges ist demnach eine, die etwas mit dem Titelthema dieser Friedensblätter zu tun hat (es lautet: „Neokolonialismus: Exportartikel Krieg“, d. Red.). Es geht den europäischen Staaten um ihre ökonomischen, militärischen und politi-

schen Interessen, in denen Teile des ehemaligen Jugoslawiens förderlich und andere Teile eben hinderlich sind.

In dieser Interessenlage des Westens suchen die Staaten, aber auch die NATO ihre Rolle. Unterschiedliche taktische Ansätze führen zu den bekannten Auseinandersetzungen in EU und NATO. Die USA versuchen, ihre Führungsrolle zu erhalten und setzen derzeit eine bestimmte Option durch: die Drohung mit gezielten Militärschlägen. Dabei wird Rußland — gegen einen Militärschlag — in der UNO kaltgestellt, indem Entscheidungen aus dem Sicherheitsrat heraus auf den Generalsekretär oder gar auf die Generäle der UNPROFOR verlagert werden. Griechenland — skeptisch gegenüber Luftangriffen, weil es eine Ausweitung des Krieges befürchtet — wird in der NATO ruhiggestellt mit Drohungen Clintons, daß es bei einem Veto für die Folgen verantwortlich gemacht werde.

Noch einmal unmißverständlich formuliert: Es existiert keine Legitimation für einen Militärschlag. Das Ultimatum gegenüber den Serben ist ein Ultimatum der NATO, nicht eines der UNO. Boutros-Ghali diplomatiert hilflos herum und wird letztlich eine Rolle spielen, wie die UNO bereits im Golfkrieg. Die Vereinten Nationen werden erneut ausgehebelt.



Deckmantel: „Friedens“truppen

Die NATO übernimmt die Initiative, unter Führung Clintons. Sie tut dies außerhalb ihres Bündnisgebietes und vollzieht damit die Änderung der NATO-Geschäftsgrundlage nach, wonach diese auch in Krisenregionen der Welt eingesetzt werden kann, wenn sie es im Verteidigungsinteresse für nötig hält oder durch die UNO beauftragt wird. (Zweites ist hier nicht der Fall. Durch das Heranziehen des UN-Generalsekretärs wird der Eindruck erweckt).

Das Vorgehen der NATO birgt die Gefahr, den Konflikt zu eskalieren. Hier noch einmal in Stichworten, was ein militärisches Eingreifen bedeuten würde: Es sterben mehr Menschen (auch Zivilbevölkerung), als wenn das Eingreifen unterblieben wäre (siehe Golfkrieg).

Die Zerstörung der Region nimmt eine neue Qualität an, so daß der Wiederaufbau nach dem Krieg um ein Wesentliches teurer und langwieriger wird.

Eine Eskalation des Krieges muß befürchtet werden auf die angrenzenden Gebiete. Im Rücken des Eingreifens der

NATO werden die Truppen Kroatiens offensiv, was sich jetzt bereits abzeichnet. Der Krieg kostet ein Vielfaches dessen, was eine friedliche Lösung, erreicht durch ökonomische Anreize zum Aufbau der Region, kosten würde.

Deshalb muß nun endlich mal Schluß sein mit der Steinzeitstrategie. Vernünftige, intelligente Lösungen sind gefragt, müssen an die Öffentlichkeit. Nichts liegt näher, als daß die Friedensbewegung gerade jetzt in Presseerklärungen, in LeserInnenbriefen und auf Flugblättern Stellung bezieht. — (df)

Der Artikel erschien in der Nr. 20, Februar 1994, der Friedensblätter. Die Friedensblätter werden herausgegeben vom baden-württembergischen Förderverein für Frieden, Abrüstung und Internationale Zusammenarbeit e.V., Rotenbühlstr. 90, 70178 Stuttgart (Tel. 0711-626987), in Zusammenarbeit mit der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Baden-Württemberg und dem Friedensnetz Baden-Württemberg. Sie erscheinen 5 mal jährlich, Einzelpreis 2 DM, ein Jahresabo kostet 25 DM. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Die sozialen Hintergründe des Aufstands in Mexiko. Was will die EZLN?

Die folgenden Artikel und Dokumente über die Ziele des „Zapatistischen Heeres der Befreiung“ hat die österreichische Zeitschrift **TATblatt** „non profit-Medien“ per Mailbox zugänglich gemacht.

Eines Sonntags sind sie gekommen, und sie haben mit Maschinengewehren geschossen. Ja, mein Schwager ist gestorben dabei, und die Hunde haben ihn aufgefressen, mein Herr. Wir haben unsere Toten nicht beerdigen können, wir haben flüchten müssen.“ — „Seit dem Morgen waren wir von Soldaten eingekreist. Auf Befehl der Latifundistas (der Großgrundbesitzer) begannen sie zu schießen. Viele von uns starben. Sie verbrannten unsere Häuser. Unsere Toten wurden von Geiern und Hunden aufgefressen, und wir sahen aus der Ferne, wie sie unseren Söhnen und Ehemännern die Gesichter und Körper auffraßen. Und es war der General, der die Soldaten geschickt hatte, um uns zu töten.“

Die beiden obigen Zeugnisse, die schildern, wie eine indianische Dorfgemeinschaft in Chiapas von ihrem Grund und Boden vertrieben wird, stammen nicht aus vergangenen Jahrhunderten. Sie stammen aus dem Jahr 1980 und wurden von der kürzlich verstorbenen Trudy Blom aufgezeichnet.

Der erwähnte General heißt Castellanos, war von 1982 bis 1988 Gouverneur von Chiapas und wird derzeit vom EZLN „irgendwo in der Selva Lacondana“, dem Urwald in Chiapas, gefangen gehalten.

Noch ein Zitat, diesmal aus dem Mund eines Großgrundbesitzers in Ocosingo: „Diese Indios sind verrückt. Schaut, hier ist ein Huhn mehr wert als ein Indio.“ (Die Stadt Ocosingo taucht häufig im Zusammenhang mit dem Massaker an den Menschen in Chiapas im Jänner auf. Es gibt Fernsehaufzeichnungen aus Ocosingo, die zeigen, wie Gefangene der Armee mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen erschossen werden.)

Mindestens bis 1980 wurde in Chiapas das derecho de pernada in Anspruch genommen. Das derecho de pernada heißt bei uns „Recht der ersten Nacht“ und ist das „Anrecht“ eines Großgrundbesitzers, bei einer Heirat eines seiner Untergebenen die erste Nacht mit dessen Braut verbringen zu können. (1)

In Chiapas gibt es nach wie vor peones acasillados, Quasi-Leibeigene, die eigene oder ererbte Schulden auf den Ländereien der Latifundistas abarbeiten müssen und sich nur mit der Erlaubnis ihres „Herrn“ von dort entfernen dürfen. Vor wenigen Jahren war es dort noch üblich, daß Großgrundbesitzer „ihren“ Indigenas zur Strafe die Hände fesselten, sie mit einem Strick an ihr Pferd banden, und sie Dutzende von Kilometern hinter sich herlaufen ließen.

In Chiapas mit seinen etwas über drei Millionen EinwohnerInnen sind in den letzten zehn Jahren mehr als 150 000 Menschen an Unterernährung und leicht heilbaren Krankheiten gestorben. Die Cholera, die fast überall auf der Welt unter Kontrolle ist, breitet sich in Chiapas nach wie vor aus.

Aus diesem Hintergrund erklärt sich das Streben der Zapatistas nach „einem Leben in Gerechtigkeit oder einem Tod in Würde“ (2).

Aber theoretisch müßte Chiapas der reichste Bundesstaat Mexikos sein, nicht einer der ärmsten. Zwei Drittel der elektrischen Energie Mexikos werden hier erzeugt — und 34 Prozent der Ortschaften von Chiapas haben keinen Anschluß ans Stromnetz. Chiapas hat einen nennenswerten Anteil der besten Böden Mexikos in seinem Territorium — und es gibt Latifundistas, die allein soviel Grund besitzen, wie die gesamte Gemeinde San Juan Chamula mit 85 000 EinwohnerInnen. Ein erheblicher Teil des mexikanischen Öls wird hier gefördert — aber den Indigenas bleibt davon nur die Umweltzerstörung. Auch die letzte größere Regenwaldreserve Mexikos, die Selva Lacondana, 15 000 qkm groß, liegt in Chiapas — und wurde von multinationalen Konzernen in ihrer Gier nach Edelhölzern größtenteils bereits geplündert.

Die mexikanische Revolution, die in anderen Teilen Mexikos zumindest ansatzweise zu einer Umverteilung des Landes führte, fand in Chiapas nie statt. Stattdessen stützte sich die Regierung immer auf lokale Machthaber und förderte sie.

Und der PRI („Partei der institutionalisierten Revolution“ und seit siebzig Jahren an der Macht) hat sich auf die Loyalität der Großgrundbesitzer und Caciques in ihrem jeweiligen Einflusssbereich verlassen können. Es gibt Ortschaften, in denen bei den letzten Wahlen 110 % der Wahlberechtigten für die Staatspartei PRI gestimmt haben, ein Ergebnis, von dem selbst Ceaucescu nur hätte träumen können. Einige der Zentren des Aufstandes gehören zu den Orten, wo bei den letzten Wahlen angeblich 100 % für den PRI stimmten.

Andere Wege als über die Stimmzettel sind in Mexiko auch nur begrenzt möglich: Gründungen von Indigena- oder Campesinoorganisationen endeten für deren Anführer oft genug tödlich. Mordserien wie die an den 19 an Landrechtsfragen arbeitenden Campesinos von Venustiano Carranza bleiben unaufgeklärt. Die Gefängnisse gehen von politischen Gefangenen über, sehr oft Indigenas, die sich politisch mit der Landrechtsfrage zu beschäftigen erdreisteten.

Auch die Kirche bekam das zu spüren: Mit den Indigenas zusammenarbeitende Priester wurden eingesperrt oder ausgewiesen, der Bischof von San Cristobal stand — bis zu seiner Einsetzung als

Vermittler Mitte Jänner — auf der Abschußliste sowohl der Regierung als auch des Vatikans. Zitat des Gouverneurs von Chiapas: „Soy Comecuras“ — „ich bin ein Pfaffenfresser“.

Mißstände finden sich auch im Bildungs- und Gesundheitswesen: Über 30 % Analphabetismus, ein äußerst spärliches Netz an ärztlicher Versorgung.

Ein Beispiel: Das Spital in Altamirano — übrigens eines der Zentren des Aufstandes — wurde erst vor wenigen Monaten vom Präsidenten persönlich eröffnet, der dabei schöne Worte über die Gesundheitspolitik seiner Regierung verkündete. Am nächsten Tag, als die Menschen dort ärztliche Betreuung suchten, fanden sie das Spital leer. Keine ÄrztInnen, keine Krankenschwestern, keine Medikamente — die waren am Tag zuvor nur für die vom Fernsehen übertragene Eröffnungszeremonie aus der Hauptstadt eingeflogen worden.

In Chiapas sind von drei Millionen EinwohnerInnen rund 850 000 „ökonomisch aktiv“, also in irgendeiner Weise beschäftigt. Von diesen verdienen zwei Drittel entweder gar nichts oder weniger als den Mindestlohn von etwa vier US-Dollar täglich, bei Lebensmittelpreisen, die etwa zwei Drittel jener in Österreich ausmachen.

Unter diesen Umständen sind die Menschen, um nicht zu verhungern, auf Subsistenzlandwirtschaft (3) angewiesen. Seit 1950 hat sich die Bevölkerung vervierfacht, ebenso die landwirtschaftlich genutzte Fläche. Versiebenfacht hat sich jedoch die Anzahl der Rinder, deren Zucht mit geringem Arbeitsaufwand auf großen Weideflächen traditionell eine Domäne der Latifundistas ist. Folglich geht es einem großen Teil der Indigenas heute wirtschaftlich schlechter als vor vierzig Jahren.

Um sich um eine Bodenreform zu drücken, wurde immer dann, wenn die Unzufriedenheit zu groß wurde, ein Kontingent von Indigenas in die ehemals fast unbesiedelte Selva Lacondana geschickt. Inzwischen wohnen dort etwa 400 000 Menschen, hauptsächlich Tzeltales, und von der Selva bestehen nur mehr kümmerliche Reste. Es gibt also nichts mehr zu verteilen, außer: Flächen aus Großgrundbesitz. Aber das hat die Regierung mit Rücksicht auf ihre lokalen Alliierten bislang vermieden.

Wie wird die Regierung dieses Problem bei den kommenden Verhandlungen lösen? Das ist eine entscheidende Frage nicht nur für Chiapas. Die Landfrage ist nämlich auch in den anderen „armen“ Bundesstaaten mit erheblichem indigenem Bevölkerungsanteil akut. Indigene Campesinos in Guerrero, des allerärmsten Bundesstaates Mexikos, haben bereits angekündigt, daß sie ebenfalls in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten gedächten, um den Kuchen neu zu verteilen, widrigenfalls sie ebenfalls vorhätten, sich mit Waffen zu erheben ... (Übrigens leistete in Guerrero eine Guerrilla, bestehend aus 130 (hundertdreißig) Menschen, der Regierung von 1967 bis 1974 Widerstand.)

(1) laut dem Historiker Antonio Garcia de Leon in einer Konferenz über Chiapas im Jänner 1994
(2) laut dem Komunique vom 6. Jänner 1994
(3) Lebensmittelanbau für den Eigenbedarf
Dieser Text wird in TATblatt plus sechs veröffentlicht und erscheint am 16. Februar 1994. (c) TATblatt 1994 (über CL-Netz). TATblatt — alles über das Böse auf der Welt, A-1060 Wien, Gumpendorfer Straße 157/11 Tel: 0043-1-568078, Fax 0043-1-5680784, 14tägige Erscheinungsweise, Einzelausgabe oES 15,-, Abo 10 Nummern Inland oES 150,- Ausland oES 200,-

Gegen die Maschine der Auslöschung. Gespräch mit Subcomandante Marcos, EZLN

Am Neujahrstag 1994 übernahm das „Zapatistische Heer der Nationalen Befreiung“ (EZLN) die Kontrolle über vier Städte im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Das nachfolgende Gespräch mit dem Anführer der Operationen in San Cristobal de las Casas, Subcomandante Marcos, hat wenige Stunden nach Beginn der Kampfhandlungen Helmuth Santler (Lateinamerika anders — Panorama) geführt.

■ Was sind die grundsätzlichen Ziele des Ejército Zapatista de Liberación Nacional?

Freiheit und Demokratie — unter diesen Voraussetzungen können wir Schritte gegen die ernststen sozialen Probleme setzen: die ungleiche Verteilung des Reichtums, die hohen Preise, die niedrigen Löhne. Das prinzipielle Problem Mexikos ist die illegitime Regierung. Sie ist das Produkt eines Wahlbetrugs. Wir wollen eine legitime Übergangsregierung, die keine Entscheidungen über die Köpfe des Volkes hinweg trifft wie die jetzige von Präsident Salinas de Gortari. Die vorrangige Aufgabe dieses neutralen, parteiungebundenen Kabinetts wäre die Einberufung freier und demokratischer Wahlen.

■ Gibt es keinen anderen Weg als den der Gewalt?

15 000 sterben jährlich in Chiapas, so viele wie im salvadorianischen Krieg, auch wenn sie nicht den Kugeln, sondern dem Durchfall und den Masern erliegen. Mir wird kalt, wenn ich an 15 000 Tote wegen Diarrhöe (=Durchfall) denke. Wann hast du schon davon gehört, daß die Leute an Masern sterben? Aber sie sterben daran. Die Gewalt tötet sie, aber wann spricht man schon davon? Die Demütigung der Indigenas ist allgegenwärtig, und sie akkumuliert sich bis zu

dem Punkt, an dem die Menschen nicht mehr können. Das hier ist bisher noch eine Lektion von Noblesse, nicht von Gewalt. Machten das die Spanier auch so, als sie gekommen sind? Wir sind traurig darüber, daß es so weit gekommen ist, aber wir haben den legalen Weg beschritten, Ansuchen gestellt, demonstriert und Kundgebungen durchgeführt. Wir haben gewählt und Projekte vorgeschlagen. Neben all dem haben wir uns auf den Kampf vorbereitet.

■ Wer steckt hinter dem „Wir“? Welche Ideologie vertritt denn zum Beispiel das EZLN?

Revolutionären mexikanischen Bewegungen wurde immer vorgeworfen, von der kommunistischen Internationale bezahlt zu werden. Nur, den internationalen Kommunismus gibt es nicht mehr. Wir sind Mexikaner, sonst nichts. Die fehlende soziale und politische Gerechtigkeit hat einen kleinen Keim wachsen lassen, wo vieles Platz hat: Marxismus-Leninismus, Sozialdemokratie, Zapatismus u.a., was im großen und ganzen übereinstimmt.

Der Preis für die Maschine, die heute zu funktionieren beginnt (Inkrafttreten des Freihandelsvertrages NAFTA, Anmerkung des Interviewers), ist die Auslöschung der Indigenas als soziale Gruppe. Die übrigbleiben, die Überflüssigen, das sind wir, die Indigenas. (Comandante Marcos ist Mestize, Anmerkung des Interviewers). Wir wollen leben, wir haben das Recht, Forderungen zu stellen. Schlimmer als das Massaker, das

■ Warum wurde der Neujahrstag für den Beginn der Aktionen gewählt?

Die Regierung bereits angerichtet hat, kann es nicht mehr werden. Sie können uns nicht alle töten — wie sollen sie wissen, ob jemand Zapatista ist oder nicht? Auch mit Folterungen werden sie das nicht herausbekommen.

■ Wie soll es nach der Besetzung des Rathauses von San Cristobal de las Casas weitergehen?

Wir erwarten den Angriff der Armee. Aber die Reaktion des Heeres hängt nicht vom Militärischen ab. Es ist wichtig zu verstehen, daß es sich um politische Fragen handelt: Wie nimmt das Volk diese Bewegung auf, wie die Regierung? Das bestimmt die Antwort. Knopf drücken und Bomben werfen, so einfach ist das nicht.

■ Wie hat das Volk eure Aktionen bisher aufgenommen?

Die Leute sind verunsichert, denn sie sehen eine Sache und hören im Radio von einer anderen. Wir fressen keine Menschen und haben auch nicht Hammer und Sichel in der Brust eingraviert. Wir wollen keine neue Diktatur, sondern daß die Partei gewinnt, die dem Willen des Volkes entspricht. Dies hier ist die erste Etappe; wie es weitergeht, hängt von der Reaktion des Volkes ab. Unser Weg mag falsch sein, aber er beruht auf Gerechtigkeit. Hätte es andere Möglichkeiten gegeben, hätten wir sie ergriffen. Werdet ihr Journalisten verstehen, daß dieser Weg der einzige mögliche war? Werdet ihr mit euren Herzen berichten? Sie werden sagen, dieser Baum vertrocknet, weil die Zapatisten hier waren. Laßt euch davon nicht täuschen!

Quelle: TATblatt plus 4 vier, 19. 1. 1994



Wir sagen heute: Genug ist genug!

**Erklärung der EZLN: An die Menschen in Mexiko
Mexikanische Brüder und Schwestern!**

Wir sind das Produkt von 500 Jahren des Kampfes: zuerst gegen Sklaverei, dann während des von Rebellen geführten Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien, dann gegen die Einverleibung durch den nordamerikanischen Imperialismus, dann zur Verkündung unserer Verfassung und der Vertreibung der französischen Herrscher von unserem Boden und später, als uns die Diktatur durch Porfirio Diaz die gerechte Anwendung der Reformgesetze vorenthielt und die Leute rebellierten und Anführer wie Villa und Zapata — arme Leute wie wir — auftauchten.

Wir sind miserabel ausgerüstet und können als Kanonenfutter herhalten, während der Reichtum unseres Landes geplündert wird. Es kümmert niemand, daß wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein Dach über dem Kopf, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheitsversorgung, kein Essen, keine Bildung. Wir sind auch nicht frei, und können auch unsere politischen VertreterInnen nicht demokratisch wählen, sind auch nicht unabhängig von Fremden, es gibt hier keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber heute sagen wir: GENUG ist GENUG. Wir sind die Erben und Erben der wahren GründerInnen unserer Nation. Wir Enteignete, wir sind Millionen, und deshalb rufen wir unsere Brüder und Schwestern auf, sich zusammenzutun in diesem Widerstandskampf als dem einzigen Weg, um nicht des Hungers zu sterben, durch die Schuld des unersättlichen Ehrgeizes einer siebzehnjährigen Diktatur, angeführt von einer Gruppe von Verrätern, die die konservativste Schicht repräsentiert. Es sind die



gleichen, die sich Hidalgo und Morelos entgegenseetzten, die gleichen, die Vicente Guerrero verrieten, die gleichen, die unser halbes Land an ausländische Eindringlinge verkauften, die gleichen, die europäische Herrscher geholt hatten, um unser Land zu verwalten, die gleichen, die die „wissenschaftliche“ Porfirista-Diktatur kreierten, die gegen die Erdölenteignung opponierten (gemeint ist vermutlich die Enteignung der Erdölgesellschaften, Anmerkung des Übersetzers), die gleichen, die 1958 unter den EisenbahnerInnen und 1968 unter StudentInnen ein Blutbad anrichteten, die gleichen, die uns heute alles nehmen, absolut alles.

Um die Fortsetzung des obig angeführten zu verhindern, und als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alle legalen Mittel auf Basis unserer Verfassung angewendet haben, nehmen wir nun diese unsere Verfassung und wenden den Artikel 39 an, der besagt: „Nationale Souveränität beruht im wesentlichen und ursprünglichen auf den Menschen. Alle politische Macht geht von den Menschen aus und hat das Ziel, den Menschen zu helfen. Die Menschen haben jederzeit das unveräußerliche Recht, ihre Regierungsform zu verändern und zu modifizieren.“

Dafür erklären wir in Übereinstimmung mit unserer Verfassung das folgende — gerichtet an die mexikanische Bundesarmee, die Stütze der mexikanischen Diktatur, die wir erleiden, monopolisiert von einem Einparteiensystem und geführt von Carlos Salinas de Gortari, dem größten und illegitimsten Bundesbeamten, der heute an der Macht ist.

Entsprechend dieser Kriegserklärung fordern wir die anderen Kräfte in dieser Nation auf, für die Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und der Stabilität

unserer Nation durch den Sturz des Diktators einzutreten.

Wir bitten die internationalen Organisationen und das Internationale Rote Kreuz, unsere Kämpfe so zu überwachen und zu regulieren, daß wir für unsere Ziele kämpfen können und trotzdem die Sicherheit der Zivilbevölkerung weiterhin gewährleistet ist.

Wir erklären jetzt und immer, daß wir uns der Genfer Konvention unterwerfen in der Bildung der EZLN als dem bewaffneten Arm in unserem Befreiungskampf. Wir haben die mexikanischen Menschen auf unserer Seite, unsere aufrührerischen KämpferInnen achten die heißgeliebte dreifarbigte Fahne hoch. Wir verwenden Schwarz und Rot in unseren Uniformen als unser Symbol für die kämpfenden ArbeiterInnen. Unsere Fahne trägt die Buchstaben „EZLN“, Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung), und wir tragen unsere Fahne immer im Kampf.

Vorher weisen wir jegliche Bemühungen zurück, unsere Beweggründe hinabzuwürdigen, indem wir beschuldigt werden, Rauschgiftändler, Drogen-Guerillas, Diebe oder als was uns unsere Feinde noch alles bezeichnen könnten, zu sein. Unser Kampf folgt der Verfassung, die wir hochhalten, in ihrem Ruf nach Gerechtigkeit und Gleichheit. Dafür geben wir entsprechend unserer Kriegserklärung unseren militärischen Kräften, der EZLN, die folgenden Anweisungen:

Erstens: Rückt in die Hauptstädte des Landes vor, schlägt die mexikanische Bundesarmee, schützt bei eurem Vormarsch die Zivilbevölkerung und gebt den Leuten in den befreiten Gebieten das Recht, in freien und demokratischen Wahlen eigene Verwaltungsbeamte zu bestimmen.

Zweitens: Achtet das Leben unserer Gefangenen und übergibt alle Verwundeten dem Internationalen Roten Kreuz.

Drittens: Fällt schnelle Urteile gegen alle Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Polizei, die dafür ausgebildet wurden oder aus dem Ausland dafür bezahlt werden, unser Land zu verraten, und gegen alle, die die Zivilbevölkerung böse unterdrückt, beraubt oder bestohlen haben, oder versuchten, strafbare Handlungen gegen die Güter jener Menschen zu begehen.

Viertens: Bildet neue Truppen mit all jenen MexikanerInnen, die Interesse zeigen, sich mit unserem Kampf zu verbinden, auch mit all jenen, die feindliche Soldaten waren, die zu uns überwechseln, ohne vorher gegen uns gekämpft zu haben, und die versprechen, Anweisungen des Generalkommandos der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung entgegenzunehmen.

Fünftens: Wir fordern die bedingungslose Übergabe der Hauptquartiere, bevor wir irgendwelche Kämpfe beginnen, um den Verlust von Menschenleben zu vermeiden.

Sechstens: Stoppt den Raubbau an den natürlichen Ressourcen in den von der EZLN kontrollierten Gebieten.

An die Menschen von Mexiko: Wir, Männer und Frauen, betroffen und frei, sind uns bewußt, daß der von uns erklärte Krieg unser letztes Mittel, aber auch ein gerechtfertigtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen unerklärten, völkermordenden Krieg gegen unsere Leute. Deshalb fordern wir euch auf, macht mit, fällt eure Entscheidung, dieses Konzept des Kampfes um Arbeit, Land, Wohnraum, Nahrung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden mitzutragen.

Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden, zu kämpfen, ehe die grundlegenden Forderungen unserer Leute durch die Bildung einer freien und demokratischen Regierung erfüllt wurden.

Verbündet euch mit den aufständischen Kräften der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung.

Generalkommando der EZLN, 1993
Dieser Text wird in TATblatt plus 4 vier veröffentlicht und erscheint am 19. Jänner 1994. (c) TATblatt 1994

Uni-Klinik Zürich: Arztgeheimnis für Gefangene außer Kraft?

Gefangene sollte im Besein von Polizeibeamten medizinisch behandelt werden

Daß bei der Einschränkung von Rechten unliebsamer Strafgefangener im Bedarfsfall — weit über jeweils geltende Vollzugsgesetze hinaus — äußerst „großzügig“ umgegangen wird, ist nichts Neues — und nicht auf ein Land beschränkt. In der Zürcher Universitätsklinik setzt man jedoch diesbezüglich offenbar neue Maßstäbe. Ärzte arbeiten Hand in Hand mit der Polizei bei der Abschaffung von PatientInnenrechten und Persönlichkeitsschutz. Wer sich widersetzt, wird nicht behandelt.

Gegen einen am 9. Januar 1994 diensthabenden Notfallarzt der Klinik erstattete der Zürcher Rechtsanwalt Bernard Rambert jetzt bei der Bezirksstaatsanwaltschaft Strafanzeige wegen versuchter Nötigung und Verweigerung medizinischer Hilfe.

Seine Mandantin A.S. verbüßt seit Ende Oktober eine sechsmonatige Haftstrafe wegen Landfriedensbruchs, weil sie laut Urteil des Bezirksgerichts Zürich bei der 1.-Mai-Demonstration 1991 „durch Gestikulieren und Klatschen“ die herrschende „aggressive Grundstimmung und Sachbeschädigungen billigte“ und damit den „Eindruck einer Rädelführerin erweckte“. Am Sonntag, den 9. Januar, wurde die Gefangene, der man bereits bei früheren Untersuchungen eine Wandermiere diagnostizierte, per Transport in die Zürcher Uniklinik gebracht. Bereits im Dezember hatte sie über starke Schmerzen in der Bauchgegend geklagt, stieß beim Gefängnisarzt aber damit auf taube Ohren. Erst nachdem A.S. — als deren ehemaliges Gründungsmitglied — mit der Einschaltung der Patientenstelle drohte und einen befreundeten Arzt unterrichtete, wurde sie untersucht. Für den Fall einer Zunahme der Schmerzen ordnete

er die sofortige Entnahme einer Blut- und Urinprobe an. Da diese an Wochenenden im Gefängnis nicht möglich ist, wurde A.S. unter Bewachung durch einen Kantonspolizisten und eine Polizistin zur Uniklinik transportiert.

In der Notfallaufnahme unterrichtete die Polizeieskorte sodann eine Klinikbedienstete davon, daß A.S. ohnehin „keine Schmerzen“ habe, sie „bestens“ über die Gefangene orientiert seien und jederzeit diese „Übung abbrechen“ könnten. Als der diensttuende Arzt dann auch noch — zu „seinem Schutz“ — die Untersuchung nur in Anwesenheit der PolizistInnen durchführen wollte, weigerte sich die Patientin mit dem Hinweis, sie sei nicht wegen Kannibalismus gegen Ärzte, sondern wegen politischer Delikte verurteilt. Insbesondere setzte sie sich gegen die Anwesenheit des männlichen Beamten bei der Untersuchung einer Frau zur Wehr und verwies zudem auf das Arztgeheimnis, von dem nur sie selbst den Behandelnden entbinden könne. Nachdem sie die Argumentation des Arztes, die Polizei sei „von Amts wegen“ in das Arztgeheimnis eingeschlossen, nicht teilen wollte und dieser weiterhin eine Behandlung ohne Beisein der BewacherInnen verweigerte, wurde A.S. — mit der Bemerkung, auch zukünftig würde sich damit ein Transport in die Klinik erübrigen — ins Bezirksgefängnis zurückgebracht. Zwei weitere während der Auseinandersetzung anwesende Ärzte ließen dies un widersprochen geschehen. Während der gesamten Transportdauer war A.S. — sonst sogar bei Untersuchungshäftlingen und länger Inhaftierten unüblich — mit Handschellen gefesselt, die ihr auch im Krankenhaus nicht abgenommen wurden. In der Notfalleinweisung hatte sich zu

den beiden Beamten, vor denen er demonstrativ die Sicherung seiner Pistole gelöst hatte, auch noch ein privater Wachmann des Krankenhauses gesellt, der ebenfalls während der ganzen „Aufnahme“prozedur anwesend war.

Der Pressesprecher der Klinik mußte inzwischen zugeben, daß die Anwesenheit von Polizei bei Untersuchungen nur in „extremen Fällen“ hochgradiger Fluchtgefahr üblich ist. Nach Einschätzung des Zürcher Patientenrechtsexperten Atalay Ileri ist im Fall A.S. dem Schutz der Patientenrechte gegenüber dem „Rechtsgut der Sicherheit“ eindeutig der Vorzug zu geben. Bereits die unverschlossen transportierte und für die Polizei einsehbar Krankenakte ist nach Ansicht von Rechtsanwalt Rambert als Verletzung des Persönlichkeitsrechts zu betrachten.

A.S. — laut Urteil des Zürcher Gerichts eine „uneinsichtige Überzeugungstäterin ohne Einsicht und Reue“, die selbst im Gericht „über Klassenkampf und dergleichen sprach“ — verbüßt derzeit im Bezirksgefängnis die Reststrafe unter ihrer Gesundheit zusätzlich wenig einträglichen Bedingungen. Seit nahezu einem Monat wird direkt unter dem Frauentrakt mit Schlag- und Preßluftbohrern gearbeitet. Der ohrenbetäubende Lärm, der morgens vor acht Uhr beginnt und bis zum Abend dauert, läßt das Zelleninventar vibrieren und zwingt BesucherInnen bereits nach wenigen Minuten zum Abbruch von Gesprächen, weil selbst die eigenen Worte nicht zu verstehen sind.

Die Gefängnisleitung sieht „keine Veranlassung“, sich zum Vorwurf des menschenverachtenden Charakters derartiger Haftbedingungen zu äußern. — (MS)

Kurdistan vor den türkischen Kommunalwahlen am 27. März

Fast täglich werden Kandidaten der DEP entführt, gefoltert, ermordet

In der Türkei stehen die Kommunalwahlen am 27. März und eine Woche vorher die kurdischen Newrozfeiern (21. März) bevor. Um einen überwältigenden Wahlsieg der prokurdischen Demokratiepartei (DEP), der einem Referendum für das kurdische Selbstbestimmungsrecht gleichkäme, zu verhindern, eskaliert das türkische Regime tagtäglich den Terror gegen die Demokratiepartei, deren Parlamentsabgeordnete, deren Bürgermeister sowie Kandidaten in Kurdistan. Am 18. Februar erfolgte der bislang schwerste Angriff auf die DEP. Während einer Sitzung von Parteivertretern in der DEP-Zentrale in Ankara explodierte im Gebäude eine Bombe. Dabei kam ein Mensch aus Van ums Leben, 20 Menschen wurden verletzt, davon zwei schwer. Vierzehn Tage zuvor war ein Anschlag auf den stellvertretenden Parteivorsitzenden in Ankara verübt worden. Die Forderung, daß das Innenministerium der DEP-Zentrale und ihren führenden Funktionären Polizeischutz gewährt, wurde abgelehnt.

Hatip Dicle, der Vorsitzende der DEP, hatte sich schon Mitte Februar an die Öffentlichkeit gewandt. Er befürchtete, daß „das aktive und passive Wahlrecht nicht frei garantiert ist und die unter dem Vorwand der ‚Sicherheit der Wahlen‘ getroffenen Maßnahmen eine unabhängige und freie Willensäußerung verhindern. Wir sind also nicht davon überzeugt, daß durch diese Wahlen der freie Wille des kurdischen Volkes zum Ausdruck kommen kann.“ Hatip Dicle rief wegen der zahlreichen Angriffe auf die DEP die Öffentlichkeit auf, „nicht zu schweigen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzugreifen“.

Das Europaparlament hatte Anfang Februar die Einstellung aller militärischen Operationen in den kurdischen

Provinzen gefordert und hatten das Verbot der Vorläuferpartei der DEP, der HEP, kritisiert. Der türkische Parlamentsvorsitzende antwortete, daß das Militär die freie Durchführung der Wahlen garantiere, ausländische Beobachter seien nicht erwünscht.

Am 22. Februar erklärte die türkische Regierung im Parlament, daß die DEP die PKK unterstütze, besonders Hatip Dicle wurde angegriffen. Die Immunität von Orhan Dogan, Abgeordneter aus Samsat, wurde für ein „Separatismus“-Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara aufgehoben.

Seit September werden in Kurdistan die DEP-Bürgermeister sowie die Dörfer und Städte mit DEP-Bürgermeistern ununterbrochen bedroht und angegriffen. Zwei DEP-Bürgermeister wurden von dem türkischen Innenministerium am 10. Februar ohne Grund suspendiert. Gegen 13 weitere wurde ein Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht eingeleitet. Es ist zu erwarten, daß auch sie vor den Wahlen suspendiert werden.

Unter den suspendierten Bürgermeister ist auch Abdullah Kaya (Batman-Kozluk), der im Mai letzten Jahres mit drei kurdischen Gewerkschaftern in der BRD war und viele Gespräche mit deutschen Landtags- und Bundestagsabgeordneten führte. Schon im Oktober 1993 war er in Istanbul wegen einer Presseerklärung von den türkischen Sicherheitsbehörden verhaftet und nach einigen Wochen wieder freigelassen worden.

Im September 1993 waren 14 Bürgermeister in Kurdistan in die DEP übergetreten. Seither wurden ihre Städte vom Militär angegriffen: Hakkari am 26. September, 30. Oktober und 13. November, Yüsekova am 30. September und 25. Oktober, Cukurca am 2. Oktober, Lice am 22. Oktober und 10. Janu-

ar, das Dorf Giridikan, aus dem der DEP-Abgeordnete Nizamettin Toguc stammt, am 6. Januar, das Dorf Darawut, aus dem der DEP-Abgeordnete Zübeyir Aydemir stammt, am 9. und 25. Januar ... Diese Liste ließe sich fortsetzen. Keiner der bisherigen DEP-Bürgermeister und der rund 10000 Kandidaten der DEP in Kurdistan ist seither nicht mit dem Tode bedroht worden, viele wurden verhaftet, geschlagen, gefoltert.

Am Beispiel der Stadt Cizre, 50000 Einwohner, soll kurz beschrieben werden, mit welchen Methoden das türkische Regime die Kandidatur der DEP verhindern will. Im November fand ein Treffen zwischen der türkischen Ministerpräsidentin Ciller, Innenminister Mentese und dem Generalkommandanten der Gendarmerie Iler mit den kurdischen Sippenführern, die Dorfschützendienste tun, statt, darunter auch Kamil Atak von der Tayan-Sippe. Kurz danach begannen die Angriffe des türkischen Militärs auf Stadtteile in Cizre. Anfang Januar beschloß die türkische Armee zehn Tage lang die Stadtviertel entlang der Durchgangsstraße E24 in den Irak. Das Viertel Cudi mußten die Bewohner völlig, die Viertel Sur und Kurtulus teilweise verlassen. Mehr als 15000 Menschen zogen in andere Stadtteile oder von Cizre weg. Ihre Vertreibung wurde von türkischen Militärs und Dorfschützern der Tayan-Sippe organisiert. Die verlassenen Häuser wurden von Tayan-Leuten bezogen. Ende Januar kam es innerhalb von zwei Tagen zu 600 Verhaftungen, im Februar verschwanden 40 Menschen spurlos, 20 wurden von der Konterguerilla erschossen. Gegen den Bürgermeister der DEP wird Kamil Atak kandidieren. Die DEP ruft auf, auch mit Delegationen aus Europa diesem Terror entgegenzuwirken. — (rub)

Die Linke Liste Niedersachsen (LLN) steht bei den Landtagswahlen am 13. März als Liste 18 zur Wahl. Mehr als 2.300 in kurzer Zeit gesammelte Unterstützungsschriften stellten die landesweite Kandidatur sicher. Außerdem kandidieren in Hannover und Oldenburg Direktkandidatinnen und -kandidaten in vier Wahlkreisen.

Die politische Erklärung der Linken Liste Niedersachsen hatten wir bereits vor einigen Monaten in dieser Zeitung dokumentiert.

Programmatische Positionen, Wahlzeitung und Plakate können über das Büro der Linken Liste Niedersachsen (c/o GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover) bezogen werden.

Neben den vier im Landtag vertretenen Parteien hat der Landeswahlausschuß Landeslisten von weiteren 13 Par-

teien zur Wahl zugelassen, darunter die Linke Liste Niedersachsen als einzige linke, antifaschistische Kandidatur.

Die Kandidaturen von Republikanern und NPD waren umstritten. Der Landeswahlleiter führte zum Sitzungsbeginn aus, daß dem Landeswahlausschuß zahlreiche Einwände gegen die Zulassung faschistischer Parteien zugegangen seien, denen er aber aus „formalrechtlichen Gründen nicht nachgehen könne“. In der Einzelabstimmung wurden die NPD bei zwei Enthaltungen (der Vertreter der Grünen und ein Vertreter der SPD) und die Republikaner bei einer Gegenstimme (ein Vertreter der SPD) und zwei Enthaltungen (der Vertreter der Grünen und ein weiterer Vertreter der SPD) zur Wahl zugelassen.

Gegen die vom Landeswahlausschuß

durchgeführte Streichung eines ausländischen Kandidaten von ihrem Landeswahlvorschlag gab die LLN eine Erklärung ab. Sie kritisierte das „deutsch-völkisch“ begründete Wahlrecht in der BRD und forderte ein Einwohnerwahlrecht, welches den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern das aktive und passive Wahlrecht ermöglicht.

Der Landesverband der PDS/Linke Liste in Niedersachsen/Bremen, der selbst nicht zur Landtagswahl kandidieren wollte, hatte zunächst Probleme mit der Unterstützung der Linken Liste Niedersachsen, in der viele seiner Mitglieder mitarbeiten. Deshalb ist die Erklärung der Landesmitgliederversammlung der PDS/Linke Liste Niedersachsen/Bremen vom 16. Januar 1994, die im folgenden dokumentiert wird, wichtig.

— (mio)

Landtagswahlen Niedersachsen: Erklärung der PDS/LL

Unterstützung der Linken Liste und einzelner Direktkandidat/innen Stimmhaltung bei der Wahl stärkt die rechten Parteien!

Bilanz Rot-Grün in Niedersachsen: Als vor knapp vier Jahren die rot-grüne Landesregierung die skandalumgebene Albrechtregierung ablöste, wurden Erwartungen zugunsten einer alternativen reformorientierten Politik geweckt, die sich zugleich der neokonservativen Regierungspolitik in Bonn entgegenstellt und ein Gleichgewicht schafft.

Diese Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Sogar auf dem Gebiet der Ökologie, wo dem grünen Koalitionspartner besondere Kompetenz zugetraut wurde, ist die Bilanz mit Ausnahme der gerade durchgesetzten Verbandsklage für Umweltverbände überwiegend negativ:

sorgung mit Blockheizkraftwerken stoßen nach wie vor auf erheblichen Widerstand.

Das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen wurde nicht gestärkt. Im Gegenteil, mit immer größeren finanziellen Belastungen von Bund und Land in die Enge getrieben, verbleiben den Städten und Gemeinden kaum noch Möglichkeiten, soziale Aufgaben zu erfüllen. Nach den bestehenden Gesetzen ist auch in Niedersachsen die Möglichkeit, durch Eigenbetriebe selbst wirtschaftlich tätig zu werden, erschwert.

Niedersachsen ist nicht sozialer geworden.

Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, unterentwickelte Regionen bleiben nach wie vor zurück.

Da, wo das Land immerhin durch eine 20%ige Beteiligung direkt Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen hat, nämlich beim größten Unternehmen des Landes, dem VW-Konzern, kann der Rationalisierer Lopez seinen „Wirtschaftskrieg“ gegen die mittelständischen Zulieferbetriebe führen und gleichzeitig den Arbeitern und Angestellten eine drastische Arbeitszeitverkürzung abpressen, die sie überwiegend durch Lohnverzicht bezahlen müssen.

Dort, wo das Land den größten Spielraum für eigene Politikentwicklung hat, nämlich im Bereich der Schul- und Hochschulpolitik, bleiben Reformen in Ansätzen stecken. Durch die Neufassung des Schulgesetzes wurden Gesamtschulen zwar von ihrem diskriminierenden Status befreit,

nach nach wie vor müssen aber Eltern, die für ihre Kinder den Besuch der integrierten Gesamtschule vorgesehen haben, einen zähen Kleinkrieg mit ewig gestrigen Kommunalpolitikern führen, weil sie ihren Anspruch auf eine reformierte Integrierte Gesamtschule nicht anders durchsetzen können. Den LehrerInnen wird nun auch noch durch das aufgezwungene Sonderopfer der unbezahlten Mehrarbeit der letzte Rest pädagogischer Motivation genommen.

An den Hochschulen bleibt das Lehrangebot weit hinter dem gestiegenen Bildungsbedarf zurück.

Dort, wo die Politik des Landes in die Entscheidungskompetenzen des Bundes eingebunden ist, wäre Widerstand und nicht Anpassung gegenüber der CDU/FDP-Regierung in Bonn zu erwarten gewesen.

Das Land hat zwar der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Bundesrat nicht zugestimmt, Ministerpräsident Schröder hat aber durch seine Kompromißlinie die Zustimmung der SPD erst möglich gemacht.

Die Grünen haben dort, wo sie hätten Profil zeigen können, ihre eigenen Beschlüs-

se mißachtet, z. B. bei der Zustimmung zu Maastricht durch Minister Trittin im Bundesrat. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen wurde so weiterherausgelegt, daß der Regierungschef Schröder ohne Gefahr Kriegsschiffe für Formosa und eine Neuauflage des Jägers 90, der jetzt Euro-Fighter heißt, fordern konnte. Da die PDS in Niedersachsen sich selbst zur Zeit weder personell noch programmatisch stark genug fühlt, kandidiert sie dieses Mal zur Landtagswahl in Niedersachsen noch nicht. Sie ist eine Partei, die vor allem im Westen erst am Anfang ihrer Aufbauphase steht. Sie konzentriert daher im Wahljahr 1994 ihre Kraft auf die Europa- und Bundestagswahlen.

Die Folgen der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, der staatlichen Finanzkrise und der Politik der regierenden Parteien haben das Vertrauen vieler Menschen in die parlamentarischen Institutionen erschüttert. Als Regierungspartei in Niedersachsen werden die Grünen von dieser Entwicklung mit betroffen. Offene Neonazis und andere Parteien der extremen Rechten versuchen — gestärkt durch die chauvinistische und fremdenfeindliche Politik der Bonner Koalition und großer Teile der Sozialdemokratie — diese Situation für einen parlamentarischen Durchbruch zu nutzen. Für die PDS wie für alle anderen fortschrittlichen politischen Kräfte in Niedersachsen stellen sich im gegenwärtigen Landtagswahlkampf deshalb zwei miteinander verknüpfte Aufgaben:

— Die Kritik an der Politik der Landesregierung und der Bundesregierung muß klar herausgearbeitet, der Protest gegen deren ökonomische, soziale, ökologische und politische Folgen möglichst wirkungsvoll vorgetragen werden.

— Ein Wahlerfolg der Neonazis und der übrigen politischen Rechten muß verhindert werden!

Die politische Erklärung und die programmatischen Positionen der Linken Liste Niedersachsen (LLN) bieten dafür Voraussetzungen. Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der PDS unterstützen deshalb den Wahlkampf dieser Partei und empfehlen die Wahl ihrer Landesliste. Daneben unterstützt der Landesverband Niedersachsen/Bremen der PDS die Wahl von Direktkandidaten auch der Regierungsparteien, die im Sinne der obigen Erklärung kritische und fortschrittliche Positionen einnehmen. Der Landesverband weist dabei besonders darauf hin, daß auch Stimmhaltungen das Gewicht der rechten Parteien stärken würden! (16.1., Redaktion) Quelle: Landesinfo der PDS 1/94

MÜNCHEN

Gauweiler wird zurückgetreten

Peter Gauweiler, der bayerische Umweltminister, mußte jetzt von seinem Amt in der Staatsregierung zurücktreten. Er tat dies nicht aus Einsicht in grobe Fehler, die immer wieder bei seinem politischen Wirken vorkamen. Er wurde von den führenden Leuten der CSU — mit der Entlassungsurkunde in der Hinterhand — direkt dazu gezwungen.

Die Ereignisse, die dazu geführt haben, sind landauf und landab in der Presse berichtet worden. Deshalb nur ein kurzer Rückblick über die Affären der CSU und die möglichen Konsequenzen dieser Auseinandersetzung in der CSU.

Die CSU hatte versucht, ihren Amigo-Fall Streibl mit der Wahl Stoibers zum neuen Ministerpräsidenten zu bereinigen. Dies ist nicht ganz gelungen. Streibl pflegt — wie wahrscheinlich viele CSU-Mitglieder — lukrative Beziehungen zu bestimmten Großindustriellen. Wenn dies zu weit getrieben wird, entsteht der Korruptionsfall, und dies ist mit dem öffentlichen Amt als bayerischer Ministerpräsident nicht vereinbar. Jüngst sind dann ganz familiäre Beziehungen zu REP-Schönhuber bekannt geworden. Für die CSU-Imagepflege Gift. Und alle Beteuerungen der CSU-Spitze, daß mit den Republikanern nicht zusammengearbeitet werde, werden durch solche Vorfälle unglaubwürdig. Es muß also davon ausgegangen werden, daß in der CSU sich erneut eine Auseinandersetzung über die Zusammenarbeit mit den Republikanern anbahnt, die spätestens nach den Landtagswahlen und einem möglichen Einzug der Republikaner in den Landtag entschieden werden muß. Auch in dieser Hinsicht versucht Peter Gauweiler zu provozieren. In seiner Abtrittsrede hat er dafür einen Beleg geliefert. Er hatte doch beklagt, daß eine Partei „a bisserl rechts von der Mitte“ gleich vom „Verfassungsschutz verdächtigt“ werde, und meinte damit die Republikaner. Allerdings haben solche rechtsextremistischen Eskapaden nicht zu seinem Rücktritt geführt. Die Gründe liegen mehr im Bereich der persönlichen Bereicherung.

Die Verwandlung des öffentlichen Amtes und der daraus erwachsenden politischen Macht zu einem Selbstbedie-

nungsladen für sich und seinen CSU-Freundeskreis ist der Kern der „Kanzlei-Affäre“. Gauweiler kann daran nach wie vor nichts Schlimmes finden und gegenüber Kritik machte er sich in den letzten Tagen eher lustig. Ein Untersuchungsausschuß im bayerischen Landtag wird dieses Thema jetzt weiter behandeln.

Von den Grünen bis zum CDU-Vorstandsmitglied Geißler wird nach dem Rücktritt Gauweilers gefordert, daß dieser alle Ämter — auch den CSU-Vorsitz in der Landeshauptstadt München — niederlegen müsse. Es hat aber allen Anschein, daß die Münchner CSU sich auf ihren Gauweiler einschwört, der als OB-Kandidat doch einen von allen Seiten in der Union gelobten Wahlkampf geführt hatte. Die Münchner Zeitung *tz* prophezeit: „Nach einem Wahl-Desaster der CSU würde seine große Stunde schlagen.“ — (dii)

NORDERSTEDT

Mehr Langzeit- als Kurzzeiterkrankungen

Ausgangspunkt für das Projekt Gesundheitsförderung bei Jungheinrich AG war die „Jagd auf Kranke“, zu der der Vorstand während des Jahres 1992 mal wieder geblasen hatte.

Zwischen 12 und 13 % lag der durchschnittliche Krankenstand bei der Belegschaft im Fertigungsbereich. Das ist mehr als drei Prozentpunkte über dem Branchendurchschnitt des Maschinenbaus — jedenfalls laut Statistik des Arbeitgeberverbandes Nordmetall. Nach einer langen Diskussionszeit, in der das Thema auch im IG Metall Vertrauenskörper und bei den Betriebsräten mehr polemisch behandelt wurde, gelang es, die Firmenleitung für einen Versuch zu gewinnen: Im Norderstedter Werk wurde im Sommer vergangenen Jahres ein breit angelegte Mitarbeiterbefragung zu den Themen Gesundheit und Zufriedenheit am Arbeitsplatz, Verhalten der Vorgesetzten und Kollegen sowie Verbesserungsvorschläge zur Arbeitsplatzgestaltung durchgeführt. Es sollte als erste Maßnahme ein „Gesundheitsbericht“ erstellt werden als verlässliche Basis langfristiger Verbesserungen im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung. Das aus Mitarbeitern verschie-

zu treiben. Daraufhin kam prompt im Dezember 1993 von Bundesumweltminister Töpfer (CDU) aus Bonn die Anweisung, Niedersachsen solle für die Pilotkonditionierungsanlage zur Verarbeitung von Kernbrennstäben — erste Teilgenehmigung 1990 — endlich die zweite Teilgenehmigung in die Wege leiten. Ende Januar hat er seine Initiative aber bereits wieder bremsen müssen. Es stellte sich heraus, daß am Fundament des ersten Schachtes Wasser zusammenlief, über dessen Herkunft keine Klarheit besteht, und in beiden Schächten die Verschraubung der Stahlringe bröckelte. Als „neuralgischen Punkt“ entpuppten sich auch die Zwischenlagerbehälter, die mit einem weiteren dritten (!) Deckel versehen werden müßten. Am 6. Februar gab schließlich die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) — übrigens Nachfolgerin der berechtigten Transnuklear — zu, daß sie sich beim bisherigen Bau der Konditionierungsanlage in mindestens fünf Fällen nicht an die genehmigten bau- und atomrechtlichen Pläne gehalten und das Ministerium über Änderungen nicht informiert habe. Die Betonierungen wurden vorläufig eingestellt und die verantwortlichen Mitarbeiter von ihren Aufgaben entbunden. Der heftige Streit zwischen Hannover und Bonn geht in die Prüfpausen. — (edl)

Regierungspräsident schiebt kurdische Flüchtlinge ab

Karlsruhe. Am 5. Januar dieses Jahres wurde die Familie Tekin gewaltsam aus Ubstadt-Weiher bei Karlsruhe via Frankfurt nach Istanbul abgeschoben. Der Asyl-Ablehnungsbescheid hatte die Familie nie erreicht. Mit ihren sieben Kindern flohen Ayse und Abdul Raman Tekin im September 1993 aus Cizre in die BRD. Dorfschützer hatten ihr Haus zerstört. Der AK Asyl Baden-Württemberg berichtet, daß die Familie sich vehement gegen die Abschiebung zur Wehr setzte. Das Regierungspräsidium Karlsruhe begründete die Abschiebung: Es sei kein Widerspruch gegen die Ablehnung des Asylanspruchs eingegangen.

Film der „gruppe 2“ soll kriminalisiert werden

München. Seit vier Monaten läuft mit großem Erfolg im In- und Ausland der erste Teil der Filmdokumentation „was aber wären wir für menschen ...“ der Münchner „gruppe 2“ über die Geschichte der politischen Gefangenen in der BRD und ihren Kampf im Gefängnis. Vergangene Woche, am 16.2., sollte der Film während einer Veranstaltung in Bremen gezeigt werden. Kurz vor Beginn wurde den Veranstaltern jedoch mitgeteilt, daß der Raum doch nicht zur Verfügung stehe, da nach Informationen aus Verfassungsschutzkreisen und politischer Polizei in der Veranstaltung für die RAF geworben werden solle.

Zwei Personen, die die Bundesanwaltschaft offenbar in einen Zusammenhang mit den Filmproduzenten stellt, erhielten jetzt nach einer schon im Dezember 1993 ergangenen Vorladung zur Zeugenvernehmung beim BKA eine weitere Ladung zur Vernehmung, diesmal bei der Bundesanwaltschaft: „Beweisthema: Verbreitung des Videofilms „was aber wären wir für menschen ...“, Über die Zusammenlegung zur Freiheit“, Teil 1, durch die Gruppe 2“. Die „gruppe 2“ will den Film trotz dieser Einschüchterungsversuche weiterhin allen Interessierten zur Verfügung stellen.

(Tel.: 089/6116216 und 6519359) — (jeh)

Baustopp im Gorleben

Norderstedt. Das Niedersächsische Umweltministerium hatte bereits im September 1993 die weitere Erkundung des geplanten Atom-Müll-Endlagers in Gorleben gestoppt und die Anträge des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und der Deutschen Gesellschaft für Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) zum Weiterbau abgelehnt. Diese Anträge sahen vor, die beiden bisher 350 Meter tief gebohrten Schächte auf 850 Meter abzutiefen und dann Stollen in den Salzstock



kein einziger Atomreaktor wurde stillgelegt, nicht einmal der Schrottreaktor Stade, obwohl die Landesregierung mit dem Vorsatz „Ausstieg aus der Kernenergie“ angetreten war. Die Endlager vorhaben Gorleben und Schacht Konrad wurden nicht verhindert. Schröder favorisiert sogar einen Energie-Konsens mit der Atom-Mafia, der neue, angeblich sichere AKW's einschließt.

In Papenburg wird zu Lasten der Umwelt und zum Gefallen des Mercedes-Konzerns die Test-Rennstrecke für die künftigen Raser der deutschen Schickeria gebaut. Für Hannover hält die Landesregierung am Milliarden-Prestige-Objekt Expo 2000 fest. Flüsse wie die Ems wurden so tief ausgebagert, wie es dem Werfteigner Meyer recht ist, damit er Kosten für die eigentlich notwendige Verlegung der Werft nach Emden sparen kann. Mit dem Westertunnel wird der erste Schritt für ein neues, großflächiges Fernstraßenprojekt durchgesetzt, womit erneut der umweltschädliche Individualverkehr begünstigt wird. Hierzu paßt auch die niedersächsische Zustimmung zur Privatisierung von Bundes- und Reichsbahn im Bundesrat, die weitere Streckenstilllegungen zur Folge haben wird.

Die Förderung von Windkraftwerken kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine energiepolitische Wende in Niedersachsen verpaßt wurde. Bestrebungen zur Kommunalisierung der Energiever-

Soeben erschienen	aus dem Inhalt
Linke Liste	Gegen Kriegskurs und Rüstungsboom ... 3
Niedersachsen (LLN)	Gegen Diskriminierung von Elternlosen und Flüchtlings! ... 4
	Gesellschaftliche Achtung faschistischer Ideologie! Keine Stimme den Faschisten! ... 7
	Für bessere Wertarbeit! ... 11
	„Wirtschaft von unten“ ... 13
	Flüchtlingspolitik ... 20
	Für die vollständige Trennung von Kirche und Staat ... 24
	Frauen sind die Hälfte des Himmels, und sie müssen die erben! ... 24
	Wahlrecht für alle politischen Gefangenen! ... 26
	Stimmung der Linken Liste Niedersachsen ... 32
Programmathe Positionen zur Landtagswahl 1994	
Preis: 3 DM, Bezug: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover	

dener Fachbereiche gebildete Projektteam (Produktion, Personal, Werksärztin, Sozialer Dienst, Arbeitssicherheit und Betriebsrat) erhielt Unterstützung durch die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK), Deutsche Angestelltenkrankenkasse (DAK), Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse (GEK) und Techniker Krankenkasse (TK), die Daten über Krankheiten und Krankheitsdauer lieferten.

Das außerordentlich große Interesse der KollegInnen an dem Gesundheitsprojekt schlug sich in einer erfreulich hohen Rücklaufquote der Fragebogen (54 %) nieder; alle Erwartungen des Projektteams und der beteiligten Krankenkassen wurden durch die — gemessen an ähnlichen Umfragen — starke Beteiligung weit übertroffen. Die Auswertung der Mitte 1993 an die rund 1700 Mitarbeiter verteilten Fragebogen und der von den vier Krankenkassen zur Verfügung gestellten anonymisierten Arbeitsunfähigkeitsdaten der Beschäftigten wurde dem unabhängigen Berliner Forschungsinstitut IGES übertragen; den Datenschutz gewährleistete eine Betriebsvereinbarung.

Die Umfrageergebnisse überraschten: die Krankenstandsanalyse zeigte, daß, bezogen auf insgesamt 32000 Krankheitstage in 1992, kurzzeitige Erkrankungen eine wesentlich geringere Rolle spielen, als allgemein vermutet wird. Von allen Erkrankungen entfielen nur 5 % in den Zeitraum von weniger als einer Woche; bei fast 50 % hingegen benötigt der Heilungsprozeß mehr als 4 Wochen.

Der Wunsch nach einer tiefergehenden Analyse des Ist-Zustandes erforderte eine Aufteilung des Jungheinrich-Werkes Norderstedt in 20 Betriebsbereiche. Die danach aufgeschlüsselten Untersuchungsergebnisse zeigten in den einzelnen Arbeitsfeldern ein Bandbreite der Krankenstände von 1,2 % bis 12,1 %.

55,4 % der Belegschaft bewerteten ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut, 33 % waren zufrieden und nur 11,6 % schätzten ihren Zustand als weniger gut oder schlecht ein. Insbesondere Muskel- und Skeletterkrankungen verursachten 27 % aller Fehltag, gefolgt von Erkrankungen der Atmungsorgane 19,5 % und Erkrankungen durch Verletzungen 12,5 % aller Fehltag. Besonders der Rücken und Gelenke machten den KollegInnen zu schaffen.

In den darauf folgenden Verhandlungen werden sicher all die bisher erhobenen Beschwerden der Belegschaft neu

diskutiert werden können. Ein erster Erfolg dieser Vorgehensweise zur betrieblichen Gesundheitsförderung ist schon jetzt, daß die Hetze über das beliebige „blau-machen“ von KollegInnen in der untersuchten Wirklichkeit keinen Rückhalt mehr finden kann. — (hel)

HEIDELBERG

Wichtiger Beschluß an den IGM-Vorstand

Im folgenden dokumentieren wir einen Beschluß des IG Metall-Vertrauenskörpers Graubremse, den dieser in Reaktion auf das Spitzengespräch zwischen IGM und Gesamtmetall verabschiedet hatte. — (aro)

Der Vertrauenskörper der Fa. GRAU GmbH Heidelberg hat sich in seiner Sitzung am 17.2.94 mit der aktuellen Tarifsituation befaßt. Wir unterstützen ausdrücklich die konsequente Ablehnung jeglicher Einschnitte bei Urlaubsgeld und Urlaub. Ebenso begrüßen wir, daß Kapovaz-Plänen von Gesamtmetall eine Absage erteilt, auf einer nominellen Lohn-/Gehaltserhöhung und bei weiterer Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Beschäftigung auf Lohnausgleich bestanden wird. In letztgenanntem Punkt möchten wir allerdings eine andere Schwerpunktsetzung vorschlagen:

Presseberichten haben wir entnommen, unsere Verhandlungsdelegation habe beim Darmstädter Spitzengespräch am 11.2.94 bei Arbeitszeitverkürzungen unter 35 Stunden pro Woche, um Spaltung entgegenzuwirken, auf Lohnausgleich dann bestanden, wenn die Verkürzung nicht für die gesamte Belegschaft, sondern nur für Teile gilt.

Wir halten demgegenüber in der Frage des Lohnausgleichs für noch wichtiger, den Blick auch mehr auf den sozialen Aspekt zu richten. Kolleginnen und Kollegen, die bei 36 Stunden in der Woche bisher z. B. nur 3000 DM brutto im Monat erhalten, hätten bei einer Verkürzung etwa auf 30 Stunden pro Woche bei entsprechendem Lohnabzug bloß noch 2500 DM brutto (16,7 % weniger). In der Steuerklasse I/IV würde der Nettoverdienst von 1886 DM um 251 DM (= 13,3 %) auf ganze 1635 DM im Monat sinken. Das wäre sozial bei den heutigen Lebenshaltungskosten nicht mehr erträglich.

Die netto derart stark durchschlagende Auswirkung der Einkommensminderung beruht dabei auf der umgekehrten Wirkung der relativ niedrigen Steuerprogression in den unteren Einkommensklassen. Zusätzlich sind im genannten Beispiel ab Januar 1995 infolge des Solidaritätszuschlages weiter 24 DM monatlicher Nettoverlust beschlossene Sache. Im übrigen würde auch die eh schon minimale spätere Rente bei nur zweijähriger Dauer der 30-Stundenwoche schon um 144 DM im Jahr niedriger ausfallen.

Wir halten bei Arbeitszeitverkürzung unter 35 in Richtung 30 Stunde pro Woche zumindest für untere bis mittlere Einkommen einen Lohnausgleich für unverzichtbar. Auch die Verwendung von Urlaubsgeld oder betrieblicher Sonderzahlungen, sprich ihre Verteilung auf die Rest-Monatslöhne (VW), um die monatlichen Verluste etwas geringer ausfallen zu lassen, kann hier keine Lösung sein. Denn bei solch niedrigen Löhnen oder Gehältern sind diese zusätzlichen Zahlungen unbedingt notwendig für's Haushaltseinkommen. Beim Vergleich mit VW ist zu berücksichtigen, daß z. B. die Entgeltgruppe F, in der die meisten arbeiten, 4099 DM brutto im Monat aufwies. Gegenüber den Flächentarifgebieten lagen die VW-Einkommen um rund 1000 DM brutto im Monat höher.

Unserer Ansicht nach hat ein Tausch Lohn/Gehalt gegen Arbeitszeit, also Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich spätestens da Grenzen, wo das Einkommen zum Leben nicht mehr reicht, die Miete nicht mehr bezahlt werden kann, die Existenz gefährdet ist. Hier gilt es, eine Politik der Mindestsicherung einzuschlagen und auf einen sozialen Lohn-/Gehaltsausgleich zu bestehen, was auch die Unterstützung Besser-Verdienender findet.

In den Betrieben gibt es bereits Anhaltspunkte dafür. In einigen Kurzarbeitsregelungen wurde z. B. ein Netto-lohnabzug zumindest bis zu Einkommen von 4000 DM brutto im Monat vereinbart. Eine ähnlich sozial erträgliche und solidarische Politik sollten wir auch bei der Arbeitszeitverkürzung auf tariflicher Ebene durchsetzen, insbesondere auch im Blick auf zukünftige Entwicklungen.

Abschließend möchten wir Euch versichern, daß auch die Belegschaft der Fa. GRAU geschlossen hinter unserer Organisation steht ...

Privatisierung der Krankenhäuser

Den Marsch in Richtung Privatisierung stoppen. Von W. Jüde

Der Personalratsvorsitzende des Kreiskrankenhauses Neu/Altötting in Bayern, W. Jüde, geht in einer persönlichen Stellungnahme, die in der örtlichen Zeitung Wochenblatt erschienen ist, auf die aktuellen Privatisierungsbestrebungen und die Politik des Kreistages ein und kritisiert die gravierenden Folgen für die Beschäftigten. Er fordert dazu auf, daß alle Beschäftigten zusammen mit der Gewerkschaft ÖTV öffentlichkeitswirksame Schritte gegen eine unsoziale Gesundheits- und Privatisierungspolitik diskutieren. Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir Auszüge.

... Die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser müssen als Bestandteil der in Jahrzehnten erkämpften und mühevoll erarbeiteten sozialen Errungenschaften erhalten bleiben.

Die einheitliche tarifrechtliche Absicherung ihrer Beschäftigten durch den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) muß gegen alle Versuche, sie zu beseitigen, verteidigt werden. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung muß strikt dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit folgen und allen Menschen die gleichen Möglichkeiten und Chancen ihrer gesundheitlichen Versorgung einräumen. Die Gefahr einer Zweiklassenmedizin, die mit dem neuen Gesundheitsstrukturgesetz auf die Krankenhäuser zukommt und durch die Privatisierung von Krankenhäusern noch zementiert und sogar verstärkt wird, muß mit allen Kräften abgewendet werden.

Bessere Versorgung

Eine effektive Wirtschaftsführung der Krankenhäuser darf nicht erreicht werden auf Kosten des Personals und der Sozialversicherten. Eine private Rechtsform, die die Wirtschaftsführung eines Krankenhauses auf Gewinn ausrichten soll, ist vielleicht ein Mittel der Ökonomisierung des Krankenhausbetriebes, ganz sicher aber ein Hebel der Enthumanisierung nach dem Motto „Gesundheit muß sich lohnen.“

Strukturveränderungen im Krankenhaussektor dürfen nicht in erster Linie unter Kostengesichtspunkten betrieben werden, sondern müssen sich vor allem an der verbesserten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung orientieren. Die individuelle, dezentrale Versorgung der Bevölkerung durch gut ausgestattete und auch effektiv arbeitende kommunale Krankenhäuser darf nicht in Frage gestellt werden, auch im Interesse der Vielfalt des Angebots medizinischer Leistungen.

Sicher sind Einsparungen auf der Ebene einzelner Krankenhäuser möglich, ohne daß dies zu einer Verschlechterung der medizinischen Leistungsfähigkeit führt. Diese Einsparungsmöglichkeiten sollte jedes Krankenhaus sorgfältig prüfen und vollständig ausschöpfen, ohne daß auch nur im geringsten der soziale Standard des Personals oder das medizinische Niveau der Versorgung beeinträchtigt werden darf. Wir wollen nicht, daß Geld verschwendet wird, sondern plädieren für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen, auch im Krankenhaus.

Ein großes Potential von Einsparungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen eröffnet sich aber dort, wo das große Geschäft gemacht wird: bei der Pharmaindustrie und den Konzernen der medizinischen Geräteindustrie, die im Gesundheitswesen riesige Profite abschöpfen, aber auch bei den Großverdienern, wie zum Beispiel bei den nicht wenigen Spitzenverdienern unter den Ärzten. In diesem Zusammenhang sollte auch die Abschaffung des privaten Liquidationsrechts diskutiert werden; eine Forderung, die etwas in der Versenkung verschwunden ist, aber in der Gewerkschaft ÖTV schon lange existiert. Ihre Realisierung wäre nicht nur ein Beitrag zur Kosteneinsparung im Krankenhaus, sondern auch zu mehr Chancengleichheit in der medizinischen Versorgung.

Ein Schritt auf dem Weg zur Demokratie

Die Eigenbetriebsbildung innerhalb des öffentlichen Dienstes darf keine Vor-

laufstrecke sein, um die Betriebe privatisierungsreif zu machen, sie sollten vielmehr vor allem ein Schritt auf dem Weg der Demokratisierung der Krankenhäuser sein. Dies würde auch ihre Leistungsfähigkeit verbessern und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit erhöhen.

Mehr Eigenständigkeit und damit mehr Entscheidungsbefugnis der Betriebe schließt eine Verbesserung ihrer zentralen Koordinierung nicht aus. Diese darf jedoch die Eigenständigkeit der Betriebe nicht untergraben und sie nicht zu einem arbeitsteilig funktionierenden Teilbetrieb eines zentralistisch gesteuerten Großbetriebes machen. Profitträchtige Krankenhauskonzerne sind allenfalls eine Perspektive für diejenigen, die sich davon Gewinn erhoffen. Das werden nur wenige sein.

Wenn Eigenbetriebe den Entscheidungsmöglichkeiten der Betriebsleitung mehr Raum verschaffen, dann sollte man nicht vergessen, daß Betriebe nicht nur aus Leitungen bestehen. Die Belegschaften sollten viel stärker als bisher in Entscheidungen einbezogen werden, die die Gestaltung des Betriebes, vor allem auch ihre Situation am Arbeitsplatz, betreffen. Dazu bedarf es „gläserner“ Werksleitungen, d.h. alle Informationen über den Betrieb, die für seine Struktur, Tätigkeit und die Lage der Belegschaft relevant sind, müssen den Beschäftigten zugänglich gemacht werden. Nur so können Entscheidungsprozesse innerhalb des Betriebes demokratisiert werden und alle die Möglichkeit bekommen, daran teilzunehmen.

Maximale Mitbestimmung

Der Personalrat als gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten sollte im Rahmen seiner erweiterten Mitbestimmungsmöglichkeiten verstärkt an der Gestaltung des betrieblichen Geschehens beteiligt werden. Eine maximale Nutzung der Mitbestimmungsrechte ist nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten, sondern trägt auch dazu bei, Entscheidungen der Betriebsleitung demokratisch zu legitimieren und sie damit besser umsetzen zu können. Effektive Mitbestimmungsrechte für die Personalvertretung sieht das Personalvertretungsrecht bisher nicht vor, sie sollten aber auf Dauer angestrebt werden und durch entsprechende gesetzliche Regelungen verankert werden. ...

Die Hoffnung, die manche mit der Privatisierung der Krankenhäuser mehr oder weniger offen verbinden, durch Verschärfung des Konkurrenzdrucks „die Überflüssigen“, „die Faulen“ und „Schwachen“ hinauszudrängen, ist nicht nur inhuman und stammt aus der Klamottenkiste des Sozialdarwinismus. Die Umsetzung dieser „sozialhygienischen“ Absichten würde auch dazu führen, daß nicht nur die als „minderwertig“ eingestuft ausgesondert werden, sondern auch viele sehr begabte, kreative und auch leistungsfähige Menschen, die aber dem Konkurrenzdruck dann nicht standhalten können oder durch ihn in ihrer Entwicklung behindert werden oder gar daran zerbrechen. Dadurch wird nicht nur menschliches, sondern auch wirtschaftliches Potential zerstört.

Eine Enthumanisierung des Krankenhauses wird es auch bedeuten, wenn davon ausgegangen wird, es sei eine sinnvolle Rationalisierungsmaßnahme, die Arbeit im Krankenhaus weiter zu intensivieren und zu verdichten, wenn die Beschäftigten durch die Privatisierung dem verschärften Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt werden könnten. Zunehmende Arbeitshetze wird auch nicht mehr Wirtschaftlichkeit bedeuten, da vermehrt Ausfälle durch Krankheit, und auch schlechtere Versorgung der Patienten. Wenn die jetzt vorangetriebene Privatisierungskampagne ein „Krankenhaus 2000“ anvisiert, das dem Modell eines kapitalistischen Konzernbetriebes entspricht, dann ist das auch ein Angriff auf das relativ hohe Niveau an Humanität medizinischer Versorgung, das in den Krankenhäusern des Landkreises Altötting durch die Anstrengungen aller Beschäftigten erreicht wurde.



Essen. Kundgebung der IG Metall am 3. Februar auf dem Kurlenplatz. Am 10. Februar fanden in mehreren Großbetrieben Informationsveranstaltungen während der Arbeitszeit statt. — (wof)

Nuriya und Ferman Ildiri flohen 1989 mit ihrer Tochter in die BRD. Sein Vater wurde inhaftiert, da er nicht Dorfschützer wurde. Seine Mutter floh nach Südkurdisten. Seine drei jüngeren Brüder, die 1990 in die BRD kamen, erhielten hier Asyl. Der Asylantrag und der Folgeantrag der Familie Ildiri wurden jedoch abgelehnt, die Abschiebung droht. Deshalb erhielten sie von der evangelischen und katholischen Kirche in Ettenheim bei Lahr am 28. 1. Kirchenasyl.

Von der Familie Tekin fehlt in Istanbul jede Spur. Menschenrechtsgruppen befürchten, daß sie verhaftet wurde. Das rührt das Innenministerium nicht: Da die Mehrheit der Länderinnenminister einen Abschiebestopp ablehnten, müsse auch Baden-Württemberg abschieben. Mit Petitionen wird versucht, die Abschiebung der Ildiris zu verhindern. — (rub)

Krupp Widia verkauft — Geschäftsführung hetzt

Essen. Nicht nur durch ihren Konfrontationskurs in der Tarifaufeinandersetzung tragen die Kapitalisten derzeit erheblich zu einer Verrohung gesellschaftlicher und innerbetrieblicher Verhältnisse bei. Der Krupp-Konzern hat jetzt in einer Nacht- und Nebelaktion die Widia-Gruppe verkauft. Käufer des Herstellers von Hartmetall-Werkzeugen ist der schwedische Sandvik-Konzern, mit einem Weltmarkt-Anteil von 28 % führender Produzent der gleichen Branche. Vom Abschluß der Vorverträge erfuhren Belegschaft und Betriebsrat aus der Zeitung.

Doch damit nicht genug: Auf einer vom Betriebsrat umgehend einberufenen außerordentlichen Betriebsver-

sammlung verstieg sich der Sprecher der Geschäftsführung, Dr. Müller-Eschenbach, zu wüster Kritik an der Presse. Vor rund 800 Teilnehmern erklärte er, denjenigen, der die Informationen weitergegeben habe, solle man „langsam ersäufen“. Die Äußerung wurde von zwei Diskussionsrednern unter großem Beifall scharf zurückgewiesen. Sie macht jedoch deutlich, wie mit Leuten, die sich angeblich „geschäftsschädigend“ verhalten, umgegangen werden soll. Krupp und Sandvik versicherten, daß die Widia-Gruppe als eigener Bereich im Sandvik-Konzern weitergeführt werden soll. Viele Beschäftigte befürchten, daß es Sandvik vor allem um die Ausschaltung von Konkurrenz geht. In den letzten drei Jahren ist allein im Widia-Werk Essen die Hälfte der Belegschaft wegrationalisiert worden, rund 1200 Beschäftigte. — (kw)

Kurz berichtet

Überstülpung der West-Schule nicht akzeptiert

Eine Repräsentativ-Befragung von 992 Ostdeutschen über 18 Jahren sowie 607 Personen mit mindestens einem Kind in der Schule erbrachte als Ergebnis eine zunehmende Skepsis gegenüber dem westlichen Schulsystem. Die von dem Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung zum zweiten Mal (im gewerkschaftlichen Auftrag) durchgeführte Befragung ergab im einzelnen: nur 19 % der Befragten befürworten das westliche Schulsystem (1991 waren es noch 38 %); eine Beibehaltung des DDR-Bildungswesens hätten 20 % für wünschenswert gehalten (1991: 5 %); 61 % meinen, daß man das DDR-Bildungssystem hätte entideologisieren, jedoch seine Strukturen beibehalten sollen (1991: 57 %); 68 % halten den polytechnischen Unterricht für bewährt (1991: 57 %); 64 % sind für den gemeinsamen Schulbesuch bis zur 10. Klasse (1991: 31 %); 49 % wünschen sich die staatlich gelenkte Berufsausbildung zurück (1991: 31 %). Darüber hinaus sind 82 % der Ostdeutschen für eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre (gegenüber 40 % der Westdeutschen). Fazit des Forschungsinstituts: „Die Menschen in Ostdeutschland haben die westlichen Schulformen kennengelernt und sind davon enttäuscht.“ — (har)

Erst Bibliotheken geschleift jetzt Kulturverlust beklagt

In den ostdeutschen Bundesländern sind seit dem Anschluß fast drei Viertel aller Bibliotheken geschlossen worden. Von ehemals 6500 Bibliotheken in der DDR sind gegenwärtig nur noch 1750 existent. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels bezeichnete den massiven Abbau als schädlich für den Standort Deutschland und begrüßte die Zunahme der Buchhandlungen von ehemals 900 auf 1200, die eine „Stätte der Begegnung“ seien. Die Qualität dieser Buchhandlungen betrachtet (z.B. Bouvier), kann man diese Aussage nur als zynisch bezeichnen. — (har)

Prozeß gegen Hans Modrow nach Immunitätsaufhebung

Der Bundestag hat gegen die Stimmen der PDS-Gruppe die Immunität Hans Modrows aufgehoben. Die Sächsische Staatsanwaltschaft hatte die Aufhebung beantragt, um gegen Modrow wegen Meineides Anklage erheben zu können. Gysi erklärte dazu, daß es einem Abgeordneten eines Untersuchungsausschusses im Sächsischen Landtag offensichtlich darum ging, Modrow eine Falle zu stellen und gegen ihn den erhofften politischen Prozeß führen zu können. Modrow sei im Ausschuß zu einem bestimmten Problem vernommen worden. Zu einem Nebenthema befragt, zu dem Unterlagen vorhanden waren, in die

Modrow keine Einsicht erhielt, habe der Abgeordnete Widersprüche zwischen Aussage und Unterlagen festgestellt. Modrow sei dann, ohne auf diese hingewiesen worden zu sein, vereidigt worden. Modrow sei auch keine Gelegenheit gegeben worden, seine Aussage zu korrigieren. Danach sei dann Anklage wegen falscher Aussage vor dem Ausschuß erhoben worden. Egon Krenz, als ehemaliger Vorsitzender des NVR der DDR, wurde als Zeuge vor dem Ausschuß daran gehindert, eine Erklärung zu verlesen. Der Presse sagte Krenz, daß „die DDR keinen Ausnahmezustand kannte. Es ist eine bössartige Unterstellung zu behaupten, die DDR habe im Herbst 1989 zur Verteidigung vorgesehenen Maßnahmen gegen die politische Opposition mißbraucht.“ — (abe)

Demonstration gegen Rotstift-Politik Biedenkopfs

Dresden. Schulen und Kitas seien „nicht der Steinbruch, aus dem Löcher in anderen Ministerien ausgefüllt werden.“ Mit dieser Mahnung fanden sich Ende Januar rund 2000 Schüler, Lehrer, Erzieher und Eltern vor dem Gebäude des Sächsischen Landtages in Dresden zusammen, derweil im Innern des Gebäudes die Abgeordneten den sächsischen Haushaltsplan verabschiedeten. Konkret richteten sich die Proteste gegen die Absicht der Staatsregierung, sich aus der Verantwortung für die Trägerschaft an Förderschulen zu stehlen und diese den Kommunen aufzubürden. Angesichts leerer Städte- und Gemeindefackel bedeutete dies faktisch das Aus für viele dieser Einrichtungen.

Auf Unverständnis und Widerstand stieß auch der von der Staatsregierung angekündigte Abbau weiterer 1800 Stellen im Bildungssektor. Unverständlich vor allem auch deshalb, weil — wie der Vorsitzende des Landeselternrates feststellte — anstelle der mit den Gewerkschaften vereinbarten 42500 ohnehin nur 38500 Stellen im Freistaat besetzt seien.

Als „bildungspolitischen Skandal“ bezeichneten Vertreter von Verbänden und Gewerkschaften den diesen sogenannten „Bedarfskündigungen“ zugrunde gelegten Punkteckel. So stünden beispielsweise den zwei Pluspunkten je Kind insgesamt 25 Minuspunkte gegenüber, wenn „der Arbeitnehmer ... unabsehbar lange krank oder häufig krank“ sei. „Wer soll in 20 Jahren den Wirtschaftsaufschwung in Sachsen tragen, wenn heute Bildung nur mit dem Rotstift geschrieben wird?“, fragte die Vorsitzende des Landesschülerrates. Randvolle Klassen und überlastete Lehrer, die nur noch als Stundenhalter agierten, trügen nicht zu einer Schulbildung bei, die den Schulabgängern beste Voraussetzungen für Ausbildung und Studium schaffen würden.

Mit Kopfschütteln und Pfiffen quittierten die Demonstranten die Weigerung von Ministerpräsident Biedenkopf und seines Bildungsministers Groß, zu den Versammelten zu sprechen.

— (U. Kaiser)

Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber

Eppelmann-Kommission ruft nach Ausgrenzung, Hexenjagd, Inquisition

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Tätigkeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die von Pfarrer Eppelmann (CDU) geleitet wird, die These vom „Unrechtsregime DDR“.

Vom Standpunkt des westdeutschen Alleinvertretungs- und unbescholtenen Rechtsanspruches waren der Versuch einer Alternative in Deutschland und gar die bloße Existenz der DDR unrechtmäßig. Die Tätigkeit der Kommission gibt jenen recht, für die die sozialistische Idee schon seit Marx immer eine zu verurteilende und zu bekämpfende Utopie war. In über fünfzig Sitzungen hat sich die Kommission mit großem Aufwand und viel Mühe, nicht immer mit Quellen belegt, der Verteufelung der DDR und deren Geschichte gewidmet und ihren Teil zur politischen Aburteilung der DDR beigetragen.

Nun wurde noch ein Zahn zugelegt: In einem zweiten Entwurf eines Berichtes zum Thema „Seilschaften, Alt-Kader, Regierungen- und Vereinigungskriminalität“ wurden auf einer Tagung am 3. 12. 93 Schlußfolgerungen vorgetragen und „Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber zum Problem von Seilschaften in den neuen Bundesländern“ erörtert. Die Kommission „beschäftigt sich ... mit der verdeckten Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt der ehemaligen Partei- und Staatsfunktionäre des SED-Regimes in den neuen Bundesländern (Seilschaften) und mit damit in Verbindung stehenden Problemen wie dem Verbleib von früheren Funktionären (SED-Kadern) in Machtpositionen ...“ Die Eppelmann-Kommission schaltet sich als politisches Gremium in die vielschichtig laufende politische und strafrechtliche „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte ein. Ein Vergleich mit der Zeit des McCarthyismus in den USA liegt nahe: Politisch Andersdenkende sollen verfolgt und aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Neues Kriterium: Objektiv Kompromittierte

Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, „die ihre Informationen ... aus Bürgerzuschriften, aus Gesprächen ... mit der Treuhänder, der Bundesanstalt für Arbeit und der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungen- und Vereinigungskriminalität (ZERV)“ gewinnen soll. „Das Wirken von Seilschaften ... ist in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern nach wie vor festzustellen, ... unabhängig von der Tatsache, daß in großem Ausmaß Personalveränderungen in der Verwaltung ... stattgefunden haben.“ Dem Denunziantentum und der Answärzerei sollen Tür und Tor geöffnet werden. Denn ein neues Rastermerkmal wird eingeführt. Da die „Folgen des Wirkens solcher Seilschaften in der Regel mit rechtlichen Kriterien nur schwer zu erfassen ... sind“ wird definiert und vorgegeben: „Dabei handelt es sich um ehemalige Funktionäre, die durch ihre Tätigkeit ... persönlich Verantwortung für Unterdrückungsmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen tragen, ... also ‚objektiv kompromittiert‘ sind, ohne daß ihnen persönlich konkrete Verstöße gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit vorgeworfen werden.“

„Objektiv kompromittiert“ sind damit alle, die in irgendeiner Weise ihr Leben mit den vierzig Jahren DDR verbunden, in diesem Staat studiert, engagiert gearbeitet und versucht haben, ihn zu stärken. Alle Arbeitsbereiche sind betroffen: „Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen, Betriebe unter Verwaltung der Treuhänder und inzwischen privatisierte Treuhandbetriebe, aber auch Post und Bahn“ usw. Der weitgespannte Begriff soll das erfassen, was mit juristischen Mitteln der Strafverfolgung nicht erreicht werden kann. Eigentlich kann jeder darunter fallen, der diesem Versuch des Ausbruchs aus der bisherigen deutschen Geschichte keinen Widerstand entgegengesetzt hat oder zumindest pas-

siv das DDR-Regime hat über sich ergehen lassen.

Endlich werden so aber auch die Gründe gefunden, warum Menschen nach der glorreichen Vereinigung resignieren. Schuld sind nämlich die Seilschaften, da „diese Erscheinung ... bei Bürgern, die früher dem SED-Regime fernstanden, nicht selten zu Resignation, zu berechtigten Befürchtungen wegen drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes und sozialer Benachteiligung“ führten. Nicht der kapitale Crash-Kurs ist die Ursache, sondern die Seilschaften „beeinträchtigen das Vertrauen der Bürger“, wenn „Machtträger der Zeit des SED-Regimes heute über Kündigungen und Einstellungen, Beförderungen und Herabstufungen, die Zuweisung von Arbeitsplätzen und ABM-Stellen, die Gewährung sozialer Leistungen usw. entscheiden“.

„Eindämmung, Beseitigung“

Die Kommission erarbeitete „Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber“, die eine breite Palette von Maßnahmen umfassen, wie den alten Seilschaften am besten beizukommen wäre. — „Die demnächst mögliche Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der DDR (ZER) für Zwecke der Verfolgung von Regierungen- und Vereinigungskriminalität, die über die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erfolgen wird, stellt einen großen Fortschritt im Kampf gegen diese Kriminalität dar.“ Vorliegende Erfahrungen mit dem Wirken dieser Behörde, den 3000 Mitarbeiter umfassenden Apparat des anderen Pfarrers, Herrn Gauck, erlauben eine Vorwarnung auf die „Gründlichkeit“ der Nutzung dieses Registers.

— „Sensibilisierung der Öffentlichkeit und parlamentarische Kontrolle der Verwaltung“; um „erkannte Seilschaften durch Entlassung oder Versetzung“ zu bekämpfen. Gestattet sei hier die Frage, wer denn eigentlich in den Verwaltungen bekämpft und parlamentarisch kontrolliert werden muß, wenn man weiß, wieviel „West-Importe“ in diesen Verwaltungen tätig sind, bzw. wenn man sich die Betrugsaffären, z.B., in der Landesregierung Sachsen-Anhalts vergegenwärtigt?

— Öffentliche Fördermittel sind „zu kontrollieren, ob durch solche Gelder SED-Seilschaften ... begünstigt und die Gelder zweckentfremdet verwendet werden.“ Weiß Herr Eppelmann nicht, wieviel westdeutsche Firmen von diesen Mitteln für Umschulungen, „Beratungsprojekte“, Manipulationen für sich einsteckten und wieviel Gelder aus solchen Fonds unbenutzt in westdeutsche Kassen zurückflossen?

— „Ehemalige Funktionsträger ... sind zumindest aus solchen Positionen zu entfernen, in denen sie über Einstellung von Personal ... zu entscheiden haben.“ ... „Solche Funktionsträger sollen entfernt werden, die durch herausgehobene Ämter ... objektiv kompromittiert sind. ... Dabei ist dem Bereich der Bildung, Lehre und Forschung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. ... „Anzustreben sind möglichst einheitliche Kriterien ... im Sinne einer ‚objektiven Kompromittierung‘.“ Die Hexenjagd wird weitergeführt und ausgedehnt. Offensichtlich wird Schwergewicht auf die endgültige Ausschaltung der ostdeutschen Intelligenz gelegt und der Abbau der ostdeutschen Bildung und Wissenschaft bis zu ihrer Atomisierung betrieben.

— Besorgt zeigt sich die Kommission über die Lage der Staatsanwaltschaften und der ZERV zur Verfolgung der Regierungen- und Vereinigungskriminalität: daß das „dringend benötigte Personal zur Verfügung gestellt wird“ und keineswegs dürfen „Nachteile durch die Streichung bisher gewährter Zulagen und bei Beförderungen“ zugelassen werden. Verständlich, daß mit der Abrechnung Beauftragte auch entsprechend honoriert werden müssen.

— Gesichert wird, daß die Ermittlungsbehörden den „Zugriff ... auf relevante

Dokumente“ der Gauck-Behörde haben werden; die „Einbeziehung von Vergehen wie Untreue, Unterschlagung und Betrug ... in den Katalog der Tatbestände“ soll erfolgen.

— Und zum Schluß der Clou: „Zu prüfen ist, ob die Vorermittlungen im Bereich der Regierungen- und Vereinigungskriminalität bei einer Zentralstelle nach den Vorbildern der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“ und der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter konzentriert werden sollten“.

Presseerklärung der Alternativen Enquetekommission

Eine vom Vorsitzenden der Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitschichte, Wolfgang Harich, unterzeichnete Presseerklärung zum Bericht der Eppelmann-Kommission bemerkt dazu: „Während die Eppelmann-Kommission also Ermittlungen gegen Funktionsträger der DDR mit denen gegen NS-Gewaltverbrecher gleichzusetzen sucht, drängen ihre eigenen Vorschläge zur Verfolgung politischer Gegner den Vergleich mit dem faschistischen ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ vom April 1933 geradezu auf. Mit diesem Gesetz wurden ‚politisch unzuverlässige‘ Beamte und solche ohne erforderliche ‚Eignung‘ ausgesiebt — gegebenenfalls auch unter Ausschluß des Rechtsweges.“ Das schafft — so wird betont — Denunziantentum auch in der BRD, „wenn Eppelmans Vorschläge durchkommen sollten“. Sehr leicht wäre es, jemanden als „politisch kompromittiert“ anzuschwärzen, um selbst einen Schritt höher auf der Karriereleiter zu fallen.

Die Alternative Enquetekommission sagt wie es ist: „Die Eppelmann-Kommission ist also, wie sich herausstellt, nicht nur ein Instrument zur ideologischen Vorbereitung der Siegerjustiz gegen ehemalige DDR-Bürger. Sie betreibt vielmehr auch deren außergerichtliche Verfolgung und will das nach den Bundestagswahlen fortsetzen.“ Harich kritisiert die Teilnahme seriöser Wissenschaftler an der Tätigkeit der Kommission, drückt seine Verwunderung über SPD-Opposition und Bündnis 90 aus, das Denunziantentum lauthals beklagt, „sich nun selbst an Denunziationen beteiligt“. Unverständnis zeigt Harich gegenüber dem Verhalten der PDS, die sich an der Arbeit der Eppelmann-Kommission beteiligt und bisher noch keinen Kommentar zu dem Bericht gegeben hat.

„Alle demokratischen Kräfte aber sind um der Einheit der Nation willen aufgefordert, Grundgesetz und Einigungsvertrag gegen eine Aushöhlung zu schützen, wie das jüngste Eppelmann-Papier sie befürwortet, und auch jegliche Mitwirkung in rechtsstaatlich nicht legitimierten Tribunalen zu verweigern.“

Wachsende Kritik an der Eppelmann-Kommission

Die Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen der Eppelmann-Kommission, in denen Johannes Rau vorgeworfen wird, er habe 1986 der DDR Zugeständnisse gemacht, rechtfertigte Eppelmann mit den Worten, es müsse auf den Tisch, wenn „bundesdeutsche Demokraten mit SED-Diktatoren gekungelt haben, um anderen Demokraten zu schaden“. Das Vorgehen Eppelmans hat unter Mitgliedern der Enquete-Kommission heftige Kritik hervorgerufen. Markus Meckel (SPD) hat den Umgang mit DDR-Akten als „plattesten Wahlkampf“ bezeichnet. Er charakterisierte das Vorgehen Eppelmans als Diffamierung Johannes Raus und als Schlamm-schlacht.

Quellen: Zwischenbericht der Enquete-Kommission: „Seilschaften ...“, Presseerklärung der Alternativen Enquetekommission — (abe)



Als erster der 14 Tarifbezirke der IG Metall hat die Tarifkommission für den Westteil Berlins die Verhandlungen mit den Arbeitgebern für gescheitert erklärt. Inzwischen hat der Vorstand der IG Metall Niedersachsen zu dem Bezirk erklärt, in dem zuerst die Urabstimmung über Streik durchgeführt wird. In Berlin ist für den 24. Februar ein allgemeiner Warnstreik in allen Betrieben vorgesehen. Geplant ist, daß die Aktionen münden in eine Großkundgebung vor dem Haus der Arbeitgeberverbände. Die IG Metall erwartet zwischen 10000 und 20000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Westteil Berlins gilt als einer der schwächeren Tarifbezirke der IG Metall. Für den Fall eines Erzwungungsstreiks in Niedersachsen ab dem 7. März wird deshalb mit „kalter Aussperrung“ durch die Kapitalisten gerechnet. — (bm)

„Mit mir und der PDS lasse ich nicht spielen“

Zerreißprobe in Sachsens PDS. Landesvorsitzender läßt Amt ruhen. Von Beate Roch

Als „endgültig gescheitert“ bezeichnet PDS-Landesvorsitzender Prof. Peter Porsch in einer Presseerklärung seine und die Bemühungen des Vorstandes, einen sauberen Weg zur Aufstellung der Kandidatenliste für den Landtag zu finden. Grund dieser Einschätzung ist die massive Kritik, die seitens der Landtagsfraktion LL-PDS an einem entsprechenden Beschluß des Landesvorstandes vom 30. 1. geübt wurde. Nach Porsch's Auffassung entspringe diese Kritik „sehr engstirnigen persönlichen Interessen“. Sein Wille sei erschöpft, in diesem Sinne mit Unwilligen weiterzuwirken. Als Konsequenz läßt er sein Amt bis zum 6. März, dem Termin des nächsten Landesparteitages, ruhen. Auf wesentlich tiefergehende Zerwürfnisse Vorstand-Fraktion läßt ein Brief Porsch's an Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzende schließen. Mehr und mehr, heißt es darin, maßten sich Fraktionsmitglieder an, „Ratifikationsorgan und Auftraggeber für Beschlüsse des Landesvorstandes zu sein“. Unter diesen Umständen werde eine satzungsgemäße Vorstandsarbeit unmöglich.

Peter Porsch, den Gregor Gysi 1992 inständig bat, als Landesvorsitzender zu kandidieren, vermutlich, um Ruhe in den Landesverband Sachsen der PDS zu bekommen, spielte sehr lange die Rolle der integrierenden Persönlichkeit. Er bemühte sich ernsthaft, verschiedene Charaktere und politische Richtungen innerhalb der PDS an einen Tisch zu bekommen, wohl ahnend, daß diese Anstrengungen angesichts der mühsam verschleierte Interessengegensätze vergebens waren. Letztere traten immer offener zutage, geht es doch 1994 nicht mehr nur um parteiinternes Geplänkel, sondern um handfeste, gut bezahlte Jobs, die nur mit besten Listenplätzen zu erreichen oder zu behalten sind. Ginge es nur um Inhalte, wäre das Wahlprogramm „Ein Leben in Menschenwürde“, das

gegenwärtig an der sächsischen PDS-Basis diskutiert wird, bestes Objekt der Auseinandersetzung. Der offene Streit aber entzündete sich letztendlich an Formalitäten.

Seit einem Jahr beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit der Ordnung der Kandidaturen. Aus allen Gremien, so auch Mitglieder und Mitarbeiter der Landtagsfraktion, arbeiteten Vertreter mit, so daß nach Vorstellung auf dem Landesparteitag, nochmaliger Überarbeitung und Diskussion im Landesvorstand am 30. Januar, wie Porsch in seiner Presseerklärung darstellt, „nun endlich eine unserer Verantwortung adäquate Lösung mit großer Mehrheit im Landesvorstand erreicht zu sein“ (schien).

Das schienen der Fraktionsvorsitzende sowie einige Mitglieder und Mitarbeiter der Fraktion Linke Liste/PDS des sächsischen Landtages nicht so zu sehen. Die Lösung wurde als den Bestand der Partei und ihre Teilnahme an den Wahlen gefährdend eingeschätzt. Dies nun war Peter Porsch endgültig zu viel. Er ist offenbar nicht mehr bereit, sich „einzufügen“ und den Spielball zwischen den Fronten zu machen.

Ronald Weckesser, nunmehr amtierender Landesvorsitzender und bekannt als sachlicher, alles hinterfragender Politiker, dessen Vorteil sicher in seiner nicht hauptamtlichen Arbeit für die PDS und seiner Nichtkandidatur für die Landtagswahlen liegt, bedauert, „daß — in einer nicht nur für Sachsen komplizierten Zeit, — mitten in den beginnenden Wahlkämpfen, — in einer Zeit der allgemeinen Unzufriedenheit mit den Parteien und Politikern, — in einer Zeit, da viele Menschen gerade von den linken politisch engagierten Kräften Angebote und Alternativen für die Überwindung der gesellschaftli-

chen Krise erwarten, die PDS solch ein Bild abgibt.“ Seiner Überzeugung nach wird Peter Porsch ein breites Vertrauensvotum der Delegierten zum Landesparteitag am 6. März erhalten.

Die Landtagsfraktion sieht keine Notwendigkeit, eine Erklärung abzugeben. Zumindest keine Presseerklärung. MdL Brigitte Zschoche, auf dem Januar-Parteitag in Löbau zur Spitzenkandidatin auf der Landesliste der PDS gekürt, sagte auf Anfrage, ihrer Meinung nach sei es günstiger, diese Probleme in Gesprächen zu klären. Die Fraktion wolle deshalb einen Gesprächstermin mit dem Bundes- und dem Landesvorstand vorschlagen, um Fehlinformationen durch den direkten Weg auszuschließen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Presse hält sie nicht für das Gremium, in dem solcherart Diskussionen zu führen sei. Auch die („Partei“)Presse nicht.

Gesprächstermine zwischen Fraktion und Landesvorstand, zwischen Fraktion und einzelnen Landesvorstandsmitgliedern, zwischen einzelnen Fraktionsmitgliedern und Landesvorstand, zwischen Fraktion und ... gab es in den vergangenen Jahren schon mehrere. Allerdings wurde meist um den heißen Brei herumgeredet. Der Deckel für den überquellenden Topf ward jedesmal (von beiden Seiten) im (Alibi)-Interesse der Politikfähigkeit der PDS gefunden. Und so tut es nicht wunder, daß die geforderten Konsequenzen auch von der PDS-Basis in Sachsen heute andere sind. Manche meinen, daß vollkommen „neue“ Leute in die Fraktion sollten. Die meisten aber erwarten, daß sie endlich erfahren, woher die Diskrepanzen zwischen ihren „Führungsgremien“ kommen, warum sie nicht endlich auf den Tisch gelegt und geklärt und welche Konsequenzen gezogen werden. Und wann die o.g. endlich politisch-praktische Arbeit leisten.

„Deutschland sollte Land der Warnung sein“

Danil Granin auf Gedenkveranstaltung zur Blockade Leningrads

Dem 50. Jahrestag der Zerschlagung der von der faschistischen deutschen Armee Leningrad auf erzwungenen Blockade war ein Symposium im Rathaus Schöneberg/Berlin gewidmet. Veranstalter war der Verein KONTAKTE e.V., der die Beziehungen zu den Ländern der Ex-UdSSR gerade im humanitären und menschlichen Bereich pflegt.

Ein voller Saal zeigte das große Interesse an diesem Thema. Andererseits ist mit Bedauern festzustellen, daß dies in der deutschen Hauptstadt wohl die einzige diesem Thema gewidmete Veranstaltung war. Zu wenig, um dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wenn es einleitend hieß, daß das Drama Leningrads in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist, so gab es aus dem Publikum den Hinweis, daß das nur ein Teil der Wahrheit sei. Denn, und das sei die ganze Wahrheit, es seien sicher Hunderttausende aus dem jetzigen Ostteil Deutschlands gewesen, die aus Besuchen in Leningrad das Schicksal dieser Stadt kennen, daß jedes Kind aus Schulbüchern und in der Schule damit vertraut gemacht wurde, daß aus Büchern und Filmen Millionen jetzt Ostdeutsche diese Verbrechen des deutschen Faschismus kennen.

Prominentester Gast der Veranstaltung war der Schriftsteller Danil Granin, der als Soldat die Blockade überlebte und darüber in seinem „Blockadetagebuch“ schreibt. Bewegend seine Schilderungen, daß den Leningrader gerade ihre hohe Kultur geholfen habe zu überleben. Theater, Musik, das Niederschreiben allen Erlebten sei geistige Nahrung gewesen. Die Mehrheit der Menschen habe es nicht zugelassen, un-

menschlich zu werden. Nach Kriegsende seien daher die Überlebenden den Frontkämpfern gleichgestellt worden. (Als Kontrast dazu war am Rande der Veranstaltung von russischen Bürgern zu erfahren, daß eine in Berlin ansässige deutsche Organisation die Zahlung an Überlebende der Blockade mit der Begründung verweigert, in Leningrad habe es keine Okkupation gegeben).

Granin, nach einer Wiedergutmachung durch die deutsche Seite befragt, äußerte, daß es eine Tendenz des Nachdenkens, aber keine Resultate gebe. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß es neben einer materiellen vor allem um eine moralische Wiedergutmachung ginge.

Die jüngste Entscheidung des Senats, die westlichen Alliierten und die russischen Truppen getrennt aus Berlin zu verabschieden, sei dazu nicht angetan. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, vom Senat zu fordern, alle gemeinsam zu verabschieden. Es dürfe nicht sein, daß die russischen Soldaten, deren Väter das deutsche Volk mit vom Faschismus befreit haben, mit dem Gefühl nach Hause fahren, wie „ein Hund vom Hof gejagt zu werden“ (so ein Soldat aus Wünsdorf).

Granin schilderte, wie er vor Jahren eine der Blockade Leningrads gewidmete Ausstellung besuchte und dort auf deutsche Schüler traf, die vom Schicksal der Stadt tief betroffen waren. Bewegt habe ihn, daß sie nicht wußten, wer der Urheber war. Um Erfahrungen deutscher Geschichte in seinem Land bekannt zu machen, habe er seit zwei Jahren Vorschläge an die deutsche Seite unterbreitet, eine Ausstellung zum Thema „Was ist Faschismus, wie kam er zur Macht?“ zu entsenden. Das wäre sehr

lehrreich. Bisher gab es aber keine Antwort. Als Außenstehender sehe er die besondere Funktion Deutschlands zukünftig darin, daß es ein Land der Warnung sein müsse, daß aufklärerisch wirken müsse, wie der Faschismus an die Macht kam.

Beispielhaft könnte die Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus um die Verabschiedung der Alliierten Streitkräfte herangezogen werden, die Berlin nach 49 Jahren Aufenthalt in Deutschland wieder verlassen. Die Darstellung des Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Dr. Peter Zolt, die Geschichte müsse zweiseitig und widersprüchlich betrachtet werden, fand nicht die Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Der Regierende Bürgermeister Diepgen wies den Alliierten als „befreudete Schutzmächte“ und „russische Besatzer“ ihren historischen Platz im Sinne seiner Geschichtsbeurteilung zu. Daß der 2. Weltkrieg nach millionenfachem Blutzoll, insbesondere auch durch die Rote Armee, am 8. Mai 1945 mit der Befreiung vom Faschismus endete, würdigte Diepgen mit keinem Wort. Das Verabschiedungsprogramm ist vor allem für die westlichen Alliierten gedacht: Moskau ist darin nicht vorgesehen, wohl aber Washington, Paris und London, wo Eberhard Diepgen 1994 sein ausgedehntes Besuchsprogramm realisieren wird.

Die turbulente Debatte um die Verabschiedung der Alliierten Truppen im Berliner Abgeordnetenhaus, in der vor allem von der PDS-Fraktion Gleichheit und exakte Geschichtsbetrachtung gefordert wurde, zeigt, wie notwendig es ist, — wie Danil Granin sagte — nicht zuzulassen, daß versucht wird, die Geschichte aus dem Gedächtnis der Menschen zu verbannen. — (KC)

Offener Brief der VVN/BdA

Senat darf antifaschistisches Gedenken nicht tilgen

Am 20. 1. kündigte Diepgen an, daß sich Berlin aus der Finanzierung verschiedener Gedenkstätten zurückziehen wolle. Was als Finanzierungsgerangel mit dem Bund erscheint, kann beabsichtigt oder unbeabsichtigt als erneutes Signal von der Rechten verstanden werden. Ähnliche Wirkung hat die Durchsetzung der Straßenumnennungen. Wir dokumentieren einen Offenen Brief des VVN/Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der an den Regierenden Bürgermeister, betroffene Senatoren und Bezirksbürgermeister gerichtet ist. — (har)

Pressemeldungen der letzten Tage mußten wir entnehmen, daß der Berliner Senat plant, seine aktuellen Haushaltsprobleme durch die Streichung der Mittel für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Gedenkstätte Plötzensee, das Haus der Wannseekonferenz und die Stiftung Topographie des Terrors zu beheben. Gleichzeitig konnten wir erfahren, daß die Senatsverwaltung für Verkehr und

menschengerechte Gesellschaftsordnung kämpfen, ausgelöscht werden?

Sollen die Namen der international anerkannten Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, aus dem Stadtbild getilgt werden, weil sie die Wahrheit über die bürgerliche Gesellschaft geschrieben haben?

Müssen die Namen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die vor 75 Jahren von Ewiggestrigen ermordet wurden, verschwinden, weil man nicht daran erinnert werden will, daß die bürgerlich-parlamentarische Ordnung, die auf ihrem ungesühnten Mord aufgebaut wurde, mit Massen- und Völkermord endete?

Soll an die Stelle Clara Zetkins, die als führende Frau der Arbeiterinnenbewegung maßgeblichen Anteil an der Durchsetzung des Frauenwahlrechts vor 75 Jahren hatte, wieder eine brandenburgische Kurfürstin gesetzt werden? Paßt diese KPD-Funktionärin nicht ins heutige Schwarzweißbild, weil sie sich gegen die zunehmende Macht Stalins ebenso wandte, wie sie im Reichstag als Alterspräsidentin vor der heraufziehenden Gefahr des Faschismus warnte?

Ist es nicht gerade heute notwendig, wo Neonazis versuchen, Antifaschisten mit Morddrohungen einzuschüchtern, an Georgi Dimitroff zu erinnern, der mit seinem mutigen Verhalten im Reichstagsbrandprozeß den Nazi-Gegnern Mut gab, der braunen Diktatur zu widerstehen?

Was war verwerflich an dem Widerstandskampf einer Käthe Niederkirchner, eines Bernhard Altmann, eines Heinz Kapelle oder Hans Beimler? Will man sie postum für DDR-Politik verantwortlich machen?

Solange im ehemaligen Westteil Berlins noch Straßen nach Hindenburg und nach „Helden“ des Ersten Weltkrieges benannt sind, entfällt der Vorwand, Persönlichkeiten wie Rudolf Hilferding, Matthias Erzberger, Otto Braun und Bernhard Weiß gegen die anderen auszuspielen.

Sie machen sich als Politiker erneut unglaubwürdig, wenn sie zwar einerseits Betroffenheit über den wachsenden Neofaschismus und sein steigendes Gewaltpotential äußern, andererseits aber diejenigen, die damals am entschiedensten gegen den Faschismus und seine Wegbereiter kämpften, zu ihren Gegnern erklären und denjeni-

gen, die heute mit ihrer Aufklärungsarbeit eine Geschichtswiederholung zu verhindern suchen, ihre Wirkungsmöglichkeiten nehmen. Sie bestärken mit ihren Maßnahmen, mit welcher Begründung sie auch immer durchgeführt werden, die Neonazis!

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten fordert sie deshalb auf:

Verzichten Sie auf die Straßenumnennungen!
Opfern Sie die Gedenkstätten nicht Ihrer Rotstiftpolitik!



Alte Namen
Ernst-Thälmann-Straße
Platz der Akademie
Johannes-Dieckmann-Straße
Otto-Nuschke-Straße
Wilhelm-Külz-Straße
Reinhold-Huhn-Straße
Max-Engels-Forum
Mark-Engels-Platz
Egon-Schultz-Straße
Fritz-Heckert-Straße
Hermann-Matern-Straße
Otto-Grotenwohl-Straße
Straße "Hinter dem Rathaus"
Kotikowplatz
Bebelstraße
Timboudstraße
Bersarinstraße
Johannes-R.-Becher-Straße
Kurt-Fischer-Straße
Kurt-Fischer-Platz
Leninallee
Ho-Chi-Minh-Straße
Jacques-Duclos-Straße
Hermann-Duncker-Straße
Fritz-Schminkel-Straße
Straße der Befreiung
Werner-Lamberz-Straße
Hans-Loch-Straße
Hans-Loch-Straße
Albert-Norden-Straße
Bruno-Leuschner-Straße
Erich-Gluckauf-Straße
Heinrich-Rau-Straße
Hennekestraße
Karl-Marx-Straße
Otto-Buchwitz-Straße
Otto-Winzer-Straße
Erich-Correns-Straße
Fritz-Selbmann-Straße
Gerhard-Eisler-Straße
Waldemar-Schmidt-Straße
Wilhelm-Koenen-Straße
Albert-Schreiner-Straße
Erwin-Kramer-Straße
Erich-Wichert-Straße
Richard-Staimer-Straße
Hönower Straße
Jenny-Matern-Straße
Richard-Günter-Straße
Straße des NAW
Peter-Kast-Straße
Klement-Gottwald-Allee
Leninallee
Willi-Bredel-Straße
Helmut-Just-Straße
Heinz-Hoffmann-Straße
Alexander-Abusch-Straße
Paul-Verner-Straße
Franz-Dohlem-Straße

Neue Namen
Isenburger Weg
Gendarmenmarkt
Taubensstraße
Jägerstraße
Markgrafenstraße
Schützenstraße
Rathausstraße
Lustgarten
Streitberger Straße
Engeldamm
Luisenstraße
Wilhelmstraße
Gustav-Böß-Straße
Petersburger Platz
Rüdersdorfer Straße
Friedersdorfer Straße
Petersburger Straße
Breite Straße
Hermann-Hesse-Straße
Pastor-Niemöller-Platz
Landsberger Allee
Weißenseer Weg
Müllendorfsstraße
Treskowallee
Rheinstraßen
Alf-Friedrichsstraße
Gensinger Straße
Sewansstr./Erieseering/Huronseest.
Michiganseest./Ontarioseest.
Cecilienstraße
Rosa-Wallenberg-Straße
Havemannstraße
Märkische Allee
Wühlstraße
Poelchastraße
Blumberger Damm
Mehrower Allee
Vincent-van-Gogh-Straße
Ernst-Barlach-Straße
Maxi-Wander-Straße
Nossener Straße
Erich-Kästner-Straße
Lily-Braun-Straße
Ernst-Bloch-Straße
Carola-Neher-Straße
Adele-Sandrock-Straße
Mark-Twain-Straße
Heinrich-Gräber-Straße
Johannes-Tesch-Straße
Kleeblattstraße
Am Plumpengarten
Radischestraße
Berliner Allee
Platz der Vereinten Nationen
Schivelbeiner Straße
Behmstraße
Neue Grottkauer Straße
Peter-Huchel-Straße
Louis-Lewin-Straße
Ella-Kay-Straße

Betriebe weitere Ostberliner Straßen und Plätze umbenennen und dies auch gegen den Willen der betroffenen Bezirke umsetzen will. Während zum einen die finanziellen Streitigkeiten zwischen Bund und Berlin als Begründung für die Geschichtsverdrängung herhalten müssen, werden die Geldmittel also an anderer Stelle für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Wir protestieren gegen diese Politik und fragen Sie:

Ist in der neuen Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland kein Platz für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Alternativen, für die Aufarbeitung der faschistischen Verbrechen? Soll die Erinnerung an die, die unter Einsatz ihres Lebens für eine

Zur „einseitigen“ Kritik des VW-Modells aus gewerkschaftlicher Perspektive

Von Daniel Kreutz,
MdL Grüne, NRW

In der veröffentlichten Meinung bis weit hinein in die Reihen gewerkschaftsnaher kritischer Intellektueller hat das „VW-Modell“ schon fast euphorische Aufnahme gefunden. Von einer „Wende in der Arbeitszeitdiskussion“ und einer Abkehr von überkommenen Arbeitgeber-Tabus war die Rede. Es entstand der Eindruck, daß mit der Vereinbarung über die

„4-Tage-Woche“ neue Chancen für eine solidarische Arbeitszeitpolitik jenseits verhärteter Frontstellungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern eröffnet wurden. VW als bahnbrechendes Modell, das strukturell auch in anderen Branchen und Tarifgebieten Anwendung finden könnte und sollte? Der VW-Vorstand als Protagonist von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit?

Meine Beurteilung des VW-Modells geht in eine ganz andere Richtung. Provokativ zugespitzt formuliert, handelt es sich um ein Arbeitgeber-Modell zur Tarifrädemontage und Umverteilung von unten nach oben, dessen Reiz darin besteht, daß es mit der Abwendung des „größeren Übels“ (Massenentlassungen) und der Einbindung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit-

nehmervvertretung eine breite öffentliche Akzeptanz dafür sichert.

Die zentralen Ziele der Arbeitgeber in der aktuellen Krisenoffensive gegen die Gewerkschaften sind Lohnkostensenkung und Arbeitszeitflexibilisierung. Bei VW konnte beides erreicht werden, ohne dafür einen harten Konflikt mit der Industriegewerkschaft Metall durchstehen zu müssen.



Der VW-Vorstand hat seine Ziele erreicht

Nach VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz (FAZ, 9.11.93; Spiegel-Interview 13.12.93) war das Ziel, eine Personal-kostensenkung von insgesamt 30 % — dem Kostenvolumen von 30000 Arbeitsplätzen — bis 1995 zu realisieren, das sind 2,2 Mrd. DM. „Die bisher eingesetzten Mittel wie Kurzarbeit, Vorruhestand und Aufhebungsverträge sind zu teuer“ (Hartz). Die 4-Tage-Woche habe 20 % oder 1,6 Mrd. schon für 1994 gebracht. Die restlichen 10 % (600 Mio.) seien durch die beiden übrigen Modelle zur Arbeitszeitflexibilisierung zu holen:

— „Blockmodell“: Im Rahmen einer flexiblen Jahresarbeitszeit sollen 40000 alleinstehende Beschäftigte 8-9 Monate jährlich arbeiten; für den Rest sei Fortbildung auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit eine mögliche Variante.

— „Stafettenmodell“: Jüngere ArbeitnehmerInnen nach Abschluß der Ausbildung und Ältere sollen auf Teilzeitjobs gehen, verbunden mit flexibler Tagesarbeitszeit. Erst nach drei Jahren haben die jungen KollegInnen die Chance, auf einen Vollzeitjob zu wechseln.

Hartz bedauerte, daß die öffentliche Debatte sich nur am Stichwort „4-Tage-Woche“ aufhängt und den seines Erachtens „gleichwertigen“ Vorstößen zur Arbeitszeitflexibilisierung keine Beachtung schenkt.

VW-Chef Piech rechnete die Auswirkungen auf den Lohnkostenanteil je produzierten Auto (derzeit 8350 DM) wie folgt vor:

— bei status ante quo: Anstieg auf 9030 DM,
— bei 30000 Entlassungen: Anstieg auf 8500 DM,
— bei „4-Tage-Woche“: Senkung auf 7850 DM.

Daß sich die „4-Tage-Woche“ derart kostengünstig darstellt, liegt v.a. an den eingesparten Sozialplanmitteln. Piech kommentiert: „Wir werden nach der Krise die Schnellsten sein, weniger als 10 Stunden für ein Auto brauchen. Dann können wir sogar die japanischen Automobil-Hersteller im Preis unterbieten.“ (BILD-Interview 16.12.93)

Die Kosten dieser personalpolitischen Rationalisierungswelle schultern „solidarisch“ die Beschäftigten: Ein Bandarbeiter verliert z.B. durchschnittlich 6500 DM Jahreseinkommen. Den besonderen Belastungen ausgesetzten KollegInnen in Wechselschicht wird zudem der bisherige 14-tägige Sonderurlaub mit Lohnfortzahlung und zusätzlichem Urlaubsgeld gestrichen. Das wirkt zwar kaum auf das Einkommen aus, bringt aber ein erhebliches Einsparvolumen (14 Tage zusätzliche Arbeit). Die Diskrepanz in den Bilanzierungen von Vorstand (20 %-Sparziel erreicht) und IG Metall (nur 10-12 % Lohnverlust) ist zu einem Großteil hierauf zurückzuführen.

Zu den Gewinnern gehört auch die Bundesanstalt für Arbeit. Im Fall von 30000 Entlassungen wären Mehrausgaben von 3 Mrd. pro Jahr auf sie zugekommen. Die volle Ausschöpfung von Kurzarbeit (auf Seiten der Beschäftigten mit geringeren Verlusten verbunden) hätte immerhin noch 1,5 Mrd. (1994/1995) gekostet.

Bei Arbeitgebervertretern, die nicht unmittelbar im tarifpolitischen Geschäft involviert sind und sich eher von nüchternen Rechnungen als von politischer Optik („Arbeitszeitverkürzung“) leiten lassen, fand das VW-Modell positive

Aufnahme. So begrüßte beispielsweise der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW) den 4-Tage-Vorstoß als „zukunftsweisende Strategie, die flexible Arbeitszeiten fordert“ (Stuttg. Zeitung, 4.11.93). Eberhard von Koerber, Europachef des Elektrokonzerns ABB, ließ wissen: „Ich halte die Diskussion um die 4-Tage-Woche für einen Dammbuch in der Tarifpolitik“ (Spiegel, 8.11.93). Einer der untrüglichen Kommentare kam schließlich von der Börse.

Nach der VW-Vereinbarung stieg die VW-Aktie sofort um 9,50 DM und stimulierte, wie es hieß, damit den gesamten Kapitalmarkt.

Der Erfolg für die VW-Beschäftigten beschränkt sich auf den zweijährigen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Was dann kommt, weiß heute noch niemand zu sagen. Metall-Arbeitgeberfunktionär Peterk wagte bereits die Prognose, daß die, die heute schon „zuviel“ seien, auch in zwei Jahren noch zuviel sein werden...

Arbeitgeber-Tabu Arbeitszeitverkürzung?

Stimmen aus dem sozialreformerischen Spektrum weisen bei der positiven Würdigung des „VW-Modells“ immer wieder darauf hin, daß hier ein Konzernvorstand endlich das überholte Tabu gegen Arbeitszeitverkürzungen aufgegeben habe und damit im Arbeitgeberlager ein schon fast historisches Signal für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit gegeben habe.

Wer jedoch Gelegenheit hatte, die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche Mitte der 80er Jahre des Näheren zu verfolgen, wird sich erinnern, daß bereits damals relevante Teile von Gesamtmetall weit weniger kategorisch an den 40 Stunden festhielten, als die veröffentlichte Meinung den Anschein erweckte. Tatsächlich artikulierten sich schon damals mindestens zwei Strömungen im Arbeitgeberverband, die man verallgemeinern darf als „Falken“ (gestützt auf die Klein- und Mittelbetriebe) und die „Modernisierer“ (aus den großen, teils multinationalen Konzernbetrieben) beschrieb. Aus den Reihen der „Modernisierer“ wurde schon frühzeitig signalisiert, daß man über Arbeitszeitverkürzung reden könne, wenn sich die Gewerkschaft im Gegenzug den Vorstellungen der Arbeitgeber zur Flexibilisierung öffne. Von manchen Betriebsräten konnte man damals hören: „Wenn wir bereit wären, ihre Flexikonzepte zu unterschreiben, bekämen wir die 35 hinterhergeworfen.“ Die Basis der arbeitszeitpolitischen Kompromisse bestand denn auch tatsächlich im Tauschgeschäft „Verkürzung gegen Flexi“.

Die Konzentration des arbeitszeitpolitischen Gestaltungsanspruchs der Arbeitgeber auf das Flexi-Thema hat sich in der Folgezeit allgemein durchgesetzt. Wo es um die Möglichkeit geht, das Volumen der tatsächlich eingesetzten Arbeitszeit möglichst weitgehend an saisonale und konjunkturelle Schwankungen der Auftragslage anzupassen und nach den „betrieblichen Erfordernissen“ differenzierte Arbeitszeitregelungen für verschiedene Abteilungen oder Beschäftigtengruppen zu realisieren, verliert die Frage einer „durchschnittlichen“ Regelarbeitszeit an Bedeutung. In den Vordergrund treten dann die Fragen der Größe des „Korridors“, innerhalb dessen sich die tatsächlichen Tages- und Wochenarbeitszeiten bewegen, sowie der Ausgleichszeiträume, innerhalb de-

rer eine rechnerische Durchschnittsgröße an Wochenarbeitszeit erreicht werden muß.

Ohne Frage ermöglicht eine flexible Arbeitszeit (z.B. mit einem Jahresarbeitszeitkonto, einem Wochen-Korridor zwischen 48 und 32 Stunden sowie einer Tagesarbeitszeit von bis zu 10 Stunden und der Möglichkeit, den Samstag als Regelarbeitstag einzubeziehen) die Freisetzung eines enormen Rationalisierung- und Kostensenkungspotentials: Kosten für Überstundenzuschläge und für Betriebsvereinbarungen zur Aufstockung von Kurzarbeitergeld entfallen. Eine gegebene Jahresproduktion kann mit einer deutlich verkleinerten Stammebeschäftigung gefahren werden. Für besondere Spitzenauslastungen steht ohnehin eine variabel einsetzbare Randbelegschaft aus Leiharbeitnehmern, Werkvertragsbeschäftigten und befristet Beschäftigten zur Verfügung.

VW-Arbeitszeitverkürzung an den Erwerbslosen vorbei

Mit dem „VW-Modell“ hat die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung ihren Charakter grundlegend verändert. Hier geht es nicht mehr um Solidarität mit den (vorhandenen) Erwerbslosen, nicht um die Eröffnung zusätzlicher Beschäftigungschancen durch Verknappung des verfügbaren Arbeitszeitvolumens, sondern um eine kostengünstigere Alternative zu sozialplanpflichtigen Entlassungen und anderen Möglichkeiten des „harten“ Personalkostenabbaus. Von der gewerkschaftlichen Formel, die Arbeitszeitverkürzung mit der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen begründete, ist nur die Sicherung übriggeblieben, und auch die ist mit einem Verfallsdatum versehen. Diejenigen, die bereits draußen stehen, fallen wieder ins Dunkel zurück.

In einem solchen Kontext verliert der Ruf nach drastischer Arbeitszeitverkürzung seinen radikalreformerischen Charakter. Zurückgestutzt zum Instrument betrieblicher Personalpolitik in der Rezession bei insgesamt weiter anwachsenden Erwerbslosenzahlen wird die Glaubwürdigkeit der Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit noch stärker sinken.

Warum konnte das VW-Modell realisiert werden? VW-Vorstand Hartz erklärte das so: „Wir haben heute in unserer Unternehmenskultur eine Kooperation von Vorstand, Betriebsrat und Arbeitnehmervertretung, das ist eine Stärke. Durch diese Mitbestimmung haben wir heute eine höchstmögliche Transparenz. Wenn wir als Unternehmer sagen, der Riesentanker Volkswagen ist in großer Gefahr, dann nimmt uns das die Belegschaft auch ab... Mit dieser Konzeption haben wir ein nie erreichtes Maß an Flexibilität und Geschwindigkeit im Handeln erreicht... Die (Mitarbeiter) möchten natürlich lieber Zuwächse im Einkommen, aber gemessen an der Alternative Arbeitslosigkeit ist es eine großartige Lösung.“ (Spiegel-Interview, 13.12.93)

Die Süddeutsche Zeitung beschreibt den gleichen Sachverhalt etwas sarkastischer: „Die Kombination Lopez/Hartz — Einkaufs- und Produktionsvorstand/Arbeitsdirektor — stellt sich als ideal heraus. Lopez rationalisiert die Fertigung und schafft es dabei, die Belegschaft zu motivieren. Der Mitarbeiter weiß jetzt, warum er eigentlich überflüssig ist; er hat es ja selbst herausgefunden. Bei derart altruistisch gestimmten Menschen mußte das Hartz-Modell auf

Zustimmung stoßen“ (10.12.93).

Aus Arbeitnehmerpersicht sei hier stellvertretend für viele gleichlautende Stimmen der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel, Rudolf Müller, zitiert: „Wenn man vor die Alternative gestellt wird, daß die, die dann weniger hätten, arbeitslos wären... dann, meine ich, ist sie (4-Tage-Woche) das bessere Modell.“ (taq, 27.10.93)

Das Grundrezept ist einfach. Dem Arbeitgeber, der eine drastische Personalkostensenkung durchsetzen will, kann es grundsätzlich gleichgültig sein, ob dieses Ziel durch Entlassungen oder durch Tarifrädemontage realisiert wird. Man stellt die Beschäftigten vor die Alternative: „Entweder arbeitslos, oder...“ und läßt sie „wählen“. Was nach dem „oder“ eingesetzt wird, dürfte dabei angesichts der manifesten Angst der Einzelnen vor dem Verlust ihrer sozialen Existenzgrundlage relativ beliebig sein. Wenn man die Alternative (mit dem Segen von Betriebsräten und Gewerkschaft) so stellt, ist schwer vorstellbar, welche tarifvertragliche Errungenschaft kostbar genug sein soll, um zu ihrer Verteidigung „Arbeitslosigkeit“ zu wählen. Es handelt sich um nackte Erpressung.

Seit dem VW-Abschluß konnten Arbeitgeber unter dem vordergründigen Etikett „Beschäftigungssicherung“ in ganz unterschiedlichen Bereichen (Bergbau, Chemie) eine tarifpolitische Wende realisieren. Der altherwürdige „eherne Grundsatz“ gewerkschaftlicher Tarifpolitik: „Lohnverzicht sichert keinen Arbeitsplatz“ — Ergebnis nicht ideologischer Vorurteile, sondern vielfacher historischer Erfahrung — platzte über Nacht wie eine Seifenblase. Das gerade Gegenteil scheint nunmehr zum Credo gewerkschaftlichen Handelns zu werden. Die IG Chemie, an der Spitze des Geistes der neuen Zeit marschierend, warf mit der Einführung untertariflicher Entlohnung für neueingestellte Erwerbslose noch den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hinterher.

Mit ihrer Interpretation des „VW-Modells“ können Arbeitgeber wahre Wunder vollbringen. Reihenweise werden organisierte Betriebsräte zu tarifwidrigen Vereinbarungen über den Tisch gezogen, oft gar in dem Glauben, dem tarifpolitischen Motto „Vorrang für Beschäftigungssicherung“ zu folgen. Der 2. Bevollmächtigte einer IGM-Verwaltungsstelle in NRW unterschrieb als Betriebsratsvorsitzender eine Vereinbarung, die die Reduzierung von ursprünglich 50 Entlassungen auf 40 mit Verzicht auf Weihnachtsgeld und Tarifierhöhungen sowie Zustimmung zur flexiblen Arbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden ohne Lohnausgleich honorierte. In einem Metallhandwerksbetrieb gewann der Chef mit der Drohung „Betriebschließung, oder...“ eine „demokratische Urabstimmung“ für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche zum Lohn für 37 Stunden. In einem Mönchengladbacher Metallbetrieb ließ sich die Geschäftsleitung 500 Entlassungen vom Betriebsrat gegen Zustimmung zu weitreichender Flexibilisierung und Lohnkürzung abkaufen. Und so weiter, und so fort...

Das alte Problem: Gewerkschaftliche Strategiekrisis

Die Rechnung des VW-Vorstands und seiner Nachahmer kann letztlich nur deshalb aufgehen, weil alternative gewerkschaftliche Strategien gegen Massenerwerbslosigkeit und Sozialstaatszerstörung nicht existieren; nicht einmal eine Debatte darüber wird geführt. Wie

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre erschöpft sich gewerkschaftliche „Gegen- und Gestaltungsmacht“ in verbalen Protesten und allenfalls rituellen Aktionen ohne glaubwürdige (d.h. mit erkennbarem Willen zur Durchsetzung verbundene) Handlungsperspektiven.

Nachdem die in den Gewerkschaften nach wie vor politisch dominante SPD sich die Mär von der „Standortkrise“ zu eigen gemacht hat, glauben selbst zuvor relativ kämpferische GewerkschafterInnen, daß man den Unternehmen nichts mehr abverlangen darf, will man nicht den Ast absägen, auf dem man sitzt. Nichts drückt dies deutlicher aus als der apriorische Verzicht auf die Einbeziehung der „Umverteilungskomponente“ (neben Preissteigerung und Produktivitätsentwicklung) in die aktuellen Tarifforderungen.

Während das Arbeitgeberlager mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung ohne viel Federlesens das Kriegsbeil des oft schon totesagten „Klassenkampfes“ wieder ausgegraben hat, reagiert die Gewerkschaftsbewegung mit Rückzug statt Gegenwehr.

Jede tarifpolitische Alternativstrategie, gleich wie sie im Einzelnen aussähe, wäre heute mit einem deutlichen Mehr an Konfliktpotential verbunden. Die Zeiten der Verhandlungskompromisse, die sich real noch auszahlen, sind vorbei. Schon in den 80er Jahren konnte bei globaler Betrachtung allenfalls der Status Quo gesichert werden. Würden Gewerkschaften heute realen sozialen Fortschritt durchsetzen wollen, würden Streikbewegungen unausweichlich. Doch davor haben Gewerkschaftsvorstände heute mehr Angst als die Arbeitgeber — nicht nur wegen des § 116 AFG, sondern wegen der zahllosen Niederlagen, die sich Gewerkschaften in Westeuropa in zugespißten Auseinandersetzungen eingehandelt haben. Deshalb hat sich aus der Sicht gewerkschaftlicher Apparate das Streikrecht in eine Streikvermeidungspflicht verwandelt. Dem vielzitierten „schlafenden Riesen“ wurde gleichsam eine schlafmittelhaltige Infusion angelegt.

Die Dimension der Probleme, die von regelnden und schützenden Flächentarifverträgen nicht mehr aufgefangen werden und auf der Ebene des Einzelbetriebs gelöst werden müssen, dort aber strukturell nicht lösbar sind, wächst. Am Ende dieser Dynamik stehen dann betriebliche Regelungen à la VW. Öffentlichen Äußerungen des IG Metall-Tarifexperten Riester zufolge freundet sich die IG Metall soeben mit dem Gedanken an, ihre Tarifverträge durch Aufnahme von Härte- oder Öffnungsklauseln zum einzelbetrieblichen Ausstieg aus Tarifregelungen selbst zu deregulieren. Eine solche Tarifpolitik erzeugt selbst die Probleme, denen sie ausweichen will.

Perspektiven für einen neuen sozialreformerischen Aufbruch der Gewerkschaften, etwa für radikale Arbeitszeitverkürzung zum nachhaltigen Abbau der Erwerbslosigkeit, werden erst dann in Reichweite geraten, wenn diese eigen-dynamische Selbstlähmung durchbrochen wird. Derzeit sieht es fast so aus, als seien die Gewerkschaften aus eigener Kraft dazu nicht mehr imstande — es sei denn, die Arbeitgeber machen den Fehler, den Klassenkampf von oben so weit zu „überziehen“, daß für die Gewerkschaften Kämpfen und Überleben eins wird. Allerdings können sich nur ZynikerInnen ein solches Szenario herbeiwünschen. (Februar 1994)

Daniel Kreutz ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag von NRW

Dokumentiert: Bundesweite Demonstration der Kurdistan-Solidaritätsbewegung in der BRD

Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes

Vor 2600 Jahren — so wird die Geschichte überliefert — rief der Schmied Kawa das kurdische Volk auf, sich gegen den Despoten Mardas zu erheben. Als Zeichen für den Beginn des Aufstandes wurden in der Nacht zum 21. März Feuer entfacht — kein Wunder, daß ein Neujahrsfest mit solch rebellischer Geschichte auch heute noch von den Kolonialmächten mit aller Gewalt unterdrückt wird.

Am Neujahrsfest NEWROZ 1993 verkündete die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) (Partia Karkeren Kurdistan) einen einseitigen Waffenstillstand und forderte die türkische Regierung zu Verhandlungen auf. Deren Antwort: 56 getötete Zivilisten, 88 getötete Guerilla-KämpferInnen, 550 zerstörte Dörfer, 2241 Festnahmen in der Zeit des Waffenstillstandes.

„Wir werden die Kurden totschießen. Nicht nur in der Türkei, auch in Europa werden wir sie bis März alle totschießen.“ (Generalstabschef Dogan Güres, 25. 10. 93)

Dieses Versprechen wird die türkische Armee nicht einhalten können. In diesem Winter hat der Krieg in Kurdistan eine neue Stufe erreicht. Das bedeutet nicht nur ein verschärftes Vorgehen der türkischen Armee und den Einsatz „neuer Waffen“ (Dogan Güres), sondern auch ein militärisches Gleichgewicht zwischen der Armee und der Guerilla-Armee ARGK. Zumindest nachts stehen Teile Nordwest-Kurdistans unter kurdischer Kontrolle. Es gibt erste Ansätze befreiter Gebiete, in denen die Bevölkerung sich selbst organisiert, um Bildung, Rechtssprechung, medizinische Betreuung und ihre Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen.

Umsomehr will die türkische Armee die diesjährigen Feiern zum kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfest NEWROZ zu einem Meilenstein ihrer militärischen Erfolge machen.

Für die Kommunalwahlen (am 27. März) hat das türkische Regime vorgesorgt und durch ein neues „Wahlgesetz“ die Aufhebung demokratischer Wahlprinzipien verordnet. Der prokurdischen „Partei der Demokratie“ (DEP) soll durch Repression bis hin zur Ermordung ihrer Kandidaten durch die Todeschwadronen der Kontraguerrilla der politische Boden entzogen werden. So werden Kandidaten gestützt, die die staatliche Ausrottungspolitik mittragen. Der türkische Staat versucht, sich sein „demokratisches“ Image im Ausland nicht anknacksen zu lassen: Ein Land, in dem gewählt werden darf, ist frei.

Menschenrechtler, Rechtsanwälte und Anwältinnen, Gewerkschaften und die oppositionelle Presse, die das Vorgehen der türkischen Armee verfolgen und anklagen, sind ständig von Haft, Folter, Vertreibung oder Mord bedroht. Es ist eine unübersehbare Realität: der Krieg der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung eskaliert. Politisch hat der türkische Staat in Kurdistan schon lange verloren — der größte Teil der Bevölkerung in Nordwest-Kurdistan unterstützt heute die PKK. Und ohne die Unterstützung ihrer NATO-Verbündeten, allen voran der BRD, hätte die Türkei den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung auch militärisch längst verloren.

Wir fordern:
Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes!
Anerkennung der PKK als Kriegspartei und Einhaltung der internationalen Abkommen zur Behandlung von Kriegsgefangenen!
Schluß mit Völkermord, Schluß mit Folter und Auflösung der Todesschwadronen in der Türkei und Kurdistan!
Garantie der Presse-, Organisations- und Ver-

sammlungsfreiheit der kurdischen und türkischen Opposition in der Türkei!

Warum unterstützt die Bundesregierung den Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung?

Kurdistan ist nicht nur reich an Wasser und Bodenschätzen wie Erdöl, sondern durch seine Lage ein wichtiger geostrategischer Knotenpunkt im Mittleren Osten. Das verleiht dem Land eine zentrale Bedeutung im Projekt der sogenannten „Neuen Weltordnung“.

Die Türkei ist für den Westen die „Brücke“ zum Nahen und Mittleren Osten, nach Zentralasien und dem Kaukasus — und diese Bedeutung hat seit dem Zusammenbruch des Ostblocks noch zugenommen. Über die Türkei öffnen sich neue Märkte im Kaukasus und Zentralasien; die Ölfelder Bakus rücken nach 1941 wieder in greifbare Nähe.

Wasser wird in dieser Gegend sehr bald ein noch wichtigeres Gut sein, als es bisher das Öl war. Die totale Kontrolle über diese Ressource (die im kurdischen Bergland liegt) verschafft sich die Türkei durch das gigantische Staudammprojekt GAP (21 Staudämme und 17 Wasserkraftwerke an Euphrat und Tigris), das auch mit Geldern des internationalen Währungsfonds und internationalem Finanzkapital gebaut wird.

Freiheit für Kurdistan

Wir unterstützen diesen Aufruf und die Demonstration: (Stand 21. 2. 1994):

Agilwara Bonn, Köln; AG Russismus (BUKJ); AK „Kleinen Fußballten Faschisten“, Oldenburg; AK Kurdistan ASTA Uni Bremen; AK Rechtsfreie Uni Bonn; Aktion 3. Welt (Saarland); Anares Medien Köln; Anti-EG-Gruppe Köln; Anti-Fris Referat im ASTA der Uni Bonn; Antifa Belgisches Viertel Köln; Antifa Forum Gießen; Antifa Saarbrücken; Antifaplenum Saarbrücken; Antifa-Referat ASTA Uni Köln; Antifaschistische Liste Uni Köln; Antifaschistische Stadtteilkoordination Köln; Antifaschistisches Plenum Braunschweig; Arbeitskreis Internationalismus Bonn; ASTA der TU Berlin; ASTA FH Düsseldorf; ASTA Uni Köln; Autonomes Zentrum Aachen; Hans Branschold (medico international); Buchhandlung Bibabuze Düsseldorf; Buchladen Le Sabot Bonn; BUKO (Bundeskongress Entwicklungspolitische Aktionsgruppen); Deutsch-Ausländischer Solidaritätsverein (DASOV) Heidelberg; DKP Kreis Düsseldorf; Flüchtlingsplenum Aachen; Frauenplenum gegen Sexismus und Rassismus Köln; FreundInnen des kurdischen Volkes Gießen; FreundInnen des kurdischen Volkes Mainz-Wiesbaden; Gruppe F.E.L.S., organisiert in der AA/BO; Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen, Köln; Infoladen Beau Rivage, Köln; Infoladen Gießen; Infoladen Koblenz; Infoladen Köln; Informationsstelle El Salvador e.V.; Informationsstelle Lateinamerika, Bonn; Ulla Jelpke, MdB PDS/LL; Jugend Antifa Aktion (JAA) Braunschweig; Jungdemokraten und Jungkommunisten/Junge Linke, KV Bonn/Rhein Sieg; KDA der antifaschistischen Gruppen Düsseldorf und Umgebung; Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg; Kurdisches Volkshaus Hamburg; Kurdisches Volkshaus Krefeld; Kurdistan-Solidarität Bochum; Kurdistan-Solidarität Braunschweig; Kurdistan-Solidarität Düsseldorf; Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen; Kurdistan-Solidarität Marburg; Kurdistan-Solidarität Osnabrück; Linkes Bündnis AL Universität Köln; medico international; Mediengruppe Kurdistan Berlin; Münchner Bündnis gegen Rassismus; Netzwerk Kuba, Bonn; Thomas Pillich, SDAJ-Bundesvorsitz; Radikale Linke Köln; Redaktion Arranca, Berlin; redhouse, Düsseldorf; Revolutionärer Block, Hamburg; Rote Hilfe Bonn; Solidaritätskomitee Kurdistan Darmstadt; Sozialistisches Büro Köln; Sozialistisches Selbsthilfe Köln (SSK); Stadtzeitung TERZ, Düsseldorf; Südafrika-Komitee Köln; Transparent Fotoagentur Köln; Verein zur Förderung des deutsch-kurdischen kulturellen Austausches Bielefeld; Vereinigte Sozialistische Partei; VVN Neuss.

Folgende Gruppen unterstützen die Demonstration:

AG 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand Mainz; AK Antirassistische Solidarität Hbg.; ANTIFA MZ/WI; Autonomes Antifa Hbg.; Autonomes Frauen- und Lesbenreferat Uni Gießen; Bremer Komitee zur Freilassung der politischen Gefangenen; Bündnis gegen das Verbot der PKK und der Kurdischen Vereine, HH; Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Marburg; Deutscher Friedensrat e.V. Berlin; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Köln; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Mainz; DGB Jugendbildungsreferat Mittelhessen; El Rolito HH; Freunde des kurdischen Volkes HH; Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba; Infoladen f.d. politischen Gefangenen Hbg.; Infoladen Moskito Hbg.; Initiativ Sozialistischer Internationalisten; Kein Friede, Frankfurt/Main; Kurdistan-Solidarität Bremen; Radio International auf Radio Dreyeckland, Freiburg; Spinnennetz MZ/WI; Unabhängige Kurdistan-Solidarität HH; Verein Partnerschaft 3. Welt, Gießen.

Wie die Bundesregierung die Türkei in ihrem Krieg gegen das kurdische Volk unterstützt

— Die BRD ist größter Handelspartner des hochverschuldeten türkischen Staates.

— Als drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt schenkte die BRD der Türkei in den letzten 8 Jahren Kriegswaffen im Wert von 3,6 Milliarden DM.

— Seit 1980 werden türkische Polizisten ebenso wie die berüchtigte Konterguerrilla (Todesschwadronen) u.a. von der GSG 9 ausgebildet.

— Wichtigste Devisenquelle der Türkei ist der Tourismus. Die dadurch eingenommenen Gelder werden zur Finanzierung des Krieges in Kurdistan verwandt.

— Ohne die vielfältige Unterstützung, die die

Bundesregierung dem türkischen Staat leistet, wäre der Krieg in Kurdistan wahrscheinlich längst beendet, die türkische Regierung säße längst am Verhandlungstisch.

Welche Kriegsunterstützung leistet die Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland?

Bereits 1987 begann eine massive Hetze gegen die Vertretung des kurdischen Befreiungskampfes, die PKK, und ihre Unterstützung in der BRD.

Das gipfelte in einen Düsseldorfer Schauprozess, in dem die Bundesanwaltschaft seit 1988 versucht, die PKK nach 129 a als „terroristisch“ zu verurteilen.

Die unter dem Stichwort „PKK-Verbot“ Ende November 1993 durchgeführten Maßnahmen (gegen das die verbotenen Vereine in Berlin vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt haben), sind nach Art und Umfang ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte der BRD. U.a. wurden kurdische Kulturvereine, ein kurdischer Frauenverband, die Berxwedan-Verlags GmbH und die kurdische Nachrichtenagentur Kurd-Ha verboten. Das Verbot stellt nichts anderes dar als eine juristische Variante der Beihilfe zum drohenden Völkermord am kurdischen Volk unter dem Vorwurf des „Terrorismus und Separatismus“.

Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Verbot.

Kurden und Kurdinnen, die den Befreiungskampf unterstützen und die hier politisches Asyl haben bzw. beantragen, droht die Abschiebung, weil nach Ansicht des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen es sich bei der drohenden Verfolgung „nicht um politische Verfolgung, sondern Ahndung kriminellen Unrechts“ handelt.

Das „PKK-Verbot“ ist ein massiver Angriff gegen die Presse- und Meinungsfreiheit und gegen demokratische Rechte wie Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit. Die mit dem Regime in Ankara koordinierte Unterdrückung kurdischer Organisationen durch die Bundesregierung wird nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen können gegen andere Minderheiten und/oder Oppositionelle in diesem Land. Erinnert sei hier nur an das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, KPD, 1956, mit dem über 200 Vereine verboten und tausende von Menschen kriminalisiert wurden.

Wir fordern:
Sofortiger Stopp der deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei!
Keine militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit BRD-Türkei!
Keine Ausbildungshilfe an die Türkei!
Aufhebung des Verbots der PKK, ERNK, der kurdischen Vereine und Medien und Rückgabe der beschlagnahmten Materialien!
Keine Abschiebung von Kurdinnen und Kurden!

Warum machen wir diese Demonstration?

Die Bundesrepublik präsentiert sich immer offener als Kriegspartei an der Seite des türkischen Staates bei dem drohenden Völkermord am kurdischen Volk.

Wir wollen kurz vor den NEWROZ-Feiern am 21. 3. den türkischen Kommunalwahlen am 27. 3. den Verantwortlichen in Bonn deutlich zeigen, daß wir uns gegen den Völkermord und die Unterdrückung durch die Türkei, gegen die bundesdeutsche Unterstützung hierbei und für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes einsetzen.

Die Ziele, die die kurdische Befreiungsbewegung für die Veränderung der Gesellschaft formuliert hat, sollen den Faschismus und die Unterdrückung durch das türkische Regime beseitigen. Sie sollen eine Grundlage für die freie Entwicklung der Menschen schaffen. Es sind Ziele, die viele Menschen auf der Welt in ihren eigenen Ländern verfolgen: Freiheit und Gleichberechtigung, politische und soziale Rechte für Frauen und Männer, das Recht aus Selbstbestimmung.

Die alltägliche Situation in der BRD, der Kampf gegen den Faschismus, gegen die Abschiebung, die drohende Verschärfung der Gesetze zur „inneren Sicherheit“ durch die Bundesregierung bringt uns immer mehr mit ausländischen Menschen zusammen, und macht uns deutlich, daß viele ihrer politischen Interessen auch unsere sind.

Deshalb wollen wir die Kurdinnen und Kurden und ihre Organisationen hier konkret unterstützen und wir fordern dazu auf, Solidaritäts- und Beobachterdelegationen für das kurdische Neujahrsfest NEWROZ und die anschließenden Kommunalwahlen zu organisieren und zu unterstützen!

Antifaschismus heißt Internationalismus
Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Kein Urlaub im Folterstaat Türkei — keine Mark für den Krieg!
Hoch die internationale Solidarität!

KOMMENTIERT

Wiesbaden: — Einzelfall oder Strategie?

Nach den Verboten kurdischer Vereine im letzten November war zunächst nicht klar, wie weit die Behörden die Kurdenverfolgung treiben würden. Man konnte sogar die Meinung hören, es handle sich um eine eher symbolische, diplomatische Gefälligkeit an die Türkische Republik ohne besondere Folgen für die Situation in der BRD.

Und in der Tat ist bis jetzt die Kurdistan-Informationsarbeit deutscher Staatsbürger eher ausgespart worden. Die Wiesbadener Verbotsverfügung zeigt aber, daß der Staat, hier die Exekutive mit der Billigung der Verwaltungsgerichte, die Zusammenarbeit von Menschen deutscher und kurdischer Nationalität strafrechtlich ächten will. Hier wird nicht nur eine Demonstration verboten, sondern der Versuch der Zusammenarbeit löst ein Ermittlungsverfahren werden verbotenen Unterstützens aus.

Die in der BRD ansässigen kurdischen Familien leben unter Ausnahmerecht. Da es wohl kaum eine kurdische Familie gibt, die nicht auf die eine oder andere Weise wenigstens durch Spenden die kurdische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt hätte, sind die Kurden unter polizeilichen Gesichtspunkten als Tätergruppe (Unterstützung einer verbotenen usw.) eingestuft. Spenden geben und Sammeln wird anscheinend als Unterstützungshandlung gewertet. Es scheint eine Masse von Hausdurchsuchungen zu geben. Die Öffentlichkeit erfährt nichts.

Für die Solidaritätsdemonstration, die am 12. 3. in Bonn stattfindet, sind scharfe Auflagen bereits angehängt. Wenn Anzeichen vorhanden seien, daß es sich um eine von der PKK gelenkte Aktion handle, werde verboten ... Das läuft darauf hinaus, daß eine irgendwie selbstorganisierte Beteiligung von Kurden an Demonstrationen unmöglich gemacht werden soll.

Das Treiben der Staatsmacht soll hier nicht verharmlost werden. Die Verbotsverfügung von Wiesbaden liest sich streckenweise wie ein Dokument aus der Nazi-Zeit, und die Repressionspraxis trägt Züge einer Verfolgung wegen der Nationalität. Es wird aber daran erinnert, daß Polizeimittel gegen breit angelegte kurdische Informationsarbeit, — an den Orten, in den Betrieben und von Mensch zu Mensch — nicht greifen. Nachdem noch vor wenigen Jahren fast die gesamte Linke der BRD auf die anti-kurdische Hetze hereingefallen war, zeigt z.B. die Unterstützung der Kurdistan-Demonstration doch an, daß die antikurdische Türkeipolitik der BRD in der Öffentlichkeit der BRD an Rückhalt verliert. — (maf)

Termine

5. — 6. 3. 14. o. BDK des BWK in Köln.

8. 3. Internationale Konferenz der Frauen aus Kurdistan. Köln, Jugendgästehaus. Das Konferenzbüro zu erreichen unter Telefon 0228/630990, Fax 0228/630715

8. 3. Bundesweiter Frauenstreik- und Aktionstag aus Anlaß des Internationalen Frauentages

12. 3. Bundesweite Demonstration „Freiheit für Kurdistan“ in Bonn. Beginn 11 Uhr, Josefshöhe.

11. — 13. 3. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „Die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

13. 3. Landtagswahlen Niedersachsen.

19. 3. bis 27. 3. Europaweite Aktionswoche gegen Rassismus

20. 3. Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

23. 5. Wahl des Bundespräsidenten

12. 6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Demonstration: 12. März, 11 Uhr, ab Josefshöhe, Bonn

Dokumentiert: Kurdenverfolgung durch staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland

Schändliche Verbotsverfügung des Wiesbadener OBs

Die von Frau ... für die „Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes Mainz/Wiesbaden“ für den 19. 2. 1994 in Wiesbaden unter dem Tenor „Friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der kurdischen MitbürgerInnen mit deutschen und türkischen MitbürgerInnen“ angemeldete Demonstration mit Kundgebung wird verboten ... Der Allgemeinen Ordnungsbehörde der Landeshauptstadt Wiesbaden liegen auf Grund einer Mitteilung des Polizeipräsidenten Wiesbaden vom 11. 2. 94 folgende Erkenntnisse vor:

„Der Veranstalter der Demonstration, „Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes/Mainz/Wiesbaden“, ist mit dem linksextremistischen Personenkreis der „Volksküche“ bzw. des „Infoladens“ in der Werderstraße 8 weitgehend identisch ...

Die Anmelderin ... ist bisher noch nicht auffällig geworden und kann obengenannter Gruppierung noch nicht zugeordnet werden.

Sie ist jedoch mit dem PKK-Aktivisten ... verheiratet ... Sein Aufenthaltsort ist zur Zeit nicht bekannt.

Hier liegen gesicherte Erkenntnisse vor, daß die Demonstration für und im Auftrag der verbotenen PKK angemeldet wurde. Frau ... tritt als „Strohfrau“ auf, um den wahren Hintergrund zu verdecken. Damit unterstützt sie den Zusammenhalt und den Fortbestand der verbotenen Organisation PKK. Aus diesem Grund wurde gegen Frau ... ein Ermittlungsverfahren nach § 20 Vereinsgesetz eingeleitet ...

Durch wochenlange intensive Ermittlungen und Befragungen von türkischen Mitbürgern in Verfahren wegen Schutzgelderpressungen ist die Zahlungsbereitschaft der türkisch/kurdischen Bevölkerungsteile in Wiesbaden in letzter Zeit erheblich zurückgegangen ... Seit den Anschlüssen vom 4. 11. 93 ist unter der türkisch/kurdischen Bevölkerung in Wiesbaden eine stark gereizte, aggressive Stimmung feststellbar. Es wurde verschiedentlich bereits der

Ansatz zur Organisation von „Schutztruppen zur Selbstjustiz“ festgestellt.

Durch die angemeldete Demonstration, insbesondere auf dem angemeldeten Weg durch die Wohngebiete der türkisch/kurdischen Mitbürger, soll nun offenbar wieder „Macht“ demonstriert werden. Der Bevölkerung wird gleichsam gezeigt, daß die PKK noch vorhanden ist und trotz des Organisationsverbots in der Lage ist, eine Demonstration durchzuführen.

Dies soll dazu führen, die „Zahlungsbereitschaft“ wieder zu erhöhen. Es ist durchaus denkbar und nicht von der Hand zu weisen, daß sich innerhalb der türkisch/kurdischen Bevölkerung nun tatsächlich der Wille zur Selbstjustiz durchsetzt und es während der Demonstration zu Aggressivitäten gegen die Demonstrationsteilnehmer kommt, was zu Überreaktionen führen wird und somit zu erheblichen Ausschreitungen zu rechnen ist. Die Erfahrungen des Einsatzes am 18. 12.

93 in Kassel haben deutlich gezeigt, daß eine hohe emotionale Erregung, welche durch die türkisch/kurdische Mentalität geprägt ist, insbesondere bei einer solchen Demonstration zu Tage tritt. Es ist damit zu rechnen, daß fanatisierte kurdische Frauen Kleinkinder als Nötlungsmittel einsetzen und mit Selbstverbrennung drohen, was eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt.

Nach Erkenntnissen des LfV (Landesamt für Verfassungsschutz, d. Red.) Hessen und des HLKA (Hessischen Landeskriminalamts, d. Red.), was auch durch die Ereignisse am 18. 12. 93 anläßlich der Kurden demonstration in Kassel belegt wurde, lassen sich Kurden trotz eines Verbotes von einer Demonstration nicht unbedingt abhalten ...

Nachtrag: Nach Auskunft der Anwältin des Freundeskreises wurde die Verbotsverfügung von den zuständigen Verwaltungsgerichten in zwei Instanzen, d.h. bis zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt.

Dichtung und Entfremdung

Gesammelte Werke Erich Frieds jetzt bei Wagenbach erschienen

Von Erich Fried liegen jetzt in vier Bänden die *Gesammelten Werke* vor, in die sämtliche Lyrik und die Prosa, also über 1000 Gedichte, die Erzählungen und der Roman *Der Soldat und das Mädchen* aufgenommen wurden. Erich Fried (1921-1986) gehörte zu einer Generation von Schriftstellern, die ihre literarische Arbeit untrennbar von den sozialen Bedingungen der Literatur sahen und die sich die politische Bedeutung von einem Gedicht selbst dann nicht ausreden ließen, wenn es ein Liebesgedicht war. Treffend ist hier die Antwort Frieds auf die Frage eines Showmasters, ob es bei ihm, wo selbst seine Liebesgedichte politisch sind, überhaupt nichts gäbe, was nicht politisch ist: daß auch eine falsche Frage schon politisch wäre. Das zielt zunächst auf die Belanglosigkeit dieser Frage: als ob ein Schriftsteller noch wählen könnte, politisch zu schreiben oder nicht. Unabdingbar ist jedes Werk der Kunst, wo es nicht länger seinen Dienst für Religion und Ritual hat, politisch. Der Schriftsteller hat nur zu bekennen, inwieweit er zu der Politik seines eigenen Schaffens steht. Frieds Liebesgedichte sind eben deshalb politisch, weil auch die Liebe heute ihrer Romantik entzogen und politisch geworden ist, weil die Zeit, in der wir leben, politisch ist. Es ist mit der Frage des Showmasters aber noch eine zweite gestellt: ob denn ein Dichter politisch sein darf? Ob Gedichte — im Gegensatz zum Roman — nicht soviel schöpferische Kraft in sich bergen würden, daß der Dichter sich nicht auf den politischen Alltag einlassen darf? Bei der Dichtung handelt es sich offenbar noch um das letzte Heiligtum des Literaturbetriebes. Ist bei Dichtern wie Paul Celan, Bert Brecht, Erich Fried, oder auf der anderen Seite auch Gottfried Benn ihre politische Intention nicht zu überlesen, so wird diese nachhaltig versteckt und durch strenge Regeln eines Fachdiskurses unwirksam gemacht; solange die Dichtung den Kriterien der Formgestaltung genügt, ist es austauschbar, ob Celan nun aus der Erfahrung der Konzentrationslager schreibt oder Benn als Naziliterat.

Die Stärke Frieds liegt nun darin, daß er nicht nur politische Gedichte schreibt, sondern das Dichten selbst zum politischen Akt wird. Aus der Dialektik von Form und Inhalt ist die Spur gesellschaftlicher Erfahrung nicht herauszuberechnen — und das macht Fried für den Literaturbetrieb so spröde: weil die Form die Fingerabdrücke des politischen Engagements nicht verliert, wenn die Gedichte durch die Gebetsmühlen der Fachwelt gemahlen werden. Was Fried mit den Gedichten sagen will, bekennt sich also so weit zur dichterischen Form, daß es nur so zu sagen ist (und nicht etwa

durch einen Roman oder eine wissenschaftliche Abhandlung). Dabei durchbricht Fried gleichzeitig das zentrale Tabu, die Verständlichkeit: mit den Gedichten zerstört er die Aura des Unverständlichen, die auf jedem Gedicht lastet und läßt es beredt werden.

Es führt diese Erörterung schließlich zu einem dritten Fragekomplex, nämlich: ob Dichtung überhaupt politisch sein kann. Fried verwies diesbezüglich auf den Doppelcharakter von Literatur und Kunst: gerade das schockierende, kritische Material unterhält die Menschen und gewöhnt sie an das Schockierende. Und doch trägt Kunst Zeichen, die einen nicht gewöhnen lassen. „Ja, ich glaube, daß

Dichtung der Nachkriegsrestauration besonders Wert auf vermeintliche „Ursprünglichkeit“ und „Eigentlichkeit“ der Sprache legte, dann könnte Adorno mit seinem Verdikt: „Kein Gedicht nach Auschwitz“ recht haben: zumindest wären Gedichte nicht möglich, die sich vorbehaltlos in einem rein-ästhetischen Raum künstlerischer Freiheit bewegen. Fried weiß darum und schöpft seine Gedichte nur aus der beschädigten Sprache des Alltags; er weiß, daß ihm keine andere, „höhere“ Kunstsprache zur Verfügung steht. Die zitierten Zeilen aus *Entwöhnung* lesen sich wie ein Satz; das Dichterische ruht in dem Umbruch der Zeilen als Signum sprachlicher Brüchigkeit. Wörtlich über-

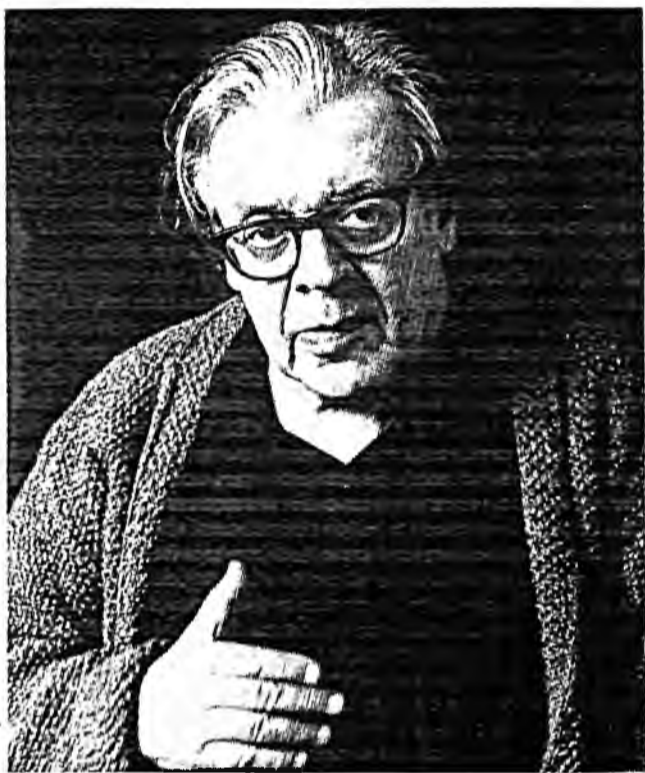
Gedicht und Gesellschaft thematisieren, wie etwa *Wortklage*. In gewisser Hinsicht kann dieses Gedicht als eine Art Programm von Fried gelesen werden: ein Programm, daß Fried immer wieder namhaft gemacht hat: „Meine Hauptaufgabe als engagierter Schriftsteller sehe ich im Kampf gegen Entfremdung und Verdinglichung, den ich für wichtiger halte als tagespolitische Gedichte, die ich gelegentlich schreibe.“³ Damit zielt Fried als Schriftsteller nicht auf einzelne Mißstände innerhalb des Sozialen, sondern auf das Ganze der Gesellschaft: mit der Entfremdung und Verdinglichung benennt er eine Grundstruktur der kapitalistischen Warenausgesell-

Mensch unterscheidet; gleichzeitig aber auch d) Entfremdung von der Natur des Menschen als Gattungswesen, was schließlich e) zur Entfremdung zwischen den Menschen führt.⁴ Die kapitalistische Produktionsweise, die alle Gegenstände in Waren — also leblose Dinge — verwandelt, verwandelt auch die Menschen über den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft in Dinge: das meint der Begriff Verdinglichung in Kürze, wie Georg Lukács sie beschrieben hat. Das Gedicht *Verewigung* bringt das zur Sprache: „Zum Versteinern / stehen die Leute Schlange / Wer an die Reihe kommt / steigt auf das Trittbrett / Er wirft sein Geldstück ein / und wählt Gesteinsart und Farbe / ... / JEDER SEIN EIGE-

sen und Erscheinung des künstlerischen Gegenstandes läßt erkennen, ob es sich objektiv um Kunst handelt oder um ein bloßes Produkt der Kulturindustrie: ein Produkt der Kulturindustrie wäre das, was nur als Kunst erscheint, dem Wesen nach aber eine Ware ist; ein authentisches Kunstwerk ist dem Wesen nach Kunst, und nur auf der Erscheinungsebene auf die Warenform angewiesen. Doch ist diese Unterscheidbarkeit von Wesen und Erscheinung auf Dialektik angewiesen, bedingt durch den gesellschaftlich notwendigen Schein, der auf der Kunst lastet: keine Kunst ist unmittelbar zugänglich, jede Kunst bedarf der Vermittlung. Das vermittelnde Element bei einem Gedicht ist aber die Sprache selbst — kein Weg reicht an der Sprache vorbei in den Kern eines Gedichtes, also sozusagen zu dem, was es abzüglich der Sprache wäre. Fried drückte das in seinem Gedicht *Zweifel an der Sprache* folgendermaßen aus: „Zweifel / an der Sprache / aussprechen / heißt / ausgesprochenen Zweifel / an der Sprache / zur Sprache bringen“ (2/239). In diesem langen Gedichtzyklus heißt es später: „Denn die Herren die die Sprache beherrschen / sind nicht die die die Sprache beherrschen“ (2/245). Dieser Umgang mit Sprache hat auch seine politische Konsequenz, wie das Gedicht *Herrschaftsfreiheit* ausdrücken mag: „Zu sagen / Hier / herrscht Freiheit / ist immer / ein Irrtum / oder auch / eine Lüge: / Freiheit / herrscht nicht“ (3/113). Ein sprachlicher Irrtum, weil der Begriff von Freiheit die Rede von Herrschaft ausschließt; eine politische Lüge deshalb, weil dort, wo geherrscht wird, Freiheit nicht sein kann. Daß Fried sich derart mit seiner Dichtung ins Politische eingemischt hat, macht nicht nur seine Gedichte zu den vielleicht wichtigsten unserer Zeit; auch mit seiner Person hat er daran erinnert, welches soziale Engagement den Dichter verpflichtet — und diese Erinnerung wiegt schwer angesichts der Zurückgezogenheit und Weltflucht gegenwärtiger deutscher Lyrik, die von den politischen Zuständen sich frei zu glauben scheint.

— (rob)

Erich Fried, *Gesammelte Werke*. Gedichte und Prosa, herausgegeben von Volker Kaurer und Klaus Wagenbach, mit den wichtigsten Lebensdaten, zahlreichen Fotografien und Illustrationen, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1993
1 vgl. Fried, Schriftsteller, Erfolg und Wohlstandsgesellschaft, in: Gedanken in und an Deutschland, Wien, Zürich, 1988, S. 10f.
2 Fried, Warum und zu welchem Ende betreiben wir Kulturzerstörung?, in: ebd., S. 189
3 Fried, Vorbeugemord, in: ebd., S. 76. Fried hatte sich in einem Beleidigungsprozeß vor dem Amtsgericht Hamburg 1974 wegen eines Leserbriefes zu verteidigen, in dem er die polizeiliche Erschießung des Studenten Georg von Rauch als „Vorbeugemord“ bezeichnete.
4 vgl. Karl Marx, Die entfremdete Arbeit, in: MEW EB 1



Erich Fried wurde am 6. Mai 1921 in Wien geboren. 1938 kurz nach der Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen stirbt Frieds Vater an den Folgen eines Gestapo-Verhörs. Im August 1938 flucht über Belgien nach England. Seit 1940 lebte Fried in London. 1940 erste Gedichte in Exilzeitschriften, in den folgenden Jahren u.a. Arbeit als Shakespeare-Übersetzer, Rundfunkredakteur (BBC). Ende der 60er Jahre engagierte sich Fried innerhalb der Studentenbewegung, nimmt als Redner an Kundgebungen und am „Vietnam-Kongreß“ an der TU Berlin teil. Trotz seines politischen Engagements (u.a. für das „Russell-Tribunal“ über die Wahrung der Menschenrechte in der Bundesrepublik 1977) wird Fried immer öfter mit Literaturpreisen ausgezeichnet. Fried stirbt am 22. November 1986 an Krebs.

das Sichnichtgewöhnen an bestimmte Dinge eine Vorbedingung dafür ist, dem Klischeedenken, das ungeheuer gefährlich ist, weil es uns allzu lenkbar und verführbar macht, keinen Vorstoß zu leisten.“² Im Gedicht *Entwöhnung* heißt es: „Denn wenn ich mich gewöhne / verrate ich / die die sich nicht gewöhnen ... / Wenn ich mich auch nur an den Anfang gewöhne / fange ich an mich an das Ende zu gewöhnen.“ (2/541) Was heißt das Sichnichtgewöhnen aber bezüglich der dichterischen Form, also des sprachlichen Ausdrucks?

Wenn der Nationalsozialismus auch an der Sprache seine Blutspuren hinterlassen hat, und die

nimmt Fried etwa einen Anzeigentext im Gedicht *Tiermarkt / Ankauf*: „Der Polizeipräsident / in Berlin sucht: / Schäferhundruden. / Alter ein bis vier Jahre, / mit und ohne / Ahnentafel. / Voraussetzungen: einwandfreies Wesen / rücksichtslose Schärfe / ausgeprägter Verfolgungstrieb / Schußgleichgültig und gesund / ...“ (2/26f.) Diese Dichtung ist die wahre konkrete Poesie und hat wenig gemein mit einer konkreten Poesie, die mit der Sprache spielt; Frieds Dichtung ist konkret, weil sie sich an den konkreten Zuständen der Gesellschaft messen läßt. Immer wieder finden sich Gedichte, die genau dieses Dreieck von Dichter,

schaft. Fried meint damit weniger einen subjektiven Gefühlsbegriff von Entfremdung, mit dem seit Ende des letzten Jahrhunderts eine kulturpessimistische Tendenz zum Ausdruck kommt und vor allem das Bildungsbürgertum gegen eine „Entwurzelung“ innerhalb seiner Klasse anzukämpfen bestrebt ist, sondern er meint mit Entfremdung den von Hegel kommenden Begriff wie ihn Marx dargelegt hat: die Entfremdung, die der Mensch a) im Produktionsprozeß zwischen sich und dem produzierten Gegenstand erfährt; desweiteren b) im Akt der Produktion, als c) Entfremdung von der Natur, von der er sich als

NES DENKMAL / liest man im Schlangengestein / Manche stehen so stramm / als wäre das gar nicht mehr nötig“ (1/267).

Erich Fried befindet sich als Schriftsteller aber nicht in einem Raum außerhalb des Verwertungszusammenhangs, der die Menschen in Waren verwandelt. Er weiß, daß er Produzent ist, im Produktionsverhältnis steht und seine Kunst auch Ware ist; Schöpfung und Geniekult gehören der Vergangenheit an — und doch ist der Kunst noch eine Kraft zu eigen, mit der sie sich ihrem Wesen nach der Warenwelt entzieht und autonomes, authentisches Produkt ist. Nur eine genaue Unterscheidung von We-

Wortklage

(Band 3, Seite 44)

Wie noch das Wort erheben
gegen Entfremdung?
wie noch
gegen Verdinglichung?
Die Worte die immerzu fallen
sind gefallen
Zu überheblich
ist die gehobene Sprache

Das zur Warnung vor dem Versinken
erhobene Wort
ist selbst schon versunken
Das Wort Entfremdung ist selbst entfremdet
das Wort Verdinglichung
selbst schon verdinglicht

Also zurück
zur poetischen Anspielung?
Aber
was sich abspielt in dieser Welt
das spottet der Anspielungen

Die Wortführer haben den Worten
den Hals umgedreht
als sie den Menschen
die Worte im Mund umdrehten
Sie haben die Worte mundtot gemacht
und worttot
die Mäuler der von ihnen
entmündigten Menschen

Die Worte sind tot
die Führer sind leben geblieben
Vielleicht werden sie erst sterben
wenn sie die anderen
mit toten Worten
in den Tod geführt haben

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) (Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schleuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, 10829 Berlin).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg, Tel. 040/220 42 78, Fax: 040/229 74 19
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/781 52 22
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 05 11/352 08 16
GNN Verlag Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73
Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/502 65 41, Fax: 089/502 81 12
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schleuditz, Tel. 03 42/04 20 93